Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (8.7.2010)

Sand im Getriebe 84

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.
Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

PDF-Version: **www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/** html-Version: **http://sandimgetriebe.attac.at** Mail an die Redaktion: **sig@attac.de**

Wie bei der Olympiade in China so gibt uns auch das Fußballereignis des Jahres in Afrika die Chance, mehr über diesen „vergessenen Kontinent" zu erfahren. Zumal 2010 für Afrika kein Jahr ist wie jedes andere, denn 1960, vor genau 50 Jahren, rebellierte der Kontinent. Den Startschuss hatte schon 1957 Kwame Nkruma in Ghana gegeben. Der damals noch mächtige britische Imperialismus musste erkennen: „*The **wind** of **change** is blowing through the continent*"(Harold McMillan 1960 in Accra/Ghana). 18 Kolonien erkämpften 1960 ihre nationale Unabhängigkeit. Um die wirtschaftliche Souveränität kämpfen die meisten Staaten noch heute, nicht nur gegen die Hinterlassenschaften des Kolonialismus sondern auch gegen die neuen, indirekten Herrschaftsformen von IWF und der Weltbank. →

Afrika	
Samir Amin: Eine zweite Unabhängigkeitswelle des afrikanischen Kontinents ?	**3**
125 Jahre Berliner Afrikakonferenz	**5**
Kongos Unabhängigkeit: Lumumba Rede vom 30.6.1960	**6**
Die Schattenseiten der Fußbälle	**9**
Neville Alexander: Was bleibt, ist ein Berg von Schulden	**10**
Landnahme	
Tomasz Konicz: Land für ein Linsengericht	**12**
Via Campesina, FIAN, LRAN, GRAIN: Stoppt die Landnahme!	**13**
Krisen des Kapitalismus	
Jérôme Duval: Der IWF diktiert mehr als jemals zuvor	**15**
Griechische Wirtschaftswissenschaftlern: Der IWF bedeutet Armut, Arbeitslosigkeit, Besatzung und Fremdbestimmung	**16**
Fred Schmid: Millionäre kennen keine Krise	**18**
Manifest für eine Steuerwende, Schweiz	**18**
Conrad Schuhler: Das G20-Fiasko	**19**
Cochabamba	
Morales zur Klimakonferenz: „Wir wollen gehört werden!"	**21**
Zahlung der Klimaschulden	**24**
China	
P Anderson: Zwei Revolutionen	**26**
Peter Strotmann: China auf der Suche nach der sozialistischen Moderne?	**28**
Alte Revolutionäre: Unterstützt den gerechten Kampf der Honda-Arbeiter,…	**31**
Naher und Mittlerer Osten	
N. Chomsky: Die „iranische Gefahr"	**33**
Fußball als friedlicher Widerstand	**36**
Jüdischer Schiff für Gaza	**36**
IPPNW gegen deutsche Waffenlieferungen nach Nahost	**37**
Stéphane Hessel: Gaza-Flotte: Weltbürger müssen reagieren, wo die Regierungen versagt haben.	**38**
Für eine Neubewertung des Nahost konflikts, der deutschen Verantwortung und eine gerechte Friedenspolitik	**39**
José Saramago (1922-2010) / Manifest von Porto Alegre	**43**

Patrice Lumumba, der erste Ministerpräsident des unabhängigen Kongos, hatte 1960 in seiner berühmten Unabhängigkeitsrede die große Wende in Afrika ausgerufen: *„Die Unabhängigkeit des Kongo ist ein entscheidender Schritt zur Befreiung des ganzen afrikanischen Kontinents“*. Einige Monate später wurde er auf Betreiben der USA und Belgiens ermordet. Jean Paul Sarte erklärte dazu: *„Seit Lumumba tot ist, hört er auf, eine Person zu sein. Er wird zu ganz Afrika“*. 50 Jahre später wird **Samir Amin** gefragt, ob die fortbestehenden Strukturen des Kolonialismus. trotz politischer Unabhängigkeit, Afrikas Fortschritt behindert haben. Seine Antwort: ja, Afrika hat sich nicht industrialisiert und daher seine wirtschafliche Souveränität noch nicht erreicht. Allerdings sieht er gegenwärtig die Möglichkeit für „e*ine zweite Unabhängigkeitswelle des afrikanischen Kontinents.“*

Es soll ja nicht den **Spaß am Fußball** verderben, wenn **Neville Alexander** (zusammen mit Nelson Mandela jahrelang Gefangener auf Robben Island) enttäuscht ist darüber, wie wenig in Südafrika, der Regenbogen-Nation, an sozialer Gleichheit und ökonomischer Unabhängigkeit erreicht wurde. Zur Ausrichtung der Weltmeisterschaft, die auch ihn mit Stolz erfüllt, bleibt sein Resume allerdings kritisch: „*Was bleibt ist ein Berg von Schulden*“.

In vielen Ländern des globalen Südens findet derzeit die größte Landnahme seit dem Ende des Kolonialismus statt. **Via Campesina**, **FIAN** und andere Organisationen warnen vor den Folgen: *„.Mit dieser derzeitigen Aneignung von landwirtschaftlichen Flächen in großem Maßstab hat die Globalisierung eine neue Entwicklungsstufe erreicht, die die Selbstbestimmung der Völker und ihre Nahrungsmittelsouveränität untergräbt*“

Die Situation im Nahen Osten scheint sich erneut zuzuspitzen. Es wäre nicht das erste mal, dass der Kapitalismus sich durch Kriege aus einer fundamentalen Krise zu befreien versucht. Der äußere Feind hieße diesmal IRAN. **Noam Chomsky** fasst die fatale Geschichte der permanenten Interventionen des Westens im Nahen Osten zusammen. Zum *Verhältnis Deutschland – Israel – Palästina* wird in einem **neuen Positionspapier** gefordert: „*Einstellung aller deutschen Waffenexporte nach Israel. Einstellung der militärischen Zusammenarbeit zwischen der Bundeswehr und der israelischen Armee, wie z. B. der Ausbildung von Bundeswehrsoldaten an fliegenden Überwachungsapparaten (Drohnen) und Beendigung sämtlicher Rüstungsbeziehungen*“. **IPPNW** schreibt an Angela Merkel und fordert: „*Stoppen Sie deutsche Waffenlieferungen nach Nahost.*“

Die „Spar“-Medizin, die die EU und der IWF **Griechenland** verordnet hat, vertieft nicht nur die Ungerechtigkeiten in der griechischen Gesellschaft, sie verschärft auch durch die Senkung von Nachfrage und Investitionen die Rezession, und sie führt vor allem zum Verlust der Souveränität. Griechische Wissenschaftler fordern daher, „*die Anfänge eines neuen Mittelalters zu blockieren. Wir rufen das griechische Volk auf, diese neue Besatzungsmacht zu stürzen, die Pläne zur Unterwerfung durch den IWF und die Vernichtungsmechanismen der EU zu blockieren*“.

Nicht nur im Weltsozialforum führt die Krise des globalisierten Kapitalismus dazu, lange verdrängte Grundsatzfragen wieder neu aufzunehmen. **Perry Anderson** , der große Alte Mann des „Westlichen Marxismus“, blickt 20 Jahre nach der „Wende“ zurück und stellt die Frage, warum die chinesische Revolution so viel erfolgreicher ist als die russische Revolution, die ja in einer Niederlage endete . *„Aus einem bestimmten Blickwinkel betrachtet hat der Kommunismus nicht nur überlebt, er ist zur exemplarischen Erfolgsgeschichte der Epoche geworden. Im Wesen und im Umfang dieser Erfolgsgeschichte verbirgt sich eine bittere Ironie – mehr als eine. Doch am fundamentalen Unterschied zwischen den Schicksalen der Revolutionen in China und Rußland kann kaum Zweifel bestehen.“*

Mehrere Beiträge versuchen, die neuen Ereignisse in **China** einzuschätzen. Befindet sich das Land an einer Gabelung auf dem Weg in eine sozialistische Moderne? Jedenfalls hat sich mit den erfolgreichen **Streiks** bei Honda- und Toyota die junge chinesische Migranten-Arbeiterklasse mit einem Veto zum aktuellen Entwicklungsmodell zu Worte gemeldet. Unterstützt wird sie durch eine Gruppe alter Revolutionäre innerhalb der KPChina:*“ Die Arbeiterklasse sieht sich gezwungen, aufzustehen und Widerstand zu leisten...Fünftens rufen wir auf zur Wiedereinsetzung der Arbeiterklasse in die Position der führenden Klasse unseres Landes sowie zur Wiederherstellung des sozialistischen Gemeineigentums als Hauptsäule unserer nationalen Wirtschaft.“* Sollte etwa unsere neue Parole lauten: chinesisch lernen, wenn’s mit dem Französischen stimmt?

Man könnte Harold McMillans Worte von 1960 paraphrasieren:. „*The **wind** of **change** is blowing through the world*.“

Nach dieser umfangreichen Nummer macht die Redaktion eine Pause, ist aber auf der Sommerakademie von attac De anwesend.

Wir bedanken uns für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad!
Coorditrad braucht noch Unterstützung! www.coorditrad.attac.org

Wir verschicken gedruckte Exemplare von ”Sand im Getriebe” zum Selbstkostenpreis Bestellung per Mail an sig-abo@gmx.de
Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung:1 Heft: 3€, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €, ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft
Abonnement: 15€ für 6 Ausgaben.

2. berichtigte Version, 10.7.
Die Redaktion dieser Nummer: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland)
- Barbara Waschmann (Attac Österreich) - Maurizio Coppola (Attac Schweiz)

Samir Amin

Eine zweite Unabhängigkeitswelle des afrikanischen Kontinents ?

Samir Amin, der große alte Mann der Weltsystemtheorie, zieht Bilanz der Beziehungen der letzten 50 Jahre zwischen den afrikanischen Staaten und der übrigen Welt

Christophe Champin, Radio France International (RFI): Gehören Sie zu den Pessimisten, die der Meinung sind, die fünf Jahrzehnte der Unabhängigkeit seien fünf verlorene Jahrzehnte?

Samir Amin: Ich bin nicht pessimistisch und glaube nicht, dass es fünf verlorene Jahrzehnte sind. Ich habe eine außerordentlich kritische, überaus strenge Haltung gegenüber den afrikanischen Staaten, den Regierungen und den herrschenden Klassen, aber ich bin noch kritischer gegenüber dem Weltsystem, das größtenteils für die afrikanischen Misserfolge verantwortlich ist. Denn die heute so viel gerühmte Kolonisierung war ja eine historische Katastrophe. Am Ende der Kolonisierung gab es in Belgisch-Kongo neun Kongolesen mit Hochschulbildung. Nach 30 Jahren des Mobuto-Regimes, einem der schlimmsten Regime der Geschichte, waren es bereits Hunderttausende. Mit anderen Worten: Das übelste afrikanische Regime war dreitausend bis fünftausend Mal besser als die schöne belgische Kolonisierung. Das darf man nicht vergessen.

RFI: Wenn Sie mit dem Finger auf das Weltsystem zeigen, das den afrikanischen Kontinent zum Teil dorthin gebracht hat, wo er jetzt ist, was werfen Sie diesem Weltsystem dann im Einzelnen vor?

S.A.: Als die afrikanischen Staaten unabhängig wurden, war Afrika, der „weiche Bauch", der empfindlichste und am meisten gefährdete Teil des Weltsystems, und das ist es bis heute geblieben. Und ein gefährdeter Teil des Weltsystems ist durch die Logik, die diesem System eigen ist, dazu verurteilt, gnadenlos ausgebeutet zu werden. Ausbeutung in Afrika heißt vor allem Plünderung der natürlichen Ressourcen des Kontinents. Ein nutzbringendes Afrika ist ein Afrika ohne Afrikaner. Die afrikanischen Völker sind für das Weltsystem überflüssig. Sie gehören nicht zu der Gruppe der Arbeiter, die man ausbeuten kann, abgesehen natürlich von den Emigranten. Was für den Imperialismus, um ihn bei seinem heutigen Namen zu nennen, interessant ist, sind die natürlichen Ressourcen Afrikas. Und warum ist Afrika gefährdet? Weil sich die afrikanischen Länder nach ihrer Unabhängigkeit nicht genügend bzw. überhaupt nicht auf eine beschleunigte Industrialisierung eingelassen haben. Ich behaupte das Gegenteil von dem, was allgemein gesagt wird: *„Die Industrialisierung ist für später. Afrika ist nicht reif für die Industrialisierung"*.
Vor 50 Jahren sagte man dasselbe von China. Von Südkorea sagte man das auch. Gerade die Länder, die sich bewusst für eine Industrialisierung entschieden haben oder zur Industrialisierung zurückgekehrt sind, sind heute Schwellenländer. Somit hat Afrika jetzt 50 Jahre Verspätung. In diesen 50 Jahren Verspätung steckt ein großer Teil Verantwortung der herrschenden Klassen. Aber auch die Schwäche dieser herrschenden Klassen, die Tatsache, dass sie akzeptiert haben, sich im Status von Klientenstaaten des Westens einzurichten, entlässt die westlichen Länder nicht aus der Verantwortung.

RFI: Besteht nicht auch das Risiko, diese Länder systematisch in die Opferrolle zu drängen? Die Herrschenden von heute sind Akteure auf dem afrikanischen Kontinent.

S.A.: Natürlich sind sie Akteure! Sie sind untergeordnete Verbündete im Weltsystem und haben daher genauso viel Verantwortung wie ihr Chef. Aber auch der Chef hat genau so viel Verantwortung wie sie. Nehmen wir ein banales Problem, die Korruption, weil alle Welt von der Korruption spricht und weil ein großer Teil der afrikanischen Politiker in der Tat extrem korrupt ist. Aber diejenigen, die sie korrumpieren, sind deshalb nicht weniger verantwortlich.

RFI: Kommen wir noch einmal auf die Geschichte zu sprechen. 1960 ist das Jahr, in dem viele afrikanische Länder die Unabhängigkeit erlangt haben. Manche sind früher unabhängig geworden, aber das Jahr 1960 ist ein wichtiges Jahr für viele frankophone und einige anglophone Länder. Wo genau haben Sie sich damals aufgehalten?

S.A. Ich war nirgendwo anders als in Afrika. Zwischen 1957 und 1960 bin ich in Ägypten, meinem Heimatland, gewesen. Im September 1960 bin ich nach Bamako gegangen. Ich habe mich also von Anfang an entschieden, meine bescheidenen Fähigkeiten in den Dienst der Entwicklung des neuen, unabhängigen Afrika zu stellen.

RFI: Wie haben Sie den Tag der Unabhängigkeit erlebt?

S.A.: Ich habe den Tag mit viel Begeisterung und voller Erwartung erlebt. Endlich konnten die Länder, die ihre Unabhängigkeit wieder gewonnen hatten, eine Entwicklung nehmen, die dieses Namens würdig war, die schnell, beschleunigt, aber auch gerecht und zum Wohle des ganzen Volkes, insbesondere der einfachen Leute war. Ich bin nicht zufällig nach Mali gegangen. Weil sich die malische Regierung, die Partei, die sich damals Sudanesische Union nannte, der Radikalität verschrieben hatte, das heißt, der Unabhängigkeit, nicht der rhetorischen, sondern der echten Unabhängigkeit, um möglichst viel Handlungsspielraum herauszuschlagen. Durch ihre Geschichte war sie eine Partei geworden, die den Volksmassen nahe stand, insbesondere der Bauernschaft. Viele Voraussetzungen für einen guten Start waren gegeben. Und der Start war auch nicht schlecht, doch das Land blieb extrem gefährdet, und das nicht nur aus geographischen Gründen: Mali ist ein sehr großes Land, das damals sehr schwach besiedelt war (knapp vier Millionen Einwohner), mit langen und unkontrollierbaren Grenzen, ohne Zugang zum Meer, also alles Gründe für eine Gefährdung.

Das Abgleiten kam schnell. Dabei haben die herrschenden Klassen auf lokaler Ebene eine besondere Verantwortung, weil sie sich einen Handlungsspielraum geschaffen und ihn nicht optimal genutzt haben. Das Abgleiten hin zur Macht, nicht zur persönlichen, würde ich sagen, sondern zur Macht einer Elite und einer Minderheit, inklusive persönlicher Macht, kam sehr schnell.

Die Mindestvoraussetzung für eine Entwicklung ist damals wie heute ein gewisses Maß an Demokratie, nicht als Modell, oder als Patentrezept mit Multiparteiensystem und Wahlen, die sich in den meisten Fällen als Betrug herausstellen – nicht nur unter afrikanischen Bedingungen, sondern auch anderswo, einschließlich Europa, da man ja in Europa wählen kann, wie man will, und das Ergebnis dann so ist, als hätte man gar nicht gewählt (Lachen) –, sondern im Sinne

der Berücksichtigung der sozialen Dimension, das heißt einer mit dem sozialen Fortschritt assoziierten Demokratie, und nicht einer vom sozialen Fortschritt abgekoppelten Demokratie, die mit sozialem Rückschritt einhergeht, wie das heute der Fall ist, obwohl es einige demokratische Strukturen gibt.

RFI: Verstehen Sie das Scheitern der Politiken in diesen Ländern als ein Scheitern der Ideen, die Sie verteidigt haben, oder als ein Scheitern der Umsetzung dieser Ideen?

S.A.: Das Argument, wonach „die Ideen gut" sind, nur „die Umsetzung schlecht", ist nicht meine Art zu denken. Wenn die Umsetzung schlecht war, dann waren die Ideen eben nicht perfekt. Ich würde nicht sagen, dass sie schlecht waren. Man könnte sogar sagen, dass die großen Prinzipien einiger afrikanischer Länder nach dem Erhalt ihrer Unabhängigkeit korrekt waren, aber das genügt nicht. Es muss noch mehr geschehen. Diese Prinzipien müssen untergliedert werden, in Handlungsanweisungen sozusagen, und da sind sehr schnell Widersprüche aufgetaucht.

RFI: Hat Afrika einen Platz in der Globalisierung, die Sie im Übrigen kritisieren?

S.A.: Afrika muss seinen Platz finden. Auf absehbare Zeit bleibt Afrika extrem gefährdet. Und wie ich schon sagte, bleibt Afrika vorerst für die ganze Welt, insbesondere für die entwickelten Länder des Kapitalismus eine Rohstoffquelle, egal ob es sich um Erdöl dreht, oder um Uran, seltene Mineralien, seltene Metalle (das ist sehr wichtig für die Zukunft) oder Landwirtschaftsflächen, die jetzt für die Expansion des Agrobusiness des Westens, Chinas, Brasiliens und anderer Länder zur Verfügung stehen, oder sei es morgen die Sonne und daher Strom, wenn er über weite Entfernungen transportiert werden kann, oder das Wasser. Das internationale Kapital interessiert sich ausschließlich für solche Gelegenheiten. Für das internationale Kapital existieren Afrika und die Afrikaner nicht. Der afrikanische Kontinent ist ein geographischer Kontinent voller Ressourcen. Punkt. Und gegen diese Vorstellung muss sich Afrika organisieren, um sich nicht nur gegen diese Ausplünderung zur Wehr zu setzen, sondern seine natürlichen Ressourcen für die eigene Entwicklung zu nutzen.

RFI: Nach der Unabhängigkeit haben einige Staatschefs versucht, Methoden einer sog. autozentrierten oder von den ehemaligen Kolonialherren unabhängigere Entwicklung durchzusetzen, z.B. Julius Nyerere in Tansania oder Kwame Nkrumah in Ghana. Sie haben nicht zum Erfolg geführt. Heute herrscht überall globalisierter Kapitalismus. Was kann man dagegen tun?

S.A.: Diese Mittel und Politiken haben nicht zum Erfolg geführt, das ist richtig, aber die anderen auch nicht. Damals wurden Houphouët-Boigny und die nicht regulierte und unkontrollierte Öffnung der Elfenbeinküste oft gelobt. Und wo steht die Elfenbeinküste heute? Ich glaube, die Situation dort ist noch viel schlechter als in Ghana, das heißt, dass durch das Erbe, das Gute, das Nkrumah geschaffen hat, Ghana heute in einer besseren Lage ist als das Nachbarland Elfenbeinküste, der in vieler Hinsicht vergleichbar ist, etwa was Bodenschätze, die Art der Landwirtschaft, die natürlichen Ressourcen und die Größe angeht.

RFI: Wo ist heute der Handlungsspielraum für die afrikanischen Länder, um einen Mittelweg einzuschlagen?

S.A.: Dieser Handlungsspielraum entsteht gerade wieder neu durch den Erfolg der so genannten Schwellenländer China, Indien, Brasilien und weniger bedeutender Länder wie Südkorea oder Südafrika als einziges Land in Afrika selbst. Diese Länder sind bereits im Konflikt mit den westlichen Ländern. Das wurde deutlich beim Besuch Obamas in Peking und den Folgen dieses Besuchs. Und dieser Konflikt, der nicht nur ein Konflikt um den Zugang zu den natürlichen Ressourcen, sondern auch um den Marktzugang und die Finanzierung ist, wird sich noch verschärfen. Dieser Konflikt stellt auch eine Garantie dafür dar, dass die militärische Kontrolle des gesamten Globus, der gegenwärtig ziemlich krank ist, durch die USA nicht weiter betrieben wird. Selbst wenn man große Abstriche machen muss, werden diese Schwellenländer begreifen, dass sie zur Wiederentstehung von so etwas wie Bandung-Bewegung beitragen müssen, ich würde nicht sagen, einer gemeinsamen Front, aber einer sehr weit reichenden Allianz selbst mit den am meisten gefährdeten Ländern, den Ländern des afrikanischen Kontinents, um gemeinsam stärker zu werden und den westlichen Ambitionen und der Ausplünderung des Kontinents etwas entgegenzusetzen.

RFI: Viele afrikanische Länder wenden sich manchmal – so als wäre es der letzte Ausweg aus ihrer Situation – China und Indien zu. Ist das nicht ein Irrweg? Besteht die Lösung nicht vielmehr darin, mit verschiedenen Partnern spielen zu können?

S.A.: Mit verschiedenen Partnern zu spielen ist gefährlich. Zu der Zeit von Bandung-Bewegung wollten eine ganze Reihe Länder einschließlich Ägypten Nassers, den Konflikt zwischen den USA und der Sowjetunion ausnutzen und mal die sowjetische und dann wieder die amerikanische Karte spielen. Sie haben aber zweimal verloren. Ich glaube, dass heute ein Land mit einer sagen wir aktiven Diplomatie, die mal die chinesische Karte, mal die amerikanische spielen würde, übermorgen auch zum Scheitern verurteilt wäre. Ich glaube, es muss alles dafür getan werden, die Gruppe der 77 wiederherzustellen (die 77 sind heute viel mehr und die Gruppe 77 nennt sich bei den Vereinten Nationen „77 + China"). Die Chinesen bieten vielen afrikanischen Ländern das an, was der Westen nicht bietet: den Bau einer riesigen Infrastruktur als eine Voraussetzung für eine mögliche Entwicklung, eine industrielle Entwicklung, eine Entwicklung, die diesen Namen verdient, die nicht einfach nur aus dem unter miserablen Umständen durchgeführten Export von ein paar landwirtschaftlichen Produkten besteht, sondern aus Transportwegen, Eisenbahnlinien, Straßen usw. Letztendlich ist der einzige große Bau einer Eisenbahnlinie in der modernen Geschichte Afrikas nach der Unabhängigkeit der Tanzam (1), der von den Chinesen fertig gestellt wurde. Leider ist es nicht auszuschließen, dass sich jetzt die Chinesen, die Brasilianer und die anderen beim Run auf die natürlichen Ressourcen nicht sehr viel anders verhalten als die westlichen Länder.

RFI: Besteht für Afrika nicht die Gefahr, dass es sich in der gleichen Konstellation wieder findet, nur mit anderen Partnern?

S.A.: Nein, das glaube ich nicht. Weil die Partner andere sind. Der chinesische Partner und der brasilianische Partner sind nicht in derselben Situation wie die USA oder Europa. Zunächst einmal wollen sie nicht die weltumspannende militärische Kontrolle wie die USA. Wenn die USA einen Plan zur militärischen Kontrolle der Welt haben, dann folgt Europa leider nach. Europa ist die Nato und die Nato, das sind die subalternen Alliierten der USA. Weder China noch Indien noch Brasilien sind, egal was man über die Art der herrschenden Klassen und die Art der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dieser Länder denken mag, in derselben Situation.

Obgleich Afrika 1960 gar nicht so schlecht gestartet war, ist es sehr schnell stecken geblieben, und ich hoffe, dass das, was sich nun ankündigt, eine zweite Unabhängigkeitswelle, wenn man so will, des afrikanischen Kontinents ist.

(1)englisch Tanzam, Tanzania Zambia Railway, Eisenbahnlinie in Ostafrika, von Daressalam (Tansania) nach Kapiri Mposhi (Sambia), 1 860 km lang; 1970-´75 (mit chinesischer Hilfe) gebaut.

http://www.cadtm.org/Le-systeme-mondial-est-en-grande

Übersetzung: Ulrike Kerstiens, coorditrad

125 Jahre Berliner Afrika-Konferenz

Erinnern - Aufarbeiten - Wiedergutmachen

Vor 125 Jahren, im Winter 1884/85, empfing Reichskanzler Bismarck die Vertreter der damaligen Weltmächte zur Afrika- oder Kongo-Konferenz in Berlin. Im Namen von Fortschritt und Humanität und vor dem Hintergrund der europäischen Rassenideologie einigten sich die Vertreter von zwölf europäischen Staaten sowie des Osmanischen Reichs und der USA über die weitere koloniale Aufteilung und Ausbeutung des afrikanischen Kontinents.
Im Palais des Reichskanzlers wurde das riesige "Kongobecken" dem belgischen König Leopold II. übereignet. Dessen brutales Regime kostete mehr als zehn Millionen Menschen das Leben.
Mit der Berliner Konferenz trat auch das Deutsche Reich dem Kreis der Kolonialmächte bei. Prügelstrafe, Menschen- und Ressourcenraub, Zwangsarbeit, Folter, Vergewaltigungen, Konzentrationslager und Völkermord kennzeichneten die folgende dreißigjährige Herrschaft der Deutschen in den Gebieten des heutigen Namibia, Togo, Kamerun, Tansania, Burundi und Ruanda. Allein während der blutigen Niederschlagung von Widerstandsbewegungen wurden mindestens 400.000 Menschen getötet.

Dennoch wird hierzulande die Geschichte des deutschen und des europäischen Kolonialismus kaum thematisiert. Erst nostalgisch glorifiziert, dann verdrängt und ignoriert, gilt die deutsche Kolonialgeschichte bis heute als harmlos, nicht relevant und abgeschlossen.
Weder von Bildungseinrichtungen, politischen Parteien oder in den Medien, noch durch systematische Forschung wird sie angemessen aufgearbeitet. Kaum ein Mahnmal oder Ort im öffentlichen Raum erinnert an ihre zahllosen Opfer.
Der Internationale Tag zur Erinnerung an den Sklavenhandel und an seine Abschaffung am 23. August findet keine Resonanz in Deutschland. Stattdessen werden noch immer deutsche Kolonialverbrecher mit Straßen, Plätzen und Alleen geehrt.
Unkommentiert und ohne Problembewusstsein zeigen deutsche Museen Raubgut und Beutekunst aus den ehemaligen Kolonien. Bis heute lagern zu rassistischen Forschungszwecken entwendete Überreste afrikanischer Menschen in Magazinen und Depots deutscher Museen.
125 Jahre nach der Berliner Afrika-Konferenz steht eine umfassende und kritische Aufarbeitung des Kolonialismus noch immer aus.
Denn weder hier noch in den ehemals kolonisierten Staaten ist das koloniale Erbe überwunden. Aktuelle soziale und politische Konflikte in den ehemaligen Kolonien hängen mit der gewaltsamen Errichtung kolonialer Denk- und Gesellschaftsstrukturen durch die weißen Besatzer zusammen. Bis heute verschärfen europäische Waffenlieferungen diese Konflikte.
Vor allem gehen die globalen wirtschaftlichen und politischen Dominanzstrukturen auf die Zeit des Kolonialismus zurück. Die europäische Entwicklungspolitik hat dieses Ungleichgewicht eher verstärkt als überwunden.
Mit Wirtschaftsabkommen wie den geplanten Economic Partnership Agreements (EPAs) zerstört Europa Afrikas Märkte. Andererseits bereichert sich Europa durch die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen des afrikanischen Kontinents.
Gleichzeitig sterben hunderte von afrikanischen Menschen an den Grenzen der "Festung Europa", sitzen Flüchtlinge grundlos in Haft, um schließlich abgeschoben zu werden. Rassismus findet in Form von physischer und psychischer Gewalt sowie von staatlich-rechtlicher Diskriminierung Schwarzer Menschen und von People of Color statt. Er hat seine historischen Wurzeln im Rassismus der Kolonialzeit. Der Kolonialismus ist nicht vergangen, er prägt noch immer unsere Gegenwart.

Anlässlich des 125. Jahrestags der Berliner Afrika-Konferenz fordern wir einen grundlegenden Wandel im Umgang mit Deutschlands kolonialer Vergangenheit!

Wir fordern:

erinnern

- Mahnmale und die offizielle Begehung des Internationalen Tags zur Erinnerung an den Sklavenhandel und an seine Abschaffung am 23. August
- informative kritische Gedenktafeln im öffentlichen Raum
- Umbenennung von Straßennamen, die Kolonialisten ehren oder rassistische Begriffe enthalten, nach Persönlichkeiten des antikolonialen Widerstandskampfes

aufarbeiten

- kritische Beschäftigung mit Kolonialismus und Rassismus in Schulen, Universitäten sowie in anderen öffentlichen und kirchlichen Einrichtungen
- Förderung von antikolonialen und antirassistischen kulturellen und politischen Projekten
- kooperative Forschungsprojekte mit Bildungseinrichtungen ehemaliger deutscher Kolonien
- Bundesstiftung zum Gedenken und zur gemeinsamen kritischen Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit
- konkrete Schritte zur Beseitigung struktureller Ausschlüsse von Schwarzen Menschen und People of Color aus akademischen und politischen Institutionen sowie anderen gesellschaftlichen Bereichen
- Beseitigung rassistischer Gesetzgebungen und Ämterpraxis in Deutschland sowie entsprechende Änderungen der menschenrechtsverletzenden Migrationspolitik

wiedergutmachen

- Anerkennung des deutschen und europäischen Kolonialismus als Verbrechen gegen die Menschlichkeit
- Übernahme der historischen Verantwortung für dieses Verbrechen gegen die Menschlichkeit
- ideelle und materielle Entschädigung für die ehemaligen deutschen und europäischen Kolonien (Gelder der Entwicklungszusammenarbeit sind keine Reparationen!)

Berlin, 16. September 2009
http://www.berliner-afrika-konferenz.de/unterstuetzer

Vor 50 Jahren:

„Die Unabhängigkeit des Kongo

ist ein entscheidender Schritt zur Befreiung des ganzen afrikanischen Kontinents."

Rede des Premierministers Patrice Emery LUMUMBA,

gehalten anlässlich der Unabhängigkeitsfeierlichkeiten des Kongo am 30. Juni 1960 in Lépoldville (heute Kinshasa)

Jean-Paul Sartre:
„Seit Lumumba tot ist, hört er auf, eine Person zu sein. Er wird zu ganz Afrika".

Nach der Berliner Konferenz, zu der Reichskanzler Bismarck 1884/85 lädt, wird der afrikanische Kontinent fast vollständig unter den Kolonialmächten aufgeteilt. Die Konferenz verbrieft auch den Anspruch des belgischen Königs auf das sehr ressourcenreiche Gebiet des Kongo. Es ist 77-mal so groß wie Belgien und wird Privatbesitz von Léopold II. Der König behauptet, die einheimische Bevölkerung vor arabischen Sklavenhändlern retten zu wollen – eine typische Rechtfertigung europäischer Herrschaft, die angeblich auch dazu dient, „den Neger" zu „zivilisieren". Tatsächlich presst Léopold das Land aus und erwirtschaftet dabei viel Profit. Jeder Einheimische hat bestimmte Mengen von Elfenbein und Kautschuk abzuliefern. Wer sein Soll nicht erfüllt, dem werden die Hände abgeschlagen„
http://www.tagesspiegel.de/zeitung/lumumba-und-der-afrikanische-traum/1862736.html

Vorbemerkung:

Patrice Lumumba ist am Himmel des erst unabhängig gewordenen Afrikas kometenhaft dahingefunkelt. Der 1960 gewählte Premier sollte 4 Monate später aus dem Amt gejagt und schließlich am 17 Januar 1961 ermordet werden - ein Komplott, das von der belgischen Kolonialmacht, dem CIA und den frz. Geheimdiensten gemeinsam gesponnen wurde. Diese Mächte konnten ihm nicht verzeihen, dass er mit dem - in Kongo besonders grausamen - Kolonialismus Schluss machen wollte. Sein Schicksal wurde am Tag der Unabhängigkeit beschlossen, als er eine Rede hielt, die nicht geplant worden war. Als er die Wahrheit über den Kolonialismus sagte, sprach er war sein eigenes Todesurteil aus.

Am 30. Juni 1960 zelebrierte Kongo seine Unabhängigkeit ; da wurden die Mitglieder der belgischen Herrscherfamilie, darunter König Baudouin der Erste selbst, sowie Vertreter der belgischen Regierung, Mitglieder der Kolonialverwaltung, das kongolesische Parlament und die internationale Press in Leopoldville (heute Kinshasa) im Palais de la Nation empfangen, zur Feier der neuen Ära. Der Event wurde im ganzen Land im Radio übertragen und die internationale Presse berichtete davon. Die Menge drängte sich zusammen vor dem Palais de la Nation, um dem historischen Ereignis beizuwohnen. Laut Protokoll sollten zuerst König Baudouin, dann Präsident Kasavubu eine Rede halten zur Feier der kongolesischen Unabhängigkeit. Dem Premier Lumumba war es aber nicht Recht.

Die Rede des belgischen Königs Baudouin war eine vollkommene Legitimation der Kolonisierung und eine regelrechte Apologie des Werkes Königs Leopold der Zweite. *„Kongos Unabhängigkeit stellt die Krönung des Werkes dar, das Königs Leopold eigenes Genie ersann, das er mit hartnäckigem Mut unternahm und an dem Belgien unverdrossen weiter arbeitete."*
Dies klang in den Ohren der kongolesischen Nationalkämpfer wie eine Beschimpfung des Andenkens an den Millionen Menschen, die durch die ungeheuerliche Politik vom König Leopold II, Baudouins Großonkel, ums Leben gekommen waren. *" Zur Kennzeichnung der Kolonialpolitik von Leopold gebrauchten die verschiedensten Quellen Begriffe und Vokabeln, die damals als die vielsagendsten galten: „curse" (Fluch)" slave state" (Sklavenstaat), rubber slavery (Sklavenarbeit des Gummis), Verbrechen, Ausplünderung... Heute schreckt man nicht mehr vor den Wörtern Massenmord und Holocaust zurück."*(Elikia M'Bokolo, Le livre noir du colonialisme. XVIè-XXIè

siècle: de l'extermination à la repentance, Seite 434).
Das Ausmaß der kolonialen Ungeheuerlichkeit in Kongo unter Leopold II. ist übrigens durch zahlreiche Arbeiten belegt. Ein britischer Dokumentarfilm « Le Roi blanc, le caoutchouc rouge, la mort noire» (Weißer König, rotes Gummi, schwarzer Tod), von Mark Dummett im Auftrag der BBC gedreht, hat nach seiner Übertragung im RTBF (belgisches Nationalfernsehprogramm, NdÜ) am 8. April 2004 den Zorn des belgischen Könighauses und Außenministers Louis Michel entfesselt. Der Stein des Anstoßes war ein Kommentar, der zwischen der Leopoldschen Kolonisierung und Hitlers Völkermord eine Parallele zog. Auch wenn die meisten Untersuchungen nach 1960 durchgeführt wurden, konnten weder Belgien noch die Kongolesen ignorieren, was für eine Katastrophe die Herrschaft Leopolds des Zweiten für Kongo darstellte. Auf Grund der Arbeiten von George Washington, einem afro-amerikanischen Anwalt, William Shepperd einem afro-amerikanischen Missionar sowie vom britischen Journalisten Edmund Dene Morel und vom britischen Konsul Roger Casement, Mitglieder der ersten Menschenrechtsbewegung (Anti-Slavery International), wurde am 23. Juli 1904 per Erlass eine belgische Untersuchungskommission eingestellt; die Aussagen wurden nicht veröffentlicht. Auf die Kommission folgten zahlreiche Presseartikel und literarische Werke, deren bekannteste sind Heart of Darkness (Joseph Conrad, 1905)und The Crime of the Congo (Sir Arthur Conan Doyle, 1909)

Auf Königs Baudouin prokoloniale Rede folgte nun die nichts sagende offizielle Rede des Parlamentspräsidenten, Josef Kasavubu, mit Danksagung an den König und Adresse an Gott: *"In tiefster Demut habe ich zu Gott gebetet, Er möge unser Volk schützen und all seinen Regierenden leuchten."*

Zur Verwunderung der belgischen Regierung und des Herrscherhauses kam gleich nach der Rede des kongolesischen Präsidenten die unerwartete Anrede des Premierministers, Patrice Emery Lumumba. Der Präsident der Vertreterkammer Joseph Kasongo hatte ihm das Wort erteilt.

Lumumbas Rede bedeutete für die Kongolesen eine Befreiung von den unzähligen Demütigungen, Schikanen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die sie hatten ertragen müssen und die nie öffentlich angeprangert worden waren. Achtmal wurde Lumumba vom Applaus der Menge unterbrochen und am Ende wurde ihm eine echte Ovation entgegengebracht, was - nach Aussage von vielen Beobachtern - König Baudouin erbleichen ließ.

http://www.tlaxcala.es/detail_artistes.asp?lg=es&reference=14
Übersetzung: Michèle Mialane, coordinatrad

Lumumbas Rede

Kongolesen und Kongolesinnen,
Kämpfer für die heute errungene Unabhängigkeit,

ich grüße euch im Namen der kongolesischen Regierung.

An euch alle, meine Freunde, die ihr unermüdlich an unserer Seite gekämpft habt, richte ich die Bitte, aus diesem 30. Juni 1960 ein glanzvolles Datum zu machen, das ihr für immer unauslöschlich in eurem Herzen bewahren sollt, ein Datum, dessen Bedeutung ihr mit Stolz euren Kindern erklären werdet, damit diese ihrerseits ihren Kindern und Enkelkindern von der ruhmreichen Geschichte unseres Kampfes für die Freiheit berichten.

Zwar verkünden wir heute diese Unabhängigkeit des Kongo im Einvernehmen mit Belgien, einem Land, mit dem wir befreundet sind und mit dem wir von gleich zu gleich verhandeln. Aber kein Kongolese, der dieses Namens würdig ist, wird jemals vergessen können, dass diese Unabhängigkeit im Kampf errungen wurde *(Beifall)*, in einem täglich geführten leidenschaftlichen und aufopferungsvollem Kampf, einem Kampf, in dem wir keiner Entbehrung und keinem Leiden entsagt und in dem wir weder unsere Kraft noch unser Blut geschont haben.

Wir sind bis tief in unserem Herzen stolz auf diesen Kampf, der unter Tränen, mit Feuer und Blut geführt wurde, denn es war ein selbstloser und gerechter Kampf, ein Kampf, der notwendig war, um die erniedrigende Sklaverei zu beenden, die uns mit Gewalt aufgezwungen worden war. Die Verletzungen, die wir in 80 Jahren Kolonialherrschaft erleiden mussten, sind noch zu frisch und zu schmerzhaft, als dass wir sie aus unserem Gedächtnis verjagen könnten. Eine Arbeitsschinderei wurde uns aufgezwungen, und das gegen eine Bezahlung, die es uns unmöglich machte, unseren Hunger zu stillen, für eine menschenwürdige Kleidung und Unterkunft zu sorgen oder unsere Kinder als von uns geliebte Wesen groß zu ziehen.

Wir haben Spott, Beschimpfungen und Schläge ertragen müssen, morgens, mittags und abends, nur weil wir Neger waren. Wer kann vergessen, dass man zu einem Schwarzen "du" sagte, allerdings nicht wie zu einem Freund, denn das respektvolle "Sie" war den allein Weißen vorbehalten.

Wir haben erfahren müssen, dass uns Land geraubt wurde im Namen vorgeblich legaler Dokumente, die lediglich das Recht des Stärkeren zur Geltung brachten.

Wir haben erfahren, dass das Gesetz für Weiße und Schwarze nie gleich war: vermittelnd für die einen, grausam und unmenschlich für die anderen.

Wir haben das entsetzliche Leiden derjenigen erlebt, die wegen ihrer politischen Meinung oder religiösen Überzeugung verbannt wurden; zu Isolation im eigenen Land verurteilt war ihr Schicksal wahrhaft schlimmer als der Tod.

Wir haben erfahren, dass es in den Städten herrliche Häuser für die Weißen gab, aber nur baufällige Strohhütten für die Schwarzen; dass ein Schwarzer kein Zutritt zu den europäisch genannten Kinos, Restaurants oder Geschäften hatte; dass ein Schwarzer unter Deck reisen musste, auf dem Boden des Schiffsrumpfes, zu Füßen der Weißen in ihren Luxuskabinen.

Wer kann die Schießereien vergessen, bei denen so viele unserer Brüder den Tod fanden, die Gefängnisse, in die jene brutal geworfen wurden, die sich nicht mehr der Herrschaft einer Justiz der Unterdrückung und Ausbeutung unterwerfen wollten? *(Beifall)*

Unter all diesem, meine Brüder, haben wir unsagbar gelitten.
Aber wir, die durch die Stimmen eurer gewählten Vertreter das Recht erhalten

haben, um unser geliebtes Land zu leiten; wir, die an unserem eigenen Körper und mit unserem eigenen Herz die kolonialistische Ausbeutung erlitten haben, wir sagen es euch ganz laut, all dies ist ab jetzt vorbei.

Die Republik Kongo ist ausgerufen worden, und unser geliebtes Land ist nun in den Händen seiner eigenen Kinder.

Zusammen, meine Brüder, meine Schwestern, werden wir einen neuen Kampf beginnen, einen großartigen Kampf, der unser Land zu Frieden, zu Wohlstand und Größe führen wird.

Zusammen werden wir soziale Gerechtigkeit verwirklichen und sicherstellen, dass jeder die gerechte Entlohnung für seine Arbeit erhält.
(Beifall)

Wir werden der Welt zeigen, was Schwarze tun können, wenn sie in Freiheit arbeiten, und wir werden alles tun, damit das, was wir im Kongo leisten, auf ganz Afrika ausstrahlt. Wir werden dafür Sorge tragen, dass Äcker und Wälder unseres Vaterlandes tatsächlich seinen Kindern zugute kommen. Wir werden alle Gesetze von früher überprüfen und neue verabschieden, die gerecht und würdig sind.

Wir werden Schluss machen mit der Unterdrückung der Meinungsfreiheit und dafür sorgen, dass alle Bürger in den vollen Genuss der fundamentalen Freiheitsrechte gelangen, wie es in der Erklärung der Menschenrechte vorgesehen ist.
(Beifall)

Wir werden wirksam Diskriminierung jeder Art abstellen und einem jeden seinen gerechten Platz zuweisen, der ihm gemäß seiner Menschenwürde, seiner Arbeit und seiner Hingabe für unser Land zusteht.

Der Frieden, der in unserem Land herrschen soll, soll nicht mit Gewehren und Bajonetten gesichert werden, er soll vielmehr aus dem Herzen und aus dem guten Willen der Menschen kommen.
(Beifall)

Und um all dies zu erreichen, liebe Landsleute, dessen könnt ihr sicher sein, werden wir nicht nur auf unsere großen Kräfte und unsere unermesslichen Reichtümer zählen können, sondern auch auf die Hilfe zahlreicher Länder, deren Zusammenarbeit wir annehmen werden, solange sie fair ist und man nicht versucht, uns eine Politik aufzuzwingen, welcher Art sie auch immer sein mag.
(Beifall)

Belgien hat endlich den Lauf der Geschichte verstanden und nicht versucht, sich unserer Unabhängigkeit in den Weg zu stellen. So ist es bereit, im Bereich der Zusammenarbeit uns als Freund seine Hilfe zu gewähren, und es wurde in diesem Sinn zwischen unseren beiden gleichrangigen und unabhängigen Ländern ein Vertrag unterzeichnet. Diese Zusammenarbeit, dessen bin ich sicher, wird für beide Länder von Nutzen sein. Wir von unserer Seite aus werden zwar wachsam bleiben, aber die aus freien Stücken eingegangenen Verpflichtungen mit Sicherheit einzuhalten wissen.

So wird der neue Kongo, unsere geliebte Republik, die meine Regierung errichten wird, nach innen und nach außen ein reiches, ein freies und ein erfolgreiches Land sein. Damit wir ohne Verzögerung dieses Ziel erreichen, wende ich mich an euch, Abgeordnete und Bürger des Kongo, und bitte ich euch alle, mir mit allen euren Kräften dabei zu helfen.

Ich bitte euch alle, die Stammesstreitereien zu vergessen, die unsere Kräfte aufzehren und dazu führen können, dass man uns im Ausland verachtet. Ich bitte die Minderheit im Parlament, meiner Regierung durch eine konstruktive Opposition zu unterstützen und strikt die legalen und demokratischen Wege einzuhalten.

Ich bitte euch alle, vor keinem Opfer zurück zu schrecken, um den Erfolg unserer großartigen Unternehmung sicher zu stellen.

Ich bitte euch schließlich, unbedingt das Leben und das Hab und Gut eurer Mitbürger und das der Ausländer, die sich in unserem Land niedergelassen haben, zu respektieren. Wenn die Verhaltensweise der Ausländer zu wünschen übrig lässt, wird unsere Justiz sie prompt aus unserer Republik ausweisen; wenn hingegen sie sich ordentlich verhalten, dann muss man sie in Ruhe lassen, denn auch sie arbeiten für den Wohlstand unseres Landes.

Die Unabhängigkeit des Kongo ist ein entscheidender Schritt zur Befreiung des ganzen afrikanischen Kontinents. *(Beifall)*

Majestät, Exzellenzen, meine Damen und Herren, meine lieben Mitbürger, meine Rassenbrüder, meine Brüder im Kampf: das wollte ich Ihnen und euch sagen im Namen der Regierung an diesem herrlichen Tag unserer vollständigen und souveränen Unabhängigkeit. (Beifall)

Unsere Regierung, stark, national und volksnah, wird das Wohl dieses Volkes sein.
Ich rufe alle kongolesische Mitbürger , Männer, Frauen, Kinder dazu auf, sich entschlossen an die Arbeit zu setzen, um eine blühende nationale Wirtschaft aufzubauen, die unsere ökonomische Unabhängigkeit sichern wird.

Ehre den Kämpfern für die nationale Freiheit!
Es lebe die Unabhängigkeit und die Afrikanische Einheit.
Es lebe der unabhängige und souveräne Kongo! *(Lang anhaltender Beifall)*

Übersetzung: Jürgen Janz, coorditrad
Original:
http://www.kongo-kinshasa.de/dokumente/lekture/disc_indep.pdf
(ebenfalls mit den Reden des belgischen Königs und des Parlamentspräsidenten Joseph Kasavubu)

Audio Aufnahme von Lumumbas Rede
http://www.youtube.com/watch?v=rzPO4KQCZP8

Der Sohn Lumumbas, Guy, kündigte am 22. Juni 2010 in Brüssel eine Klage gegen zwölf Belgier an, die 1961 in die Ermordung seines Vaters verwickelt gewesen sein sollen. Die Klage soll im Oktober vor einem Brüsseler Strafgericht eingereicht werden. Quelle: Wikipedia

Internetadressen aus Afrika:
http://www.pambazuka.org/en/
http://www.pambazuka.org/en/category/wc2010/
(Über die WM)

Über die aktuelle Situation in Afrika:
Sand im Getriebe
Nr. 45, 49, 50, 51, 64, 70, 71, 73, 79

Die Schattenseite der Fußbälle

Offener Brief an die FIFA

An Herrn Joseph Blatter
Präsident der FIFA

Sehr geehrter Herr Blatter,

das International Labour Rights Forum hat am 7. Juni 2010 einen ausführlichen Bericht mit dem Titel „Missed the Goal for Workers: The Reality of Soccer Ball Stitchers“ veröffentlicht (1). Dieser Bericht beleuchtet die Verletzungen von Arbeiterrechten, die bei der Herstellung von Fußbällen gängig sind. Die Untersuchung des ILRF zeigt, dass vor allem bei FIFA zertifizierten Herstellern in Pakistan Kinderarbeit, Niedrigstlöhne und der Einsatz von Gelegenheitsarbeitern weit verbreitet sind.

Die Untersuchung belegt, dass Kinderarbeit in Pakistan immer noch ein aktuelles Thema ist, vor allem in der Heimarbeit.

Außerdem weist der Bericht auf weitere Probleme hin:

die Diskriminierungen, denen die Näherinnen, die von zu Hause aus arbeiten, ausgesetzt sind. Sie werden am schlechtesten bezahlt und im Falle einer Schwangerschaft droht ihnen der Verlust ihrer Arbeit;
das Ausnutzen von Überstunden, wie z.B. in einer chinesischen Fabrik, wo die Arbeiter während eines Monats jeden Tag 21 Stunden arbeiten mussten;
das Fehlen von Trinkwasser und Sanitäreinrichtungen, manchmal sogar von Toiletten, wie es in indischen Nähzentren festgestellt wurde.
Etwa 75 % der 200 in Pakistan interviewten Arbeiter sind Gelegenheitsarbeiter, folglich haben sie keinen Anspruch auf Leistungen für unbefristete Arbeiter oder auf eine Sozialversicherung.

Im letzten Jahrzehnt wurden die Schlüsselakteure des Sektors, einschließlich der großen Marken und der FIFA, regelmäßig über die Menschenrechtsverletzungen in der Fußball-Industrie informiert.

*Ich bin entsetzt, dass die Verletzungen von Arbeiterrechten, **nach so vielen Jahren,** immer noch die Norm und nicht die Ausnahme sind.*

Aus meiner Sicht ist die FIFA für ihren Sport verantwortlich. Anlässlich der Weltmeisterschaft hoffen die Fans des schönen Spiels, dass auch die Fußball-Industrie endlich ihre Versprechen hält.
Mit freundlichen Grüßen

(1)
http://www.vetementspropres.be/doc/ILRF_soccerball_report.pdf

http://www.vetementspropres.be/index.php?p=lettre&id=36

Weitere Berichte:
http://www.laborrights.org/

Übersetzung: Annette Heiss, coorditrad

Die multiple Krise im globalen Süden – Afrika ein Kontinent in der Krise, Podiumsdiskussion auf der Attac-Sommerakademie in Hamburg, 30.7. um 20 Uhr

Neville Alexander

Was bleibt, ist ein Berg von Schulden

Von Selbsttäuschung, Nationalstolz und sozialem Sprengstoff

Mit der Regenbogennation ist es vorbei, das kann auch die WM nicht verhehlen. Es ist verständlich, dass in Südafrika wegen der Fußball-WM große Aufregung herrscht. Immerhin ist es das erste Mal, dass dieses Spektakel der populärsten Sportart, die weltweit hauptsächlich von jungen Menschen aus der Arbeiterklasse betrieben wird, in Afrika stattfindet. Verständlich auch, dass die südafrikanische Regierung und, in vielleicht geringerem Maße, die meisten anderen afrikanischen Regierungen, der «Welt zeigen» wollen, dass Afrika wie alle anderen auch in der Lage ist, die «größte Show der Welt» aufzuführen.
Die Superlative werden leichthin geäußert und weisen auf einen bedeutenden Aspekt dieses Ereignisses – nämlich den Auftrieb für den nationalen und «Rassen»-Stolz in einer Welt, die trotz zahlreicher Katastrophen wie dem Völkermord in Rwanda 1994 nach wie vor dem Denken in «Rassen»-Kategorien verhaftet bleibt. Für einen Kontinent, der in jeder vorstellbaren Weise während der gesamten kapitalistischen Epoche der Weltgeschichte stigmatisiert und verleumdet wurde, ist der Beweis, die gleichen Leistungen erbringen zu können – nach welchem Qualitäts- und Wertmaßstab auch immer –, eine Sache, von der die Eliten hoffen, dass er dieses Vorurteil zunichte machen wird. Keiner weiß das besser als FIFA-Chef Sepp Blatter, der stets auf dieser Klaviatur spielt, wenn er vor einem afrikanischen Publikum spricht. Die politische und auch die kulturelle Bedeutung dieses Faktors liegen auf der Hand.

Darüber hinaus hoffen viele Südafrikaner verzweifelt, dass die verblassenden Farben der «Regenbogennation» wieder aufgefrischt werden und nach einem Jahrzehnt der Enttäuschungen und chronischer sozialer Spaltungen, die durch die schändlichen xenophoben Ausschreitungen der letzten beiden Jahre noch hässlicher geworden sind, wieder ein Gefühl der nationalen Einheit und des sozialen Zusammenhangs entsteht. Viele hoffen, dass dieses Megaevent den Geist der nationalen Einheit aus den ruhmreichen Tagen der 70er und 80er Jahre zurückbringt, als ein nicht nach «Rassen» getrennter Sport unter Führung des South African Council on Sport (SACOS) die verschiedenen Tendenzen der Befreiungsbewegung zusammenhielt und die Sportteams des Apartheid-Südafrika in der ganzen Welt mit Hilfe der Anti-Apartheid-Bewegung isolierte.

40 Milliarden Rand

Die Wahrheit offenbart sich jedoch auf der Ebene der politischen Ökonomie der Weltmeisterschaften – und sie steht im Gegensatz zu den von den Medien verbreiteten Märchen. Zitieren wir eine Quelle, die gewiss nicht einseitig für die Interessen der städtischen und ländlichen Armen Partei ergreift, die meistgelesene Tageszeitung in Südafrika:

«Ungeachtet wie gut unsere WM ist und wie sehr ich persönlich das Schauspiel genießen werde, kann ich doch nicht glauben, dass es die über 40 Mrd. Rand wert sein wird, die wir dafür gezahlt haben. Ich sehe die bedrückende Armut der großen Mehrheit der Menschen in diesem Land und habe Mühe, für sie den fühlbaren Wert irgendeines der ‹Vorteile› zu erkennen, den diese WM bringen soll. Ich kann leicht sehen, wie ich – als sorgenfreie Person der Mittelschicht, die gerne reist – von breiteren Autobahnen, schicken Flughäfen und schnellen Zügen profitiere. Was mir dabei entgeht, ist, was diese Dinge und auch die Stadien, die nie wieder voll ausgelastet sein werden, für hohlwangige Arbeitssuchende, AIDS-Waisen und arme Kinder, deren Leben durch eine minderwertige Erziehung zunichte gemacht wird, ausmachen können.» (Quentin Wray, *Business Report*, 31.Mai 2010.)

Die Ungleichheit der Vorteile, die aus der WM erwachsen, ist so offensichtlich, dass sie sogar einen liberalen Journalisten dazu bewegt, vor dem Hurrapatriotismus zu warnen, der die Leute blind zu machen scheint vor der realen Plünderung des Staates und der Ausbeutung der Arbeiter, die das Kennzeichen noch ein jeder Fußball-WM gewesen ist. Viele Linke hoffen deshalb, dass der Megaevent ein Schlaglicht auf die tiefe soziale Kluft in Südafrika wirft, dem Land mit der größten Spanne zwischen Arm und Reich.

Hauptnutznießer sind natürlich die FIFA, die Familie Blatter und die kapitalistischen Firmen, die an der Ausbeutung beteiligt sind und hoffen, damit der globalen Rezession entgegenzuarbeiten. Der FIFA ist ein Profit von etwa 3,3 Mrd. US-Dollar sicher. Das ist ein großer Sprung im Vergleich zur WM 2006, als sie Deutschland mit 1,9 Mrd. Dollar verließ und dem lokalen Organisationskomitee nur 80 Mio. Dollar übrig blieben.

Betrachten wir noch einige andere relevante Statistiken – sie illustrieren nämlich das Ausmaß der Täuschungen, die hinter dem «schönen Spiel» versteckt werden. Die Erwartungen auf einen stärkeren Tourismus und einen Aufschwung für die Hotelindustrie sind drastisch übertrieben und seit 2002, als sie noch Teil der aggressiven Verkaufstaktik des Bewerbungskomitees waren, massiv reduziert worden. So wurden am Schluss nur noch etwa 250.000 ausländische Besucher erwartet und nicht die ursprünglich genannten 500000. Das Resultat ist, dass viele kleine Geschäftsleute – Inhaber von Pensionen und Bed-and-Breakfast-Zimmern – gewaltige Verluste machen werden.
Ökonomen sehen voraus, dass das Bruttoinlandsprodukt direkt nur um 0,2%, nicht um 0,5% zunehmen wird, wie anfangs behauptet. Nicht einmal das Einnahmeplus der größeren Einzelhandelsgeschäfte wird den erwerbslosen und verarmten Schichten der Bevölkerung zugute kommen.

Gewaltige Staatsverschuldung

Gewiss verbindet sich mit der Durchführung der WM ein großer Teil der Entwicklung der Infrastruktur, die von der Regierung Mbeki geplant worden war, und vieles davon, insbesondere die Modernisierung des Verkehrswesens, wurde außerordentlich schnell umgesetzt. Doch hat dies auch zu ernsten Problemen ge-

führt: insbesondere fehlte eine demokratische Beteiligung bei der Beschlussfassung, wurden kommunale Regierungen übergangen, gab es Korruption bei den Ausschreibungen u. v. m. . Zusätzlich zur gewaltigen Staatsverschuldung hinterlässt das ein «Erbe», das nur als schwere Hypothek für künftige Generationen beschrieben werden kann.

Vor allem eine Frage wird stets bleiben: Warum wurden 12 Mrd. Rand für neue Stadien ausgeben, wenn es möglich gewesen wäre, für das Geld die bestehenden Stadien zu modernisieren und Hunderttausende Häuser für die Migranten aus den ländlichen Gebieten zu bauen? Natürlich hätte ein nationales Wohnungsbauprogramm dieser Größenordnung die ausländischen und einheimischen Investoren definitiv nicht in derselben Weise gereizt wie die WM 2010, aber dafür würden wir auch nicht jahrzehntelang für kostspielige, und letztlich nutzlose Stadien zahlen.
Dies wirft die grundlegende Frage nach der Strategie der Wirtschaftsentwicklung im Südafrika nach dem Ende der Apartheid auf. Die Regierung setzt auf Großereignisse mit Kultstatus wie die Rugby-WM, die afrikanische Fußballmeisterschaft u. a. . Sie erhofft sich davon kurzfristige Wirtschaftsaufschwünge. Im Zentrum dieser Strategie stehen die Interessen des privaten Kapitals, es soll das Wirtschaftswachstum ankurbeln und seine Segnungen sollen der Masse der städtischen und ländlichen Armen zugute kommen.

ANC gelähmt

Dieses neoliberale Märchen, das 1996 in das Programm GEAR (Wachstum, Beschäftigung und Umverteilung) eingeschrieben wurde, hat sich in jeder Hinsicht als Illusion erwiesen. Statt der 1996 vorhergesagten jährlichen Wachstumsrate von 6% hat das Nach-Apartheid-Südafrika nicht einmal ein durchschnittliches jährliches Wachstum von 3,5% erreicht. Die Arbeiterbewegung hat dem die neokeynesianische Alternative von Wachstum durch Umverteilung entgegengesetzt – was ein umfassendes staatliches Eingreifen in den Markt beinhaltet. Doch die kapitalistischen Thinktanks und zahlreiche Unternehmerverbände, die die Politik bestimmen, haben beständig und erfolgreich alle solche «Experimente» gestoppt, u. a. indem sie mit Kapitalflucht drohten. Sie halten alle strategischen Positionen im Nach-Apartheid-Südafrika besetzt, und die ANC-Regierung ist wie gelähmt von der Tatsache, dass alle Schritte, die sich fundamental gegen das Kapital wenden, zum Scheitern verurteilt sind.

Das Bündnis zwischen dem ANC, der Kommunistischen Partei (SACP) und dem größten Gewerkschaftsverband, COSATU, garantiert der Bourgeoisie ein stabiles politisches Terrain – trotz massiver Spannungen zwischen den schwarzen «Aufsteigern» und der traditionellen proletarischen Basis des ANC. In allen relevanten Fragen haben die bürgerlichen Schichten den Krieg um die «Seele» des ANC gewonnen, die sog. Linke in dieser historischen Bewegung wurde rasch und effektiv an den Rand gedrängt.

Diese «Tripleallianz», wie sie in Südafrika genannt wird, befindet sich in einer ähnlichen Position wie der «Führer einer extremen Partei», von dem Friedrich Engels in *Der deutsche Bauernkrieg* schrieb:

«Es ist das Schlimmste, was dem Führer einer extremen Partei widerfahren kann, wenn er gezwungen wird, in einer Epoche die Regierung zu übernehmen, wo die Bewegung noch nicht reif ist für die Herrschaft der Klasse, die er vertritt, und für die Durchführung der Maßregeln, die die Herrschaft dieser Klasse erfordert … Er findet sich so notwendigerweise in einem unlösbaren Dilemma: was er tun kann, widerspricht seinem ganzen bisherigen Auftreten, seinen Prinzipien und den unmittelbaren Interessen seiner Partei; und was er tun soll, ist nicht durchzuführen. Er ist, mit einem Wort, gezwungen, nicht seine Partei, seine Klasse, sondern die Klasse zu vertreten, für deren Herrschaft die Bewegung gerade reif ist. Er muss im Interesse der Bewegung selbst die Interessen einer ihm fremden Klasse durchführen und seine eigne Klasse mit Phrasen und Versprechungen, mit der Beteuerung abfertigen, dass die Interessen jener fremden Klasse ihre eignen Interessen sind. Wer in diese schiefe Stellung gerät, ist unrettbar verloren.»

Das Ende des Regenbogens

Ironischerweise verschärft die WM in Südafrika, die «die Nation» einigen sollte, den Disput innerhalb der herrschenden Partei zwischen jenen, die eine sozialdemokratische Reformpolitik befürworten, und jenen, die der neoliberalen Orthodoxie verpflichtet sind. Insbesondere die Gewerkschaften haben die WM maximal genutzt, um ihre Verhandlungsposition zu stärken. Es wird zwar eine vorübergehende Erscheinung des Klassenkampfs bleiben, aber es ist eine Tatsache, dass praktisch jeder Arbeitskampf (meist nach langen und erbitterten Streiks) mit zweistelligen Lohnerhöhungen beendet wurde, bei gleichzeitig relativ niedriger Inflationsrate.

Die wirtschaftlichen Aktivitäten für die WM haben die Auswirkungen der globalen Rezession auf die Beschäftigten zweifellos reduziert, doch die Millionen Opfer der strukturellen Erwerbslosigkeit trifft das nicht. Langfristige Beschäftigung ist kaum geschaffen worden und 2009 gingen fast eine Million Arbeitsplätze verloren! Bedrohlich ist die weit verbreitete Erwartung, dass es zu erneuter xenophober Gewalt kommen wird, wenn die durch die WM geschaffenen kurzfristigen Jobs wieder verschwinden. Mehr als alles andere ist diese Furcht ein Zeichen dafür, dass die Euphorie der «Regenbogennation» Vergangenheit ist.

Die bürgerlichen Medien versuchen uns davon zu überzeugen, dass die WM das alles wert ist. Doch sie wissen genau so gut wie jeder Erwerbslose, dass von diesem gigantischen Schwindel allein das Großkapital und die FIFA profitieren. Die Masse der Bevölkerung bleibt auf gewaltigen Schulden sitzen, die die Hinterlassenschaft des Apartheidregimes noch übertreffen. Jede überwiegend positive Bilanzierung der WM ist nur eine Apologie der grausamen neoliberalen Politik und Praxis im Nach-Apartheid-Staat.

Neville Alexander gehört zu den angesehensten Intellektuellen Südafrikas. Der promovierte Literaturwissenschaftler hat fast vierzig Jahre seines Lebens dem Kampf gegen die Apartheid gewidmet. Das Massaker von Sharpeville bewog den jungen Akademiker, den gewaltfreien Widerstand aufzugeben und eine Guerillabewegung zu gründen. Nach seiner Verhaftung wurde er wie viele Widerstandskämpfer auf Robben Island inhaftiert, wo er auf Nelson Mandela und seine Gefährten traf. Neville Alexander ist derzeitiger Direktor der Bildungsinstitution PRAESA (Project for the study of alternative education in South Africa) in Kapstadt.

Quelle: SoZ (Sozialistische Zeitung) Juli 2010, http://www.soz-plus.de/

Tomasz Konicz

Land für ein Linsengericht

"Kolonialismus des 21. Jahrhunderts":
Konzerne und Staaten kaufen und pachten die besten Böden in Entwicklungsländern, vor allen in Afrika

In vielen Ländern der so genannten Dritten Welt findet derzeit die größte Landnahme seit dem Ende des Kolonialismus statt. Konzerne und Regierungsorganisationen aus Schwellen- und Industriestaaten kaufen vor allem in Afrika riesige Agrarflächen auf, um dort Lebensmittel oder Nutzpflanzen für ihre heimischen Märkte anzubauen. Der **Sonderberichterstatter des UN-Menschenrechtsrats für das Recht auf Nahrung**, der Belgier Olivier de Schutter, stellte Anfang März einen diesbezüglichen Bericht vor, der Landkäufe oder -pachtungen in Entwicklungsländern erfaßt. Demnach sind seit 2006 bis zu **20 Millionen Hektar Anbaufläche von ausländischen Investoren aufgekauft oder langfristig gepachtet worden**. Diese Fläche entspricht in etwa einem Drittel der landwirtschaftlich genutzten Böden in der EU.

Der Bericht benennt rund ein Dutzend **Staaten Afrikas**, denen angeboten wurde, ganze Landstriche an ausländische Konzerne, Investmentfirmen oder Regierungsorganisationen zu verkaufen oder auf 99 Jahre zu verpachten. Betroffen sind mit Äthiopien, der Demokratischen Republik Kongo, Madagaskar, Somalia, Mali, dem Sudan und Tansania einige der ärmsten Länder der Welt. Rund 80 Prozent der Landkäufer seien »private Investmentfirmen«, betonte De Schutter, während die »lokalen Eliten« die größtenteils »nicht transparent« ausgehandelten Landdeals als Gelegenheit wahrnähmen, »rasches Geld zu machen«.

Eine im Auftrag des britischen Observer von mehreren Nichtregierungsorganisationen (NGOs) durchgeführte Studie beschreibt die Situation als noch problematischer. Der Bericht, an dessen Ausarbeitung unter anderem die NGOs Grain, das International Institute for Environment and Development, die International Land Coalition und ActionAid mitwirkten, nennt 20 oder mehr afrikanische Staaten, bei denen Ländereien im Umfang von bis zu 50 Millionen Hektar gekauft oder gepachtet wurden, *»um intensive Landwirtschaft im immensen Umfang«* zu betrieben. Dies sei der *»größte Eigentumswechsel seit der kolonialen Ära«*, konstatierte der Observer.
Entscheidend beschleunigt wurde der Prozeß durch die Lebensmittelkrise der Jahre 2007 und 2008. Und die Dynamik der Landaufkäufe hält an, da inzwischen weitere Faktoren diese befeuern. So werden auf diesen besten Böden Afrikas nicht selten Pflanzen zur Produktion von »Biokraftstoffen« angebaut. Europäische Investoren beispielsweise engagieren sich dabei, um Richtlinien der EU zu erfüllen, wonach bis 2015 zehn Prozent aller Transporttreibstoffe »Bio« sein sollen. Neben den Europäern sind die ölreichen Staaten der arabischen Halbinsel und die Schwellenländer China und Indien stark in Afrika engagiert.

Die Dimensionen sind gigantisch. So wird China in Kongo 2,8 Millionen Hektar **Land zur Gewinnung von Palmöl** nutzen, um »Biotreibstoff« herzustellen. Allein dieser Deal umfaßt ein Gebiet, die einem Sechstel der landwirtschaftlichen Nutzfläche Großbritanniens entspricht. Europäische Produzenten derartiger »Biotreibstoffe« haben in Afrika bereits 3,9 Millionen Hektar Land gepachtet oder erworben. Saudi-Arabien und andere Golfstaaten konzentrieren sich auf Ostafrika. Einer der reichsten Männer der Welt, der saudische Scheich Mohammed al-Amoudi, investiert zwei Milliarden US-Dollar, um in Äthiopien 500000 Hektar Land aufzukaufen. Dort will er Lebensmittel und Blumen für den saudischen Markt produzieren. Während 13 Millionen Äthiopier von Lebensmittelhilfen abhängig sind, gab die Regierung drei Millionen Hektar der besten Flächen zur langjährigen Verpachtung frei.

Die Bevölkerung in den betroffenen Gebieten, die zumeist Subsistenzlandwirtschaft betreibt (also sich von ihrem kargen Stück Land lediglich zu ernähren versucht), **wird enteignet**. Ihr Land sei ihnen *»weggenommen worden«*, und sie hätten keinerlei Entschädigung erhalten, erklärten Äthiopier aus der Region Gambela gegenüber dem Observer: *»Tausende Menschen sind betroffen, und Tausende Menschen werden hungern.«* Dies sei ein *»neuer Kolonialismus des 21. Jahrhunderts«*. Weltweit sterben nach UN-Angaben inzwischen 24000 Kinder an den Folgen von Hunger und Unterernährung – täglich.

Die Arbeits- und Lebensbedingungen des neuen afrikanischen Agrarproletariats sind unmenschlich. So zahlt der indische Agrarkonzern Karuturi Global, der in Äthiopien 300000 Hektar Land bewirtschaftet seinen Arbeitern laut der Nachrichtenagentur Bloomberg umgerechnet *»weniger als 1,25 US-Dollar«* täglich, während die *»jährlichen Einkünfte dieses Unternehmens 2013 100 Millionen US-Dollar überschreiten«* sollen.

»Die Inder zeigen keine Menschlichkeit. Nur weil wir arm sind, macht uns dies nicht weniger zu Menschen«, klagte ein Betroffener gegenüber Bloomberg. Die Landarbeiter könnten trotz des Einkommens *»an vielen Tagen nur einmal täglich essen«*. Der Präsident der Region Gambela, Omod Obang Olom, zeigte sich hingegen in einem Interview vom Landverkauf begeistert: *»Unserer Strategie besteht darin, den Kapitalismus aufzubauen. Wir haben hier Platz für jeden Investor. Wir haben fruchtbares Land, es gibt gute Arbeitskräfte, wir können sie unterstützen.«* Die billigen Pachtzinsen sind ein weiterer Faktor, der die Landnahme in Afrika beschleunigt. Während Karuturi Global in Äthiopien umgerechnet 1,18 US-Dollar jährlich pro Hektar entrichten muß, wären hierfür im Schwellenland Indonesien 350 US-Dollar fällig.

Widerstand gegen diesen Agrarimperialismus muß nicht vergebens sein. Das veranschaulicht das Beispiel **Madagaskar**. Der koreanische Konzern Daewoo Logistics wollte mit der Pacht von 1,9 Millionen Hektar einen großen Teil der besten landwirtschaftlichen Nutzfläche des Inselstaates zur Exportproduktion nutzen. Der Widerstand gegen diese Pläne war einer der treibenden Faktoren, die zum Sturz des damaligen Präsidenten Madagaskars, Marc Ravalomanana, führten. Sein Amtsnachfolger Andry Rajoelina mußte im März 2009 diesen Vertrag annullieren.

** Aus: junge Welt, 13. März 2010*

Via Campesina, FIAN, Land Research Action Network (LRAN), GRAIN

Stoppt die Landnahme !

Sagen wir NEIN zu den Leitlinien der Weltbank zu "verantwortlichen" Investitionen der Agro- und Nahrungsmittelkonzerne!

Als Antwort auf die neue Welle der Landnahme, mit der Staaten und private Investoren, von Citadel Capital bis zu Goldman Sachs, Millionen von Hektar guter landwirtschaftlicher Flächen in Asien, Afrika und Lateinamerika pachten oder kaufen, um Nahrungsmittel oder Agrotreibstoffe zu produzieren, will die Weltbank jetzt ein sieben Leitsätze umfassendes Grundsatzdokument verbreiten, um den Erfolg dieser Investitionen abzusichern.
Die Welternährungsorganisation (FAO), der Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) und die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) haben sich bereit erklärt, sich der Weltbank anzuschließen, um gemeinsam diese Leitsätze voranzutreiben. (1) Ihr gemeinsamer Ausgangspunkt ist die Überzeugung, dass der derzeitige Wettlauf des Privatsektors um die Aneignung von landwirtschaftlichen Flächen Risiken birgt. Die Weltbank hat gerade eine Studie zum Abschluss gebracht, die das Ausmaß der Tendenz aufzeigt, Eigentumsrechte an landwirtschaftlichen Flächen in Entwicklungsländern an ausländische Investoren zu übertragen.
Die Weltbank scheint überzeugt zu sein, dass jeglicher private Kapitalzufluss gut ist, der zur Ausdehnung der transnationalen Agrokonzerne dort führt, wo sie noch nicht eingedrungen sind; auch soll der private Kapitalzufluss weiter vordringen können, damit der Industriesektor größere Reichtümer aus den ländlichen Gegenden ziehen kann. Da diese Investitionen mit einer massiven Privatisierung und einer Übertragung von Eigentumsrechten an Land einhergeht, will die WB eine gewisse Anzahl von Kriterien aufstellen, um das Risiko sozialer Unruhen zu verringern: "Achtung" der Rechte der derzeitigen Nutzer von Land, von Wasser und anderen Ressourcen (durch Zahlung von Entschädigung), Schutz und Verbesserung der Lebensbedingungen von Familien und Gemeinden (durch Schaffung von Arbeitsplätzen und sozialen Diensten) und Schonung der Umwelt.

Das sind die zentralen Ideen, die hinter den sieben Leitlinien der WB stecken, um "sozial verträgliche" Landnahme zu ermöglichen.

Diese Leitlinien werden ihre angekündigten Ziele nicht erreichen. Diese Leitlinien sind eher ein Rauchvorhang, hinter dem versucht werden soll, die Landnahme im großen Maßstab zu legitimieren. Es ist völlig inakzeptabel, ausländischen Akteuren die langfristige Kontrolle über landwirtschaftliche Flächen zu erleichtern, die ländlichen Gemeinden gehören, welchen Leitlinien man auch immer folgen will.

Die Leitlinien der Weltbank, deren Einhaltung völlig freiwillig wäre, sollen unsere Aufmerksamkeit von der Tatsache abzulenken, dass die derzeitige Nahrungsmittelkrise, die gekennzeichnet ist von einer Milliarde hungernder Menschen, nicht durch die im großen Maßstab industriell betriebene Landwirtschaft gelöst werden wird, die aber gerade durch diesen ganzen Landerwerb gefördert werden soll.

In zahlreichen Ländern haben Landnahmen schon im Lauf der letzten zehn oder fünfzehn Jahre verstärkt stattgefunden. Dies geschah durch eine Politik der Deregulierung, einer Politik von Handels- und Investitionsverträgen und mit einer auf Märkte hin orientierenden Reform der Regierungstätigkeit.
Die jüngste Nahrungsmittel- und Finanzkrise hat der Welle von Landnahmen durch die Regierungen und die Finanzinvestoren neuen Schwung gegeben; diese wollen die landwirtschaftliche Produktionskapazität und künftige Nahrungsmittelreserven sichern, ebenso wie das Anlagekapital, das mit großer Sicherheit große Dividenden abwerfen wird. Die reichen Regierungen versuchen landwirtschaftliche Flächen langfristig zu pachten, um ihre Bevölkerung und ihre Industrien zu versorgen. Gleichzeitig sind Firmen auf der Suche nach langfristigen Konzessionen, um darauf Plantagen zu errichten, auf denen sie Agrotreibstoff, Kautschuk, Öl, etc. herstellen.

Man kann die gleiche Entwicklung in den Küstenregionen beobachten, wo Land, Meeres- und Wasserressourcen an die Tourismusbranche und lokale Eliten verkauft, verpachtet oder einfach überlassen werden - zum Nachteil der kleinen Fischer und der lokalen Gemeinden.
So oder so werden landwirtschaftliche Flächen und Wälder der Kontrolle der kleinen Produzenten - Frauen und Männer, Fischer und Viehhalter - zu kommerziellen Zwecken entzogen, was zu ihrer Verdrängung, zu Hunger und Armut führt.

Mit dieser derzeitigen Aneignung von landwirtschaftlichen Flächen in großem Maßstab hat die Globalisierung eine neue Entwicklungsstufe erreicht, die die Selbstbestimmung der Völker und ihre Nahrungsmittelsouveränität untergräbt. Die Weltbank betrachtet Land und die Rechte daran als einen entscheidenden Trumpf für die Unternehmen auf ihrer Suche nach großen Dividenden für ihr Kapital. Für die Unternehmen ist Land nicht nur die Grundlage für die Produktion von Nahrung und Rohstoffen, die für neue Energieformen benötigt werden, es ist auch die wesentliche Voraussetzung um Wasserreserven ausbeuten zu können.

Es ist daher wichtiger denn je, Ressourcen vor der Begehrlichkeit der Unternehmen und Staaten zu schützen, damit sie bei denjenigen bleiben, die sie brauchen, um sich selbst und andere auf nachhaltige Weise zu ernähren und um als Gemeinde und Gesellschaft weiter existieren zu können.

Die Landnahmen im großen Stil - selbst wenn sie nicht mit gewaltsamer Vertreibung einhergehen - nehmen den lokalen Gemeinden Land weg, zerstören Lebensweisen und geben einer auf die Bäuerinnen und Bauern ausgerichteten Landwirtschaftspolitik weniger Raum. Zusätzlich bringen sie eine Verzerrung der Märkte mit sich, indem sie die immer größere Konzentration des Agrobusiness und des globalen Handels begünstigen, anstatt eine nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft zu fördern, die ausgerich-

tet ist auf lokale und nationale Märkte und künftigen Generationen. Dies wird auch die Zerstörung des Ökosystems und die Klimakrise beschleunigen.
Die Landnahmen in großem Maßstab zu fördern oder zu erlauben ist eine Verletzung des internationalen Abkommens über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und steht daher im Widerspruch zu der Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker.
Landnahmen im großen Maßstab ignorieren sowohl die Leitlinien, die von der Internationalen Konferenz zur Agrarreform und die ländliche Entwicklung (CIRADR) 2006 verabschiedet wurden als auch die Empfehlungen des Weltagrarrats (IAASTD). *(S. SiG 66)*

Landnahmen im großen Maßstab muss unverzüglich aufhören. Die Leitlinien der Weltbank wollen einen glauben machen, dass Landnahmen keine zerstörerischen Folgen hätten. Die bäuerlichen Organisationen und indigenen Völker, die sozialen Bewegungen und zivil-gesellschaftliche Gruppen sind sich völlig einig darüber, was zu tun ist:

1. das Land muss in den Händen der lokalen Gemeinden bleiben; es muss eine wirkliche Agrarreform durchgeführt werden, um einen gerechten Zugang zu Land und natürlichen Ressourcen sicherzustellen;

2. die bäuerliche ökologische Landwirtschaft muss stark unterstützt werden, ebenso Fischfang und Viehzucht in kleinem Maßstab sowie Bildungsprogramme und partizipative agrarwissenschaftliche Forschungsprogramme, damit Kleinproduzenten Nahrungsmittel in großen Mengen und in hoher Qualität für alle produzieren können;

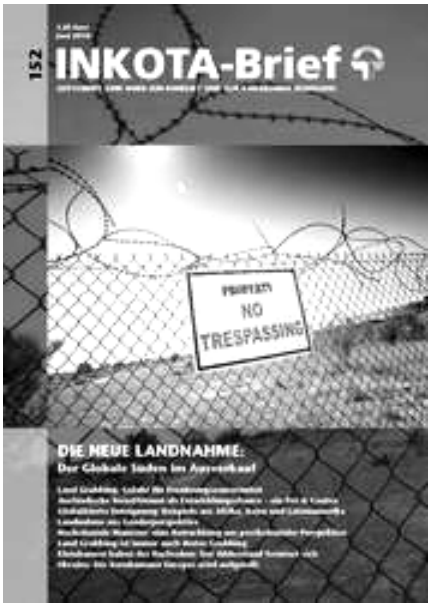
3. die Landwirtschafts- und Handelspolitik muss grundlegend geändert werden, mit dem Ziel, die Nahrungsmittelsouveränität zu verwirklichen und lokale und regionale Märkte zu unterstützen, die für die Leute zugänglich und auch profitabel sind;

4. landwirtschaftliche- und Nahrungsmittelsysteme, die auf einer kommunalen Kontrolle der Ressourcen wie Land, Wasser und Biodiversität basieren, müssen gefördert werden. Strenge und verpflichtende Vorschriften müssen erlassen werden, die den Zugang von Unternehmen und anderen öffentlichen und privaten Akteuren zu landwirtschaftlichen Flächen, zu Küstenzonen und Feuchtgebieten, zu Weiden und Wäldern begrenzen.

Keine einzige Leitlinie auf der Welt kann Landaneignungen rechtfertigen!

1) Siehe: "Principles for Responsible Agricultural Investment that Respect Rights, Livelihoods and Resources", nur in Englisch verfügbar: http://www.donorplatform.org/component/option,com_docman/task,doc_view/gid,1280.

Diese Erklärung wird gesponsert von über 100 Organisationen aus der ganzen Welt, u.a.: Focus on the Global South, Friends of the Earth International, TNI, CADTM, CETRI,…
22. April 2010
http://www.grain.org/o/?id=103
englische Version:
http://farmlandgrab.org/12200
Übers. Jürgen Janz, coorditrad



Dossier Nr.7 „Die neue Landnahme“
http://www.inkota.de/nc/aktuelles/detailansicht/vom/06/may/2010/der-globale-sueden-im-ausverkauf/

Sand im Getriebe Nr.66
„Ernährungssouveränität“

Sand im Getriebe Nr. 78:
Der globale Landraub und wie dieser die Ernährungssicherheit in der Dritten Welt untergräbt
von food & water watch
http://sandimgetriebe.attac.at/8473.html

Thomas Fritz: Die globale Jagd nach Land

http://www.thomas-fritz.org/peak-soil.php
FDCL-Verlag, Berlin, 2009, 164 Seiten, Preis: 12,- Euro, ISBN: 978-3-923020-46-1

Aus dem Vorwort:
Land ist knapp. Immer mehr fruchtbarer Boden fällt der Urbanisierung, Industrialisierung und Umweltzerstörung zum Opfer, beschleunigt noch durch den Klimaschock. Die Menschheit überschreitet nicht nur den Gipfel der Ausbeutung von Öl ("Peak Oil"), sondern auch der Ve rnutzung von Boden ("Peak Soil").
Täglich nimmt die Flächenkonkurrenz an Härte zu, immer häufiger eskaliert sie. Kämpfe entbrennen darum, wer die schrumpfenden Äcker noch bestellen darf und was künftig geerntet wird: Nahrungsmittel, Viehfutter oder Biosprit? Ausgefochten werden sie auf dem Rücken der Hungernden - heute über eine Milliarde!
Andere aber wittern ein Riesengeschäft. Finanzgruppen und Konzerne kaufen gigantische Flächen in Afrika, Asien, Südamerika und Osteuropa. Auch manche Regierungen mischen im Grundstückspoker mit: Boden- und Wassermangel treiben sie an. Wo aber bleiben die Abermillionen, die der Landnahme weichen sollen?
Thomas Fritz schildert die Triebkräfte der neuen Jagd nach Land, das schmutzige Geschäft mit den guten Böden, die zunehmenden Konflikte um knappe Felder und die Risiken des Agrobooms für die 3 Milliarden Menschen auf dem Land.

Jérôme Duval

Der IWF diktiert mehr als jemals zuvor

Als Werkzeug der großen Gläubiger tritt der IWF die grundlegenden Menschenrechte mit Füßen, um seine neoliberale Politik im Norden wie im Süden durchzusetzen.

6. April 2010

Die Großmächte haben die aktuelle Krise dazu benutzt, um den internationalen Währungsfond (IWF), dessen Legitimation seit Jahren stark zurückgegangen ist, wieder ins Zentrum der Politik zu rücken. Zusammen mit der Europäischen Union setzt er seine Kürzungspolitik in Europa wie im Süden durch. Er ist bereit, seine Ziele auch gegen Widerstand durchzusetzen, und verfolgt damit unbeirrbar dieselbe neoliberale Politik, die er seit den 1980er Jahren mit seinen „Strukturanpassungsplänen" in den Entwicklungsländern umsetzt, welche im Norden „Sparkurs" oder „Sparmaßnahmen" genannt werden. Im Fall von Weigerung oder Ungehorsam wie beispielsweise 2001 in Argentinien oder im letzten Jahr in der Ukraine und in Rumänien erhöht der IWF den Druck, indem er – ungeachtet der daraus folgenden sozialen Konsequenzen – seine Kredite blockiert. Und das obgleich die eklatanten Misserfolge dieser Politik vielfach nachgewiesen wurden: Überall vertieft sich die Kluft zwischen Arm und Reich und die Armut nimmt zu.

„Wenn man den IWF so betrachtet, als bestünde sein Ziel darin, der Finanzwelt zu dienen, dann findet man einen Sinn in Handlungen, die ansonsten widersprüchlich und intellektuell unzusammenhängend wirken würden." Joseph Stiglitz, Nobelpreisträger für Ökonomie 2001, *Die Schatten der Globalisierung (2002)*

Seit seiner Entstehung wird der IWF durch die Großmächte kontrolliert

Sowohl der IWF als auch seine Zwillingsinstitution, die Weltbank, haben in Bretton Woods (Vereinigte Staaten) im Juli 1944 das Licht der Welt erblickt. Heute gibt es 186 Mitgliedsstaaten in diesen beiden Organisationen, die ihren Sitz nur einen Katzensprung voneinander entfernt in der Nähe des Weißen Hauses in Washington haben. Aber die Nachbarschaft ist nicht rein geographisch, sondern auch ideologisch: beide unterstützen den berühmten *Washington Consensus*, dessen zehn Gebote als Gegenleistung für Kredite allen überschuldeten Ländern durch Strukturanpassungspläne vorgeschrieben werden. Die Regel „ein Dollar, eine Stimme", nach der sie arbeiten, ermöglicht es den reichen Ländern, die beiden mächtigen Institutionen zu kontrollieren, insbesondere den USA, die als einziges Land über eine Sperrminderheit verfügen. Was den IWF betrifft, so wird der Posten des für fünf Jahre gewählten Generaldirektors nach einer stillschweigenden Regel für einen Europäer reserviert, der Posten des stellvertretenden Generaldirektors hingegen für einen Amerikaner.

1982: Die Schuldenkrise bricht aus

Am 20. August 1982 bricht die Schuldenkrise aus, da Mexiko als erstes Land in einer langen Liste von Entwicklungsländern seine kolossal gewachsene Schuldenlast nicht mehr begleichen kann. In letzter Instanz tritt nun der IWF als Gläubiger auf, und wie ein Brandstifter verteilt er seine Kredite an die insolventen Länder, nicht mit dem Ziel, die überschuldete Bevölkerung zu retten, sondern zuerst die Gläubiger auszuzahlen. Die Kredite sind an einen Strukturanpassungsprogramm gebunden, das den Ländern strukturelle Maßnahmen und Schockmaßnahmen aufbürdet: massive Privatisierungen, Liberalisierung der Wirtschaft und Öffnung der Märkte; drastische Kürzung des Sozialhaushalts, Subventionsabbau für Grundprodukte, Entwicklung von Monokulturen für den Export auf Kosten des Anbaus von Nahrungsmitteln; Zinserhöhung um Kapital anzuziehen…Wie bereits Michel Camdessus, Generaldirektor des IWF von 1987 bis 2000, prognostizierte: *„Alle Fesseln, die eine Liberalisierung des Handels beschränken, werden abgeschafft, so dass die Unternehmen die Freiheit besitzen, ihre Güter nach eigenem Wunsch und den Entscheidungen des Marktes zu produzieren und zu exportieren."*

Die betroffenen Länder verschulden sich erneut, um ihre früheren Kredite abzahlen zu können, aber diesmal zu einem erhöhten Zinssatz…. Der subtile Mechanismus eines **wirtschaftlichen Neokolonialismus** etabliert sich dauerhaft: der Schuldendienst mästet die Gläubiger und die Politik der mit dem IWF unter Vertrag stehenden Länder wird durch Washington kontrolliert. **Es gibt keine staatliche Selbständigkeit mehr**: die internationalen Finanzinstitutionen drücken den Willen der Gläubiger durch und öffnen die Länder, die faktisch vom IWF geführt werden, den überwiegend im Norden angesiedelten multinationalen Konzernen. Erinnern wir uns als Beispiel für die **Allmacht des IWF** daran, dass sich der brasilianische Präsident Lula in einem Schreiben verpflichten musste, die vor seinem Amtsantritt 2002 zwischen Brasilien und dem IWF getroffenen Vereinbarungen zu respektieren – seine Wirtschaftspolitik musste somit den sehr zweifelhaften Vorschriften des IWF folgen. Die Forstsetzung der Haushaltseinschränkungen bis 2005 waren vertraglich mit seinem Vorgänger, dem Präsidenten Cardoso, festgelegt worden. Dabei spielte es keine Rolle, wer die Wahl 2002 gewinnen würde.

Viele der Entwicklungsländer, die zu Beginn der 1980er Jahre in der Nahrungsmittelproduktion unabhängig waren, importieren heute die für ihre Bevölkerung notwendigen Lebensmittel. Die subventionierte Landwirtschaft der westlichen Länder hat die Länder des Südens überschwemmt und damit zehntausende von Bauernfamilien ruiniert und sie von ihrem Land in die **Slums** vertrieben. Der Senegal muss sämtliche Zutaten für das Nationalgericht "Yassa-Hühnchen" importieren und Haiti importiert den Reis, den es früher in ausreichender Menge für die Ernährung seiner Bevölkerung selbst angebaut hat. Wenn die Spekulanten an der Börse von Chikago über diese Produkte herfallen, wie man es 2008 gesehen hat, dann explodieren die Preise auf den lokalen Märkten und dutzende von Ländern erleben dramatische Hungersnöte.

Der Protest weitet sich ständig aus

Als direkte Konsequenz aus der durch den IWF verfügten Abschaffung der Subventionen für Grundnahrungsmittel hat sich der Widerstand gegen die ultraliberalen Experten in den letzten 25 Jahren

vervielfacht. Im Süden brechen in regelmäßigen Abständen **"IWF-Aufstände"** aus. Genannt seien hier als Beispiel Peru, wo sich 1991 in einer Nacht der Brotpreis verzwölffacht hat, oder der dreitägige Volksaufstand infolge der Umsetzung eines Strukturanpassungsplans in Caracas /Venezuela von 1989, der zu einer großen Zahl von Toten führte. …

Angesichts der Unbeliebtheit der mit der Kreditvergabe verbundenen Bedingungen haben Mitte dieses Jahrzehnts verschiedene Länder (Brasilien, Argentinien, Uruguay, Indonesien, die Philippinen, die Türkei…) ihre Schulden gegenüber dem IWF früher als vereinbart zurückgezahlt, um sich so von der lästigen Bevormundung durch den IWF zu befreien. Die Kreditaufnahme beim IWF schmolz und im Frühjahr 2008 musste sich die Institution von 380 seiner 2634 Mitarbeiter trennen und einen Teil seiner Goldreserven verkaufen. Außerdem stürzte die Einrichtung in eine schwere Legitimitätskrise und die drei letzten Direktoren des IWF traten vor Ablauf der Amtszeit zurück.

Der IWF und die Krise

In der Folge des G20-Gipfels in London am 2. April 2009 wurden die Mittel des IWF verdreifacht, damit er seine Kreditvergabe in alle Richtungen hin ausweiten könnte. Die Bedingungen sind überall hart: Lohnkürzungen oder Einfrieren der Löhne für staatliche Bedienstete, Pensionskürzungen, Privatisierung von Unternehmen in öffentlicher Hand etc.

Dutzende von osteuropäischen Ländern haben in weniger als einem Jahr einen Kreditrahmen mit dem IWF vereinbart. Wenn Lettland weiterhin finanzielle Zuwendungen durch den IWF und die EU erhalten möchte, muss es die Beamtengehälter um 20% und die Renten um 10% kürzen. Diese Politik ruft Reaktionen in der Bevölkerung hervor, die auf die Straße geht: ein Generalstreik folgt in Griechenland auf den nächsten; es gibt Lehrerdemonstrationen in Lettland und Beamtenproteste in Rumänien und über 90% aller Isländer weigern sich, einem Volksentscheid zufolge Schulden zurückzuzahlen, die sie als illegal ansehen.

John Lipsky, Nr. zwei des IWF und ehemaliger Spitzenfunktionär der Bank JP Morgan, hat die entwickelten Länder davon in Kenntnis gesetzt, dass sie die öffentliche Meinung auf die kommenden Sparmaßnahmen wie die Kürzung von Zuschüssen für das Gesundheitswesen oder Rentenkürzungen vorbereiten sollen. (Reuters, 21 März 2010

Wenn sich die Völker nicht sofort und erbittert gegen die Zumutungen des IWF und der im Dienste der Finanzmärkte stehenden Regierungen des Nordens zur Wehr setzen, dann werden einschneidende soziale Verschlechterungen stattfinden und es ist höchste Zeit, diese zu verhindern.

http://www.cadtm.org/Plus-que-jamais-les-diktats-du-FMI
Übersetzung: coorditrad,
Brigitte Schulte, Korrektur Bruno Nieser

Aufruf von griechischen Wirtschaftswissenschaftlern und Akademikern

Der IWF bedeutet Armut, Arbeitslosigkeit, Besatzung und Fremdbestimmung

Aussetzen der Zahlungen – Ausstieg aus der Eurozone

Mit dem Ausbruch der Krise und der anfänglichen öffentlichen Reaktion gegen die Regierung, den IWF und die EU haben 30 griechische Wirtschaftswissenschaftler und Akademiker einen Forderungsrahmen aufgestellt. Ein gemeinsames Merkmal dieser Forderungen ist, dass ein Weg aus der Krise gefunden wird, von dem die erwerbstätige Bevölkerung profitiert. Der Aufruf wurde auf der Website http:www.gopetition.com/online/36271.html veröffentlicht und hat sofort großen Eindruck hinterlassen. Bisher wurden 700 Unterschriften gesammelt

Wenn Griechenland die Rettungsmechanismen des IWF und der EU befolgt, wird sich das Leben der griechischen Erwerbstätigen als auch das junger Menschen und Rentner dramatisch verschlechtern. Schwierigkeiten bei der Finanzierung nationaler Schulden werden als Vorwand benutzt, um einen in der Nachkriegszeit noch nicht da gewesenen Anschlag auf die Arbeiter auszuüben.

Nach der ersten Salve, die auf die Durchschnittsbevölkerung abzielte (Mehrwertsteuererhöhung, Gehaltskürzungen für den öffentlichen Dienst usw.) hat die PASOK Regierung im Eiltempo ein Memorandum durch das Parlament geschleust, nach dem Tarifverhandlungen abzubrechen sind, Sozialversicherungen bis zur Bedeutungslosigkeit reduziert würden, Kündigungen vereinfacht würden und dadurch die Arbeitslosigkeit in neue Höhen getrieben würde, weil noch mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt entstünde und anderes mehr.

Die PASOK Regierung wurde im Oktober 2009 in einem erdrutschartigen Sieg gewählt, mit unter anderem Versprechungen einer Einkommensumverteilung zugunsten der Erwerbstätigen, aber die momentan eingesetzten Maßnahmen bewirken das genaue Gegenteil. Daher kann sie auch kein von der Bevölkerung gestütztes Mandat vorgeben, um die Arbeiter dem IWF Schlachthof zu verdammen und den Bedingungen der (sogenannten) EU Rettungsmechanismen zu unterwerfen.

Die Einmischung des vielgehassten IWF wird zu einem sozialen Armageddon führen, in dem Armut sich ausbreitet und eine Sparmaßnahme die nächste jagt, während die Wirtschaftsdepression das Staatseinkommen weiter reduziert. Kann die griechische Regierung auf irgendetwas Positives verweisen, das sich in Ungarn, Lettland, der Ukraine, der Türkei oder einem der vielen anderen Länder ergeben hat, die schon der Schocktherapie des IWF unterzogen wurden?

Nach der Entscheidung der EU am 9. Mai verschärft sich die Kritik an der PASOK Regierung, denn es wurde klar, dass es andere Lösungen gibt, als die griechischen Arbeiter als Versuchskaninchen für die Einführung dieser neuen Maßnahmen zu benutzen. Solche Wendungen der Dinge helfen Griechenland die Maßnahmen, die den Interessen der Bevölkerung schaden, zurückzuweisen.

Die neue Internationale Zwangsbewirtschaftung ist keine Einbahnstraße.

Von Anfang an hatte die griechische Regierung andere Optionen, als das Land in den Abgrund zu stürzen, in dem nur gescheiterte Länder enden. Die Regierung hätte auf interne Kredite zurückgreifen können (was sie jedoch nicht tat, denn Bankeinlagen zur Finanzierung der Schulden zu nutzen hätte den Banken missfallen), sie hätte günstige Kreditbedingungen bei der EZB fordern können (1 % Zinsen, wie es auch den Banken gewährt wird), sie hätte sich an China wenden können (... ohne Goldman Sachs als Vermittler einzuschalten), an Russland oder die arabischen Länder, sie hätte bilaterale Darlehen von anderen EU Ländern fordern können, sogar von Deutschland, mit den selben Zinssätzen, die Deutschland auch bekommt, als kleiner Ausgleich für den Schaden, den Deutschland der griechischen Zahlungsbilanz seit 1981 zugefügt hat, sie hätte eine gemeinsame Front mit anderen südlichen Ländern aufbauen können, die ähnliche Probleme haben (Spanien, Portugal, Italien usw.) und günstige Kredite beantragen, sie hätte gegen die Steuerhinterziehungen vorgehen können, die sich auf jährlich 19 Mrd. Euro belaufen (8% des BIP), sie hätte die Griechisch-Orthodoxe Kirche, Banken, Reeder besteuern können, sie hätte den Waffeneinkauf dramatisch kürzen können und so weiter...

Anstatt der oben genannten Maßnahmen hat die Regierung eine neue Internationale Zwangsbewirtschaftung gewählt, heute unter dem Namen IWF bekannt; zu dieser Entscheidung wurde sie durch Aufschläge im Sekundären Anleihenmarkt geführt (die jedoch nur einen Trend anzeigen), ohne überhaupt zu versuchen, selber Staatsanleihen zu plazieren. Diese Entscheidung hat sich als destruktiv und kontraproduktiv erwiesen, insbesondere weil die Regierung es nicht geschafft hat, den ständigen Kapitalabfluss durch die Banken zu stoppen. Dadurch wurden die Liquiditätsprobleme verschärft und es stieg das Risiko, dass die Banken die Gelder von Kleinanlegern einfrieren.

Die Regierung nimmt also, unter Mittäterschaft der (extrem rechten Partei) LAOS und ausländischer Botschaften, unterstützt durch die stillschweigende Duldung seitens der (konservativen) ND und durch Anheizen von panikverursachenden Medienberichten eine riesige historische Verantwortung auf sich für den beispiellosen Niedergang der griechischen Wirtschaft und sozialer Rechte. Fremdbewirtschaftung hat auch dramatische Konsequenzen für demokratische Freiheiten, wie die Gewährung von Notfallbefugnissen für den Finanzminister unter Beweis gestellt hat, nämlich durch die Heftigkeit der Repressionsmechanismen und durch die Angriffe gegen Linke und gegen fortschrittliche Arbeiter wie Hafenarbeiter, die um ihre Rechte kämpfen.

Unter diesen Umständen sagen wir als progressive Wirtschaftsexperten und Wissenschaftler, die wir unterschiedliche Ansichten haben und mit den unterschiedlichsten politischen Hintergründen:

- wir fühlen uns verpflichtet, das übliche Schweigen zu brechen und den Kampf der erwerbstätigen Bevölkerung zu unterstützen, ihre Rechte beizubehalten und auszuweiten und die Anfänge eines neuen Mittelalters zu blockieren.

– wir halten es für sozial notwendig, dass Griechenland den Euro und die Währungsunion verlässt, dass Schuldenrückzahlungen gestoppt werden und dass die Reduzierung oder sogar die vollständige Aufhebung der Schulden verhandelt werden. Es gibt keinen Grund, warum die erwerbstätige Bevölkerung Jahr für Jahr die riesige Last tragen soll, die mit dem Abtrag eines Schuldenbergs verbunden ist, den sie nicht verursacht hat und der jede für sie günstige Politik lähmt.

Im ursprünglichen Budget Griechenlands (das nun nach unten korrigiert wurde) waren die Zinszahlungen (12,3 Mrd. Euro) doppelt so hoch wie die Rentenausgaben (6,4 Mrd.) und Schuldenrückzahlungen waren mit 29,1 Mrd. höher als die Personalkosten im gesamten öffentlichen Sektor (26,5 Mrd.).

– wir fordern, dass die Regierung den unverantwortlichen Banken Disziplin auferlegt, um die Kapitalflucht zu verhindern, dass große Banken nationalisiert werden, dass die privatisierten strategisch wichtigen Unternehmen (OTE, Olympic usw.) wieder unter staatliche Kontrolle gebracht werden und dass eine langfristige Industriepolitik mit einem öffentlichen Investitionsprogramm auf den Weg gebracht wird.

– als Sofortmaßnahme sollten Großunternehmen mit 45 % besteuert werden, wie es bis 1981 der Fall war. Nach Berechnungen des aktuellen Wirtschaftsministers hat die Reduzierung der Unternehmenssteuer (von 35 auf 25 %), die im September 2004 von der Karamanlis Regierung erlassen wurde, den öffentlichen Haushalt jährlich 5 Mrd. Euro gekostet. Das bedeutet, dass das entgangene Steuereinkommen in den letzten sechs Jahren exakt dem Haushaltsdefizit entspricht. Darum fordern wir eine sofortige Erhöhung der Kapitalsteuer zur Unterstützung des Gesundheitswesens und der Bildung. Wir fordern ebenfalls eine Reduzierung der Mehrwertsteuer und der indirekten Besteuerung sowie höhere Steuerfreibeträge für Erwerbstätige. Diese Maßnahmen könnten die griechische Wirtschaft finanzieren und die Umverteilung sozialen Reichtums beginnen, was für die erwerbstätige Bevölkerung eine Notwendigkeit ist.

– Wir rufen das griechische Volk auf, diese neue Besatzungsmacht zu stürzen die Pläne zur Unterwerfung durch den IWF und die Vernichtungsmechanismen der EU zu blockieren, die menschenunwürdig sind und den Interessen der Bevölkerung entgegenwirken.

– Schließlich, in dem Bewusstsein, dass eine breitere Front notwendig ist, erklären wir unsere Absicht, jede Initiative, die die Bemühungen des griechischen Volkes befürwortet und die Regierungspolitik verurteilt, so gut wir können zu unterstützen.

Athen, 15. Mai 2010

1. Vatikiotis Leonidas, leovat@yahoo.com, www.leonidasvatikiotis.gr
2. Gaitanidou Euanthia, gaitaev@otenet.grb
3. Gatsios Vasilis, bagat@otenet.gr
4. Georgiou George, ggeorgiou@internet.gr
5. Gagatsos John, gagatsios@yahoo.gr
6. Grollios George, grol@eled.auth.gr
7. Diavolakis Thanasis, diavolakis@ymail.com
8. Dimitoulis Dimitris, dimdimitoulis@yahoo.gr
9. Zervas Makis, zervas@eap.gr
10. Kazakis Dimitris, tkape@tee.gr
11. Kokkoris Makis, mkokkoris@ath.forthnet.gr
12. Kosmas Peter, amstelodamos@yahoo.gr, http://petroskosmas.wordpress.com/
13. Koutsompina Kate, kaiti@livanis.gr
14. Kiranas Michael, m_kiranas@yahoo.gr
15. Kiriakakis John, gkyr2003@yahoo.gr
16. Lalos Constantine, lalosc@gmail.com
17. Marketos Spiros, spyrosmarchetos@gmail.com
18. Baliotis Theodor, baliotis@otenet.gr
19. Bitsakis Eutixis, ++302107643698
20. Moraitou Eugenia, eugemorgr@yahoo.gr
21. Papaleksiou George, gpapalex@otenet.gr
22. Papanikolaou Nick, npapa_da@otenet.gr
23. Pappas Constantine, kost.pappas@hotmail.com
24. Paulopoulos George, gpavlop@otenet.gr
25. Reklitis Alexander, rekleitisalexandros@gmail.com
26. Rousis George, grousis@ath.forthnet.gr
27. Skamnakis Thanasis, thalisa@otenet.gr
28. Tasiakos Chris, ta210661@tellas.gr
29. Trikalinos George, georgetrikalinos@gmail.com
30. Christou Euagelia, exristou@gmail.com

Übersetzung: Gina Heidemann, Korrektur Paul Woods, coorditrad und SiG-Redaktion

Fred Schmid

Millionäre kennen keine Krise

Krisengewinnler! Die Millionäre dieser Welt haben den leichten Rückgang ihrer Finanzvermögen zu Beginn der Krise im zweiten Krisenjahr 2009 mehr als ausgleichen können. Sie sind heute reicher als je zuvor.

Das geht aus dem jüngsten Reichtumsreport (World Wealth Report) von Merrill Lynch und Capgemini hervor. Zehn Millionen Menschen gibt es weltweit, die mehr als eine Million Dollar flüssig haben. Flüssig bedeutet: Sie haben das Geld übrig, der Betrag ist frei verfügbar, ihr luxuriöser Lebensstil ist bereits finanziert. Die Geldsumme kann jederzeit und überall investiert werden. Noch flüssiger, geradezu überflüssig sind die 93.000 Ultra-HNWIs (die Ultra High Net Worth Individuals), zu deutsch die Super-Reichen. Sie haben mindestens 30 Millionen Dollar an liquiden Mitteln – über ein Fünftel mehr (21,5%) als im Jahr davor.Die zehn Millionen "einfache" Dollar-Millionäre sind in der Regel ebenfalls Multi-Millionäre. Sie verfügen über ein gesamtes Geldvermögen von 39 Billionen (39.000 Milliarden) Dollar, 18,9% mehr als 2008. Die Summe entspricht zwei Drittel (67,3%) des globalen BIPs. Pro Vermögenden sind es im Durchschnitt fast vier Millionen Dollar (3,9 Mio.).

In Deutschland gibt es mit Abstand die meisten Geld-Reichen in Europa. Ihre Zahl kletterte im Krisenjahr 2009 um 51.000 (+ 6,3%) auf 861.000, das sind mehr als in Großbritannien (448.000) und Frankreich (383.000) zusammen. In Europa hatte ein Geld-Millionär im Durchschnitt 3,25 Millionen Dollar: Multipliziert mit der Zahl der deutschen Millionäre und auf Euro umgerechnet, ergibt das einen Geldschatz von knapp 2.200 Milliarden Euro. Das gesamte Geldvermögen in Deutschland betrug Ende 2009 4.640 Milliarden Euro. Mit anderen Worten: **Ein Prozent der Bevölkerung verfügte über fast die Hälfte (47%) des geldwerten Reichtums**. Eine solche Reichtumskonzentration gab es noch nie.

Mehr noch. Die Finanzkrise führte nicht zu dem notwendigen, krisenmindernden Abschmelzen des gigantischen Geldüberhanges. Das wäre dann der Fall gewesen, wenn Banken, andere Geldinstitute und Spekulationsfonds echte Verluste hätten hinnehmen müssen oder gar Pleite gegangen wären, was aber durch die staatlichen Bankenrettungsschirme zu Lasten der Steuerzahler verhindert wurde. Oder wenn die gigantischen Geldvermögen durch eine wirksame Vermögens-, Reichtums- oder Millionärssteuer zumindest etwas abgeschöpft worden wären. Zehn Prozent Steuer auf die Geld-Millionäre hätten 2009 220 Milliarden an zusätzlichen Steuereinnahmen gebracht und wären noch nicht einmal an die Substanz gegangen, denn der Zuwachs des Geldvermögens betrug 14,2% in Europa. Mit dem Geld aber wären wirksame staatliche Investitionen in Güter und Dienstleistungen, Struktur- und Bildungsmaßnahmen zur Ankurbelung der Konjunktur und zur Anhebung des Lebensniveaus möglich gewesen.

So aber legen die Geld-Reichen ihre gewachsenen Finanzmittel erneut in der Finanzindustrie an, drehen noch gewagtere Spekulationsräder und beschleunigen die Raserei an den Finanzmärkten. Und die staatlichen Rettungspakete ließen die Staatsschulden explodieren, mit der Folge, dass mit Staatsanleihen dem **Geldadel** ein neues Anlagefeld eröffnet wurde, dieser jetzt auf den Bankrott ganzer Staaten spekulieren kann. An dieser gigantischen Ausplünderung der Bevölkerung über die Staatsverschuldung und dem Diktat der Finanzmärkte ändern auch etwaige Finanzmarkt-Regulierungen nichts, wie sie jetzt von der Bundesregierung zum G-20-Gipfel vorgeschlagen wurden und die ohnehin nur kosmetischer Natur sind.

Das Problem ist nicht der Damm, das Problem ist die Flut. Solange die Geldfluten nicht abgeschöpft werden, sondern sogar noch ansteigen, nimmt der Druck zu, werden sie an irgendeiner Stelle durchbrechen und die nächste Katastrophe herbeiführen. "Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen?", fragten Marx und Engels im Manifest: "Dadurch, dass sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert".

http://www.isw-muenchen.de/download/wwr-fs-0710.html

Manifest für eine Steuerwende in der Schweiz

Steuergerechtigkeit statt Steuerflucht und Steuerdumping

Eine soziale und ökologische Gesellschaft braucht ein gerechtes Steuersystem und ausreichende Steuereinnahmen. Wichtige Teile der schweizerischen Steuerpolitik stehen im Widerspruch zu diesem Ziel. Das Schweizer Steuersystem ermöglicht in grossem Stil Steuervermeidung im In- und Ausland. Steuerwettbewerb, Steuerdumping und Steuerschlupflöcher begünstigen Reiche und multinationale Konzerne. Demgegenüber bezahlen KonsumentInnen und LohnempfängerInnen einen wachsenden Teil der Steuereinnahmen. **Deshalb wollen wir eine Steuerwende.**

Der Schweizer Finanzplatz hat sich auf Steuervermeidung und Steuerhinterziehung spezialisiert. Er zieht weiterhin Steuerfluchtgelder aus Industrie- und insbesondere aus Entwicklungsländern an, die dort dringend gebraucht werden. Die Finanzlobby verklärt den nationalen und internationalen Steuerwettbewerb als notwendig, fördert damit egoistische Einstellungen und untergräbt die Solidarität. Deshalb wollen wir eine Steuerwende.

Wir streben neue Verfassungsbestimmungen an, die eine gerechte, soziale und nachhaltige Steuerpolitik festschreiben und jede Begünstigung von Steuervermeidung und Steuerhinterziehung im In- und Ausland untersagen.

Aussenpolitisch fordern wir:

- Die Schweiz unterstützt aktiv internationale Initiativen zur Bekämpfung der Steuerflucht von Unternehmen und Individuen;
- sie setzt sich für die angemessene Besteuerung multinationaler Unternehmen und die Lancierung internationaler solidarischer Steuern ein;

Für ein gerechteres Steuersystem in der Schweiz fordern wir:

- die Aufhebung der Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug; einen automatischen Informationsaustausch mit allen Steuerbehörden demokratischer Rechtsstaaten;
- eine Stärkung von Steuerformen, die zur Umverteilung beitragen, wie Kapitalgewinnsteuern, Erbschaftssteuern und progressive Steuern
- das Abschaffen stossender Steuerprivilegien für Holding-, Domizil- und Verwaltungsgesellschaften sowie der Pauschalbesteuerung;
- ein vereinfachtes Steuerrecht und mehr Transparenz;
- eine Harmonisierung der kantonalen Einkommens-, Vermögens- und Unternehmenssteuern;
- die verfassungsmässig geforderte Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit umzusetzen.

http://www.steuerwende.ch/de/

Conrad Schuhler

Das G20-Fiasko

– Die Spekulation geht ungebremst weiter und die Gesellschaften haben für die Bankenrettung zu sparen

Mit ihren Toronto-Beschlüssen hat die G20, die Gruppe der Industrie- und der größten Schwellenländer, alle Illusionen platzen lassen, aus dem Schoß der herrschenden Machthaber in Politik und Wirtschaft seien Reformen zu erwarten, die der Finanzkrise Einhalt gebieten und die große Mehrheit der Menschen verschonen würde vor den üblen Folgen dieser Krise. Die Rede zuvor war von einschneidenden Regulierungen für die Finanzmärkte und von Impulsen für einen neuen Wirtschaftsaufschwung.
Heraus gekommen ist das Gegenteil: Keinerlei Festlegungen für schärfere Kapitalregeln für Großbanken oder für Bankenabgaben und Finanzmarktsteuern wurden getroffen, hingegen wurde der Kurs für Sparhaushalte der nationalen Regierungen zu Lasten der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger bekräftigt.
Bis 2013 sollen die Industrieländer ihre Haushaltsdefizite halbieren und ab 2016 mit dem Schuldenabbau beginnen. Die „Sparhaushalte" der EU-Länder treffen durchgängig die abhängig Beschäftigten, die Arbeitslosen und die Armen, während sie die „Leistungsträger", die Reichen und die Unternehmen, insbesondere auch die Banken, ungeschoren lassen. Der abrupte Rückgang der öffentlichen Ausgaben wird zudem zu einer Schwächung der Nachfrage führen, die die Wirtschaft erneut in einen Abwärtsstrudel reißen kann. Der liberale „Guardian" hat berechnet, dass das britische Sparprogramm zu weiteren 1,3 Millionen Arbeitslosen führen wird.
Würde man in Deutschland die gegenwärtige Staatsverschuldung in Höhe von 82 % (2011) des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf die zulässige EU-Marke von 60 % zurück führen, müsste man die öffentlichen Ausgaben um rund 550 Milliarden Euro herunter fahren (bzw. die Staatseinnahmen über Steuern und Abgaben um diese Summe erhöhen). Ein solcher Nachfrageausfall, über ein Fünftel des gesamten Bruttoinlandsprodukts, müsste zu einem scharfen Rückgang der Wirtschaftsleistung und einer entsprechend hohen Zunahme der Arbeitslosigkeit sowie zu einer erheblichen Rückführung der öffentlichen Leistungen führen. Er wäre das gleichzeitige Ende wirtschaftlicher Entwicklung und sozialer Leistungsfähigkeit des Staates.
Gegen diese reaktionäre Politik der politischen Eliten hat sich in den verschiedenen Ländern unter Losungen wie „Wir zahlen nicht für Eure Krise" Widerstand formiert. Dieser Widerstand ist bisher nirgendwo stark genug, die Strategie der Herrschenden zu durchbrechen. Doch haben sich u. a. in Griechenland, Spanien, Italien und Portugal bereits beachtliche Potenziale gegen den Kurs der Herrschenden entwickelt. Millionen sind den Aufrufen zu Streiks und Protestkundgebungen gefolgt.
Doch ist die Protestbewegung besonders schwach in Deutschland, dessen kapitalistische Elite gleichzeitig den Ton im EU-Sparkonzert angibt. Hierzulande hängt ein großer Teil der Gewerkschaftsbewegung, vor allem die IG Metall, bisweilen noch dem Glauben an, die Kooperation mit dem global operierenden Kapital fortführen zu können in der Hoffnung, an der Seite der Exportweltmeister von den Krisenfolgen verschont zu bleiben.
Dies ist eine irrige Hoffnung. Selbst im Abschlusskommuniqué von Toronto wird darauf hingewiesen, dass Exportländer wie Deutschland umorientieren müssen auf den Aufbau des Binnenmarktes, wir also vor einer prinzipiellen Umstrukturierung der deutschen Wirtschaft stehen, die ja heute noch fast die Hälfte aller produzierten Werte ins Ausland verkauft. Zwar wird die internationale Arbeitsteilung weiter vonnöten sein. Aber sie wird sich in der Qualität ändern müssen und sie wird in Zukunft die jetzt vorhandenen Ungleichgewichte – Überschüsse der einen, Defizite der anderen – nicht mehr dulden können. Das 6 %-Plus der Deutschen – 150 Milliarden Euro pro Jahr – wird auf deutsche Bedürfnisse und deutsche Kaufkraft umgeleitet werden müssen. Gewerkschaften, die sich den Existenznöten ihrer Mitglieder und aller Beschäftigten verpflichtet fühlen, müssen schon aus diesem Grund – von gerechter Einkommensverteilung, von Umwelt und „guter Arbeit" nicht zu reden - auf einen Umbau der Wirtschaftsstruktur des Landes drängen.

Die Krise der Staatsfinanzen ist ein allgemeines Problem der kapitalistischen Länder des BIP und nicht ein spezielles südländischer Schuldenmacher

Zu den bevorzugten Klischees deutscher Propaganda gehört die Verächtlichmachung der Mitglieder des „Club Med", der mediterranen Länder der EU als faul, korrupt, unfähig – nur so wären die enormen Staatsschulden zu erklären. Die Realität zeigt ein völlig anderes Bild. Die Eurozone insgesamt weist eine Staatsverschuldung von 84 % auf, weit oberhalb des festgelegten Kriteriums von 60 %. Gegen 25 der 27 EU-Länder hat die EU-Kommission mittlerweile Verfahren wegen zu hoher Neuverschuldung eingeleitet. Deutschland gehört, sozusagen an führender Stelle, dazu. 2010 hat Deutschland mit 86 Milliarden Euro ein fast doppelt so hohes Defizit wie im Jahr zu vor aufzuweisen, 2011 beträgt der BIP-Anteil 82 %. Die Griechen liegen mit 125 % weit darüber, die Spanier aber mit 65 % weit darunter. Die tieferen Gründe der Krise der Staatsfinanzen liegen einmal in den immensen öffentlichen Leistungen für die Rettung der Banken, zum anderen in der anhaltenden Umverteilung von Unten nach Oben, so dass die Reichen und die Unternehmen nach dem Zugriff des Fiskus über einen noch höheren Anteil am Volkseinkommen verfügen als zuvor. Die abhängig Beschäftigten, die Armen werden vom Staat ausgenommen, die „Oben" werden begünstigt. Deshalb fehlt dem Staat das Geld, das er sich zu hohen Zinsen bei den Banken für den Rest verbliebener sozialer und öffentlicher Leistungen ausleihen muss. Die Misere der öffentlichen Finanzen ist ein Resultat neoliberaler Finanzpolitik.

Die Bankenkrise als Urquell der Krise der Staatsfinanzen

Seit über einem Jahr können sich die Banken bei der Europäischen Zentralbank (EZB) Geld leihen zu 1 % Zinsen. Allein an Spanien, Griechenland und Portugal haben ausländische Banken Kredite über 2,6 Billionen Dollar vergeben (New York Times, Süddeutsche Zeitung, 21.6.10). Mehr als die Hälfte davon von EU-Banken, unter denen wiederum die Deutsche Bank führend ist. Das Verfahren ist einfach und rentierlich: Man leiht sich zu 1 % Geld von der EZB, leiht es für über 10 % an Griechenland oder für 6 % an Portugal aus. Bei nur 1 Billion Euro im Jahr würde der Unterschied zwischen EZB-Zins und Schuldnerzins – gehen wir von einem moderaten Schnitt von 7 % aus – 60 Milliarden Euro ausmachen. Allerdings taucht da immer die Frage auf, was tun, wenn die Schuldner zahlungsunfähig werden. Deshalb ist es für die Banken so beruhigend, einen von EU und IWF (Internationaler Währungsfonds) garantierten Rettungsschirm von 750 Milliarden Euro zu haben.
Schon vorher gab es in Deutschland „Schutzschirme" aller Art, 500 Milliarden allein für den Sektor der Finanzwirtschaft. Das allein ist das Doppelte der jährlichen Steuereinnahmen des Bundes. Die Krise der Staatsfinanzen ist vor allem den öffentli-

chen Hilfen für das bestehende, absurde und schädliche System der Finanzmärkte geschuldet.

Die Blähungen des Finanzsystems gehen munter weiter

Die in großen Dimensionen von der EZB an die Banken weiter gegebenen Summen kommen nicht in der Realwirtschaft als Kredite für konkrete Vorhaben der Produktion an, sondern werden von den Banken spekulativ bei Staatsanleihen, Aktien und Rohstoffen eingesetzt. Den Beweis dafür liefern die Bilanzen der großen Banken im 1. Quartal 2010, die weitaus mehr mit ihren Spekulationsgeschäften als mit dem normalen Kreditgeschäft verdient haben. Vergleicht man das so genannte Investmentgeschäft mit dem Rest – und Investment heißt nichts anderes als Spekulieren – dann zeigt sich, dass die großen Banken rund 90 % ihres Profits aus der Spekulation schlagen.
Goldman Sachs: 4,9 von 5,2 Milliarden $,
JPMorgan 3,9 von 4,5 Mrd $,
Deutsche Bank 3,6 von 3,8 Mrd $.
Während die reale Wirtschaft nach wie vor am Boden liegt, machen die Großbanken Profite wie vor der Krise und sie machen sie im Spekulationssektor. Die Realwirtschaft liegt bei Null, die Profite der Banken bei 20 und mehr Prozent. Dem entspricht die Entwicklung der Aktienwerte, die sich vom Frühjahr 2009 bis zum Frühjahr 2010 fast verdoppelt haben. (Spiegel 25/2010)

Warum führen der offenkundige Bankrott des Neoliberalismus und die Einführung neuer Opferprogramme nicht zu einer sozialen Revolte?

Die Bewegung gegen die Opfer-Politik von Oben ist heute schwächer als vor einem Jahr, obwohl die Zumutungen größer geworden sind. Woran liegt das? Schuld daran ist – neben der hemmungslosen Medienpropaganda – die Strategie des auf einen Ausgleich mit einem „vernünftigen" Kapitalismus bedachten Teils der Bewegung. Dieser ist sowohl in den Gewerkschaften wie bei den sozialen Bewegungen, z.B. Attac, in der Vorhand.
Schon der Ansatz mancher Protestbewegungen, die Opfer, die zu bringen seien, müssten sozial ausgewogen sein, ist politisch widersinnig. Wir haben keineswegs „alle über unsere Verhältnisse gelebt". In den letzten 10 Jahren haben die Beschäftigten einen realen Lohnverlust von 11,3 % hingenommen, die Rentnerinnen und Rentner in den letzten 5 Jahren von 8,5 %. Den Unternehmen hingegen wurde die Körperschaftssteuer von 45 auf 15 % gesenkt, den Großverdienern der Einkommensteuerspitzensatz von 53 auf 42 %.

Es kann also nicht darum gehen, die Opfer gerecht zu verteilen, sondern die Verursacher und die Profiteure der Krise heran zu ziehen. Warum ist die Bewegung dafür in unserem Land so mickrig?
Es gibt mehrere Gründe dafür, warum Gewerkschaften und soziale Bewegungen die nötige gesellschaftliche Gegenkraft nicht aufbringen. Stattdessen predigt man eher den Ausgleich mit einem „neuen Kapitalismus", der sozialer, umweltverträglicher, nachhaltiger sein soll. Warum tut man dies, entgegen der offensichtlichen Realität eines zu allem entschlossenen Neoliberalismus in und über die Krise hinaus?
Auf der einen Seite entspringt dies dem selbst gestellten Auftrag reformistischer Arbeiterpolitiker wie dem DGB-Vorsitzenden Sommer, die sich als der soziale Teil eines Ganzen sehen, zu dem auf der anderen Seite eben Arbeitgeber und Banken gehören. Eine systemüberschreitende Alternative kommt ihnen gar nicht in den Sinn, alle gesellschaftlichen Perspektiven sind begrenzt durch die Notwendigkeiten des Kapitals.
Zum anderen rührt die Lähmung des Widerstandswillens her von einer tief sitzenden Resignation, wir können eh nichts ausrichten, die andere Seite ist zu stark, die eigenen Truppen zu schwach und zu mutlos.
Befeuert wird diese Melange von Kleinmut von der Vorstellung, durch Stillhalten könne man vielleicht den Folgen der Krise entgehen. Schaut man sich die Sparprogramme in Europa an, dann stellt man fest, dass sie sich in aller Regeln gegen Kernerrungenschaften der Arbeiterbewegung richten, wie Rentenalter, Kündigungsschutz, Lohnhöhe u. ä. – nur im Fall der Bundesrepublik Deutschland liegen die Dinge anders. Hier richten sich die Sparbefehle in erster Linie gegen Hartz IV-Empfänger und Arbeitslose, dort sollen über ein Drittel aller Einsparungen stattfinden. Man versucht, die Bastionen der Arbeiterbewegung zu umgehen, um freies Schussfeld auf die Ärmsten zu haben, die man noch mehr zur Ader lassen will. Das gilt nicht für alle Branchen, schließlich sollen 15.000 Stellen im öffentlichen Dienst eingespart werden. Doch für die IG Metall und andere mag es so aussehen, als blieben sie ungeschoren. Dies wäre ein fataler Irrtum, denn das Ausdünnen des öffentlichen Sektors wie die ungehinderte Bereicherung der Oberen und der Spekulanten an der gesellschaftlichen Leistung wird auf alle anderen schlimm zurück schlagen.

Den öffentlichen Raum vergrößern, Geld dafür ist genug da

Es kann nicht darum gehen, die Sozialleistungen und die öffentlichen Leistungen insgesamt zu verringern, sondern ganz im Gegenteil:
- mehr als jeder Fünfte in Deutschland gilt als arm, um diesen rund 18 Millionen Menschen eine wirkliche Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben zu garantieren, müssen die Hilfen gesteigert werden;
- besonders armutsgefährdet sind Rentnerinnen und Rentner; die Renten müssen heraufgesetzt und die Altersvorsorge muss zu einer ausschließlich öffentlichen Angelegenheit werden, will man verhindern, dass der wachsende Teil älterer Menschen von einer fast flächendeckenden Altersarmut erfasst wird;
- ob Bildung, Gesundheit, Wohnen, Verkehr – auf allen gesellschaftlichen Ebenen erweist sich die Profitwirtschaft als fatal, alle diese Räume müssen „öffentlich" werden, müssen für alle erschwinglich sein und von allen mitbestimmt werden.
Die Lieblingsfloskel der Kapitalpropagandisten, für einen solchen „Wohlfahrtsstaat" fehle das Geld, ist reine Propaganda. Wahr ist vielmehr, dass genügend Geld bei Reichen und Unternehmen lagert:
- Würde man nur die Steuergeschenke von Rot-Grün, Großer Koalition und Schwarz-Gelb an Unternehmen und Besserverdienende zurücknehmen, hätte man 50 Milliarden Euro mehr in den öffentlichen Kassen.
- Würde man die Finanztransaktionssteuer nicht nur in Sonntagsreden beschwören, sondern sie tatsächlich durchsetzen, käme man selbst bei einem Mini-Steuersatz von 0,01 % allein in Deutschland auf über 20 Milliarden Euro jährlich.
- Würde man endlich in Deutschland eine Vermögensteuer für Millionäre einführen, so hätte man das Übel wirklich an der Wurzel gepackt. Die rund 860.000 Millionäre verfügen über ein Geldvermögen von 2,2 Billionen Euro. Sie sind die Hauptnutznießer der Spekulationswellen und die Hauptverantwortlichen für die Finanzkrise. Eine 5-prozentige Vermögensteuer würde jährlich 110 Milliarden Euro für öffentliche Zwecke freimachen und gleichzeitig das Potenzial für weitere Spekulationsblähungen einschränken.

http://www.isw-muenchen.de/download/g20-fiasko-cs-0710.pdf

Attac-Sommerakademie in Hamburg

Das Casino schließen! Jetzt erst recht! Für eine neue Programmatik zur Regulation der Finanzmärkte!
Podiumsdiskussion mit Christian Felber, Nicola Liebert, , 28.7. , 19 Uhr 30
Multiple Krisen: Strategischer Ausblick für Attac ,
Podiumsdiskussion mit Ulrich Brand, Bernd Riexinger, Pedram Shahyar, Mag Wompel, Sonntag 1.8. um 9 Uhr 30

Evo Morales zur Klimakonferenz:

„Wir wollen gehört werden!“

Rede vor der „G 77 Gruppe und China“ bei der UN, New York 7. Mai 2010

Ich möchte Ihnen die Beschlüsse der ersten Weltkonferenz der Völker über den Klimawandel und die Rechte von Mutter Erde mitteilen. Diese Konferenz fand von 20. bis 22. April dieses Jahres in Cochabamba, Bolivien statt.
Ich habe diese Konferenz einberufen, da die Stimmen der Völker der Welt in Kopenhagen nicht gehört und nicht beachtet wurden und auch die vorab vereinbarten Vorgehensweisen von den Staaten nicht eingehalten wurden.
An dieser Konferenz nahmen 35.352 Menschen teil, darunter waren 9.254 Delegierte aus dem Ausland, die soziale Bewegungen und Organisationen aus 140 Ländern aus fünf Kontinenten repräsentierten. Ebenso gab es 56 Regierungsdelegationen.

Die Debatten dieser Konferenz fanden in 17 Arbeitsgruppen statt. Beim so genannten “Abkommen der Völker”, das die erste Konferenz verabschiedete, handelt es sich um eine Zusammenfassung der Ergebnisse dieser 17 Arbeitsgruppen. Unter all diesen Dokumenten möchte ich das Projekt über die Allgemeine Erklärung der Rechte von Mutter Erde besonders hervorheben.
Wir als Vielvölkerstaat Bolivien haben diese Schlussfolgerungen am 26. April dieses Jahres bei den Verhandlungen zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über den Klimawandel vorgestellt und gleichzeitig einen technischen Vorschlag unterbreitet.
Die Regierung des Vielvölkerstaates Bolivien hat diese Konferenz einberufen, weil die so genannten entwickelten Länder ihren Verpflichtungen, substantielle Zusagen zur Reduktion von Treibhausgasen abzugeben auf der Konferenz von Kopenhagen über den Klimawandel im Jahre 2009 nicht nachgekommen sind.
Hätten diese Staaten das Kyoto Protokoll eingehalten und hätten sie, wie vereinbart, die Treibhausgase innerhalb ihrer Grenzen wesentlich verringert, wäre die Konferenz von Cochabamba nicht notwendig gewesen.

Ich bin davon überzeugt, dass wir in Cancún, Mexiko nur dann ein positives Ergebnis erreichen können, wenn möglichst viele Völker der Welt teilnehmen und die Länder der „G77 Gruppe und China“ eine unerschütterliche Einheit bilden.
In der „G77 Gruppe und China“ sind wir 130 Entwicklungsländer, die am wenigsten für den Klimawandel verantwortlich sind, jedoch am härtesten von den dramatischen Auswirkungen der globalen Erderwärmung betroffen sind. Wir stellen zwei Drittel der Länder der Vereinten Nationen dar, mit nahezu 80% der Weltbevölkerung. In unseren Händen liegt die Zukunft der Menschheit, unserer Mutter Erde und wir müssen den Stimmen unserer Völker Gehör und Respekt verschaffen.
Daher bin ich hierher gekommen um mich der G77 Gruppe + China mitzuteilen.
Wie wir alle wissen, gibt es innerhalb der „G77 Gruppe und China“ eine Vielzahl von unterschiedlichen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Positionen. Genau dies ist unsere Stärke. Die Vielfalt in der Einheit. Mir ist bewusst, dass es innerhalb unserer Gruppe verschiedene Ansichten gibt, aber ich bin mir sicher, dass uns keine Macht der Welt aufhalten oder zurückhalten kann, wenn wir eine gemeinsame Position finden. Das ist wie die Kraft des Zusammenhaltes in einem Sardinenschwarms gegen die Haie. So geschah es anlässlich des letzten Klimagipfels in Bonn, vom 9 bis 11. April, als wir lange Zeit versuchten uns zu einigen, doch als wir einen Konsens in der „G77 Gruppe und China“ erreicht hatten, mussten die Industriestaaten unseren Vorschlag annehmen.

Zunächst möchte ich **die gemeinsamen Punkte zwischen der „G77 Gruppe und China“ und der Weltkonferenz der Völker über den Klimawandel und die Rechte von Mutter Erde** hervorheben.

Der **erste Punkt,** an dem wir uns trafen, ist die Notwendigkeit, **das Kyoto Protokoll** zu bewahren und zu erfüllen. Dies bedeutet, dass die Industrieländer substantielle Verpflichtungen in ihren Ländern zur Verringerung der Treibhausgase im Rahmen des Kyoto Protokolls eingehen müssen.
Innerhalb der G 77 und China hat niemand die Absicht, das Kyoto Protokoll zu kündigen oder zu verwässern. Wir sind uns alle einig, dass die Länder, die im Anhang B genannt sind, historische Verantwortung für die Treibhausgasemissionen tragen. Daher müssen sie ihren Verpflichtungen aus internationalen Abkommen über den Klimaschutz mir Engagement nachkommen.
Die Weltkonferenz der Völker über den Klimawandel und die Rechte von Mutter Erde fordert für die zweite Verpflichtungsperiode zur Umsetzung des Kyoto Protokolls von den Industrieländern eine Verringerung von 50% ihrer Treibhausgasemissionen, innerhalb ihrer Grenzen, auf der Grundlage des Wertes von 1990. Heutzutage erreichen die Vorschläge zur Reduktion der Treibhausgase der Industrieländer bestenfalls nur eine reale Reduktion von 2% des Wertes von 1990.
Die Konferenz von Cochabamba hat nicht den Vorschlag gemacht, die Metho-

dologie des Kyoto Protokolls mit freiwilligen Verpflichtungen zur Reduktion der Treibhausgase zu ersetzen. Das wäre nicht im Sinne eines globalen Zieles. Es soll den einzelnen Industriestaaten überlassen bleiben welche Anstrengungen sie unternehmen.
Das Abkommen der Völker besagt: *"Die Vereinigten Staaten von Amerika, das einzige Land der Erde das im Anhangs B genannt wird und das Protokoll von Kyoto nicht unterzeichnet hat, hat eine besondere Verantwortung gegenüber allen Völkern der Welt, und muss daher das Kyoto Protokoll unterzeichnen und sich verpflichten, Ziele für die Reduktion der Treibhausgasemissionen für die gesamte Ökonomie festzulegen.*

Der **zweite** gemeinsame Punkt zwischen der „G77 Gruppe und China" und der Weltkonferenz der Völker ist die Notwendigkeit, dass **die Reduktion** der Treibhausgasemissionen der Industrieländer so tiefgreifend wie möglich sein muss, damit der Anstieg der Erdtemperatur möglichst auf **1 bis 1,5 Grad begrenzt** bleibt.
Wir Entwicklungsländer wissen, dass ein weiteres Ansteigen der Temperatur verheerende Folgen für die Nahrungsmittelproduktion, die Küstengebiete, die Gletscher und für Afrika hätte. Wir alle hier in der „G77 Gruppe und China" haben beschlossen, dass kein einziger Inselstaat im Ozean versinken darf.

Ein **dritter** gemeinsamer Punkt zwischen der G77 Gruppe und der Konferenz sind die **Klimaschulden** der Industrieländer bei den Entwicklungsländern. Auf der Weltkonferenz der Völker über den Klimawandel wurde dieses Konzept sehr ausführlich diskutiert und es stellte sich heraus, dass **diese Klimaschuld aus den folgenden Komponenten** besteht:

Die erste Komponente stellt die Wiederherstellung der Atmosphäre dar, die von den Industrieländern durch die Treibhausgasemissionen verseucht wurde und die Entwicklungsländer beeinträchtigt. Die Industrieländer müssen die Atmosphäre freigeben, um eine gerechte Verteilung des Raumes der Atmosphäre unter allen Ländern zu gewährleisten, je nach Bevölkerungszahl.

Eine weitere Komponente ist die Schuld gegenüber den Menschen, die durch die Klimaveränderungen zur Migration gezwungen wurden und deren Zahl heute weltweit schon 50 Millionen beträgt und sie könnte bis 2050 auf 200 Millionen bis eine Milliarde anwachsen. Um diese Schuld zu begleichen, müssen die Industrieländer, die den Klimawandel verursacht haben, ihre Grenzen für alle diese Flüchtlinge öffnen und sie aufnehmen. Gesetze wie das Einwanderungsgesetz in Arizona und die Richtlinie zur Abschiebung von Flüchtlingen der Europäischen Union sind vollkommen inakzeptabel.

Und die dritte Komponente sind die Schulden, die wir gegenüber unserer Mutter Erde angehäuft haben. Denn diese schädigen nicht nur die Menschen und die Entwicklungsländer, sondern auch die Umwelt. Um dieser Schuld gerecht zu werden, hat die Erste Weltkonferenz der Völker überlegt, dass es fundamental wichtig sei, hier bei den Vereinten Nationen über einen Vorschlag zur Universellen Erklärung der Rechte von Mutter Erde zu sprechen, welche die Verpflichtungen aller Menschen gegenüber der Umwelt festlegt und in Form von Rechten jene Grenzen beschreibt, welche die Aktionen der Menschheit einschränkt, um damit den Planeten Erde zu bewahren. Einige dieser Rechte der Umwelt, die wir vorschlagen, sind:

- Das Recht auf Leben und Existenz,
- Das Recht auf die Regeneration der Biosphäre und die Erhaltung der Lebenszyklen und –Prozesse ungestört von menschlichen Eingriffen,
- Das Recht, frei zu bleiben von toxischen oder radioaktiven Verunreinigungen.
- Das Recht auf genetische und strukturelle Unversehrtheit, ohne Bedrohung der vitalen und gesunden Integrität und aller natürlichen Funktionen.

Wir hoffen, dass dieser Vorschlag für einer Universelle Erklärung der Rechte von Mutter Erde diskutiert und innerhalb der Generalversammlung der Vereinten Nationen analysiert wird.

Schließlich, als letzte Komponente, die wirtschaftliche Schuld am Klimawandel, welche die Industrieländer den Entwicklungsländern schulden für die Anpassung und die Schwierigkeiten bei der Entwicklung.

Zum Thema der **Finanzierung** ist die Weltkonferenz der Völker der Ansicht, dass für den Klimawandel Mittel budgetiert werden müssen, in vergleichbarer Höhe wie die Mittel für Verteidigung und Sicherheit.
Der Betrag von 10 Milliarden Dollar die die Industrieländer bieten ist weniger als 1% ihrer Verteidigungsausgaben. Es kann nicht sein, dass für Krieg und Tod ein Betrag ausgegeben wird, der um das 120-fache höher ist als der Betrag zum Schutz von Mutter Erde.
Die Industrieländer müssen jedes Jahr Mittel zusätzlich zur offiziellen Entwicklungshilfe zur Verfügung stellen, um die Folgen des Klimawandels in den Entwicklungsländern zu beheben. Diese Mittel müssen direkt, bedingungslos und ohne die Souveränität der Staaten zu verletzen, zur Verfügung stehen.
Es ist notwendig, einen neuen Finanzmechanismus zu etablieren, der unter der Autorität der Konferenz von Teilen der Rahmenkonvention der Vereinten Nationen über den Klimawandel steht, mit starker Repräsentanz der Entwicklungsländer, um zu garantieren, dass die Länder, die im Anhang B aufgelistet sind, ihren finanziellen Verpflichtungen nachkommen.

Die erste Weltkonferenz der Völker in Cochabamba schlägt ein multilaterales und multidisziplinäres Verfahren für einen **Technologietransfer** vor. Diese Technologien sollen sinnvoll, sauber und sozialverträglich sein. Die Konferenz von Cochabamba hält die Einrichtung eines Fonds zur Finanzierung geeigneter Technologien für sehr wichtig. Diese Technologien müssen frei von Urheberrechten und Patenten privater Monopole der Öffentlichkeit zur freien Verfügung gestellt werden.

Die Weltkonferenz von Cochabamba stellte fest, dass die Emissionen der Industrieländer in den Jahren 1990-2007 um 11,2 % gestiegen sind, obwohl sie erklärt haben, dass eine Reduktion, unterstützt von den Marktmechanismen eintreten würde.
Der **Emissionshandel** hat sich in ein lukratives Geschäft verwandelt, das die Natur kommerzialisiert, so dass nur noch wenige Akteure davon profitieren und trägt nicht entscheidend zur Reduktion von Treibhausgasemissionen bei.
Die aktuelle Finanzkrise hat gezeigt, dass der Markt nicht dazu in der Lage ist, das Finanzsystem zu regulieren und es wäre absolut verantwortungslos, den Schutz der menschlichen Existenz und den Schutz von Mutter Erde dem freien Markt zu überlassen.
In diesem Sinne hält es die Weltkonferenz für absolut unzulässig, dass es in den laufenden Verhandlungen um die Schaffung neuer Mechanismen geht, die den Emissionshandel ausweiten und fördern sollen.

Die Erste Weltkonferenz warf die Frage nach einem Ersatz für das **REDD Programm** (die Reduktion von Emissionen

aus Entwaldung und Schädigung von Wäldern) durch ein neues Programm das nicht auf dem Emissionshandel beruht. Es soll die Souveränität der Staaten und das Recht der Völker auf freie und informierte Entscheidungen respektieren. Dieses neue Programm soll wirtschaftliche und technologische Ressourcen aus den Industrieländern direkt für die Wiederaufforstung und die Bewahrung der Wälder und Urwälder transferieren.

Der **Zusammenhang zwischen Landwirtschaft und Klimawandel** wurde auch ausführlich besprochen und es wurde das Konzept der **Ernährungssouveränität** verabschiedet, das viel weiter gefasst ist als das Konzept der Ernährungssicherheit und das Recht der Völker einschließt auf die Kontrolle ihres eigenen Saatgutes, ihrer Agrarflächen, ihrer Wasservorkommen und ihrer Technologie zur Produktion von Nahrungsmitteln im Einklang mit Mutter Erde und zum Nutzen der Gemeinschaften und nicht nur für jene mit den höchsten Einkommen. Um der Klimakrise zu begegnen, wurde befunden, dass es absolut notwendig ist, eine komplett neue Orientierung der Landwirtschaft voranzutreiben, die bisher nur auf Vermarktung und Profit orientiert ist. Die Landwirtschaft muss in den Dienst am Leben, an der Gemeinschaft und in den Einklang mit der Natur gestellt werden.

Bei den Verhandlungen und bei der Anwendung der Abkommen über den Klimawandel müssen **die Rechte der Indigenen Völker** gewahrt werden.

Auf der Konferenz wurde auch ein neues Thema zur Diskussion über den Klimawandel vorgeschlagen, das hier innerhalb der Generalversammlung der Vereinten Nationen noch ausführlicher behandelt werden soll: Die **Einrichtung eines Gerichtshofes für Umwelt und Klima**, das über jene Industrieländer richten soll, die ihren Verpflichtungen nicht nachkommen und die alle Staaten und Konzerne sanktionieren soll, welche die Lebenskreisläufe von Mutter Erde beeinträchtigen.
Bei unseren Völkern herrscht große Sorge weil die internationalen Abkommen, die wir unterzeichnet haben, nicht ehrlich erfüllt werden. Daher besteht ein großes Interesse daran, verbindliche Verfahren zu schaffen, die diese Erfüllung garantieren und in der Lage sind, gegen Verstöße gegen internationale Umwelt- und Klimaverträge gerichtlich vorzugehen und diese zu ahnden.

Ein weiterer Vorschlag hat mit der Notwendigkeit zu tun, ein **Klimareferendum** einzuberufen, damit die Weltbevölkerung entscheiden kann, was bei einem Problem getan werden muss, welches von so großer Bedeutung ist wie der Klimawandel.
Die Weltkonferenz in Cochabamba hat uns die Verantwortung übertragen, damit zu beginnen, uns eine Weltdemokratie vorzustellen und diese voranzutreiben, in der alle Themen der Menschheit für alle Völker definiert werden.

Um all diese Vorschläge voranzubringen, rief die Konferenz auf, eine **Internationalen Bewegung der Völker** für die Mutter Erde ins Leben zu rufen.

Die Konferenz in Cochabamba beschäftigte sich damit, herauszufinden, **was Fortschritt heißen kann** und welche Art von Fortschritt wir uns wünschen.
Einige der wichtigsten Vereinbarungen waren:

- Auf einem endlichen Planeten kann es keinen unbegrenzten Fortschritt geben
- Das Entwicklungsmodell, das wir wollen ist nicht das der so genannten entwickelten Länder. Wir wollen nicht einen Fortschritt, wie ihn die so genannten Industrieländer propagieren, denn dieses ist nicht nachhaltig und lebensfeindlich auf einem endlichen Planeten mit endlichen natürlichen Ressourcen.
- Damit die Entwicklungsländer die Bedürfnisse ihrer Bevölkerungen zufrieden stellen können, ohne den Planeten Erde zu beschädigen, ist es unabdingbar, dass die Industriestaaten das Niveau ihres Überkonsums und ihrer Verschwendung zurücknehmen.
- Um eine Entwicklung im Einklang mit der Umwelt zu erreichen, muss gleichzeitig Harmonie zwischen den Menschen erreicht werden, auf der Basis einer gerechten Verteilung des Reichtums.

Die erste Weltkonferenz der Völker einigte sich auf den Vorschlag, dass in den Verhandlungen zum Klimawandel die **strukturellen Gründe für die Erderwärmung analysiert** werden und Alternativvorschläge erarbeitet werden, die systemischen Charakter haben.
Für die erste Weltkonferenz der Völker ist **das Grundübel für die Klimakrise das kapitalistische System**. Wir erleben gerade nicht nur eine Klima- Energie- Nahrungsmittel- Finanzkrise, sondern auch eine Systemkrise des Kapitalismus, die zu einer Zerstörung der Menschheit und der Natur führen. Da die Ursache systemisch ist, muss auch die Lösung dafür systemisch sein. Daher hat die Weltkonferenz der Völker **sehr viel über die Alternativen diskutiert, wie wir gut und im Einklang mit der Natur leben könnten.**

Zusammenfassend ist die Konferenz der Ansicht, dass wir, um unsere Zukunft zu bauen, aus der Vergangenheit lernen müssen, die wir immer noch in uns tragen und bei den indigenen Völkern präsent sind. Sie haben auf der ganzen Welt Lebensformen bewahrt, die im Einklang mit der Natur stehen.

Sehr geehrte Botschafter der G77 und China, ich bin der Ansicht, das wir unsere Einheit und unsere Möglichkeiten in den Verhandlungen am besten festigen können, wenn wir **unsere Einheit stärken und offen und ehrlich über unsere verschiedenen Kriterien und Positionen diskutieren.**
Auf diesem Weg ist es unerlässlich, dass sich Situationen wie letztes Jahr in Kopenhagen nicht wiederholen. Wir müssen die Positionen des **Bali Aktionsplanes** respektieren, der vom G77 und China verteidigt wurde, dahingehend, dass die Verhandlungen über den Klimawandel auf zwei Schienen stattfinden, nämlich über den "Langfristigen Kooperationsplan" und über das „Kyoto Protokoll".
In unserer Einheit steckt die Kraft zu garantieren, dass diese Verhandlungen weitgehend partizipativ, transparent sein wird, die gleichen Rechte für alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen respektiert werden, ob große oder kleine Staaten, und die Stimmer unserer Völker gehört und beachtet werden.
In der Einheit der Entwicklungsländer besteht die Kraft, eine neue Welt in Harmonie zwischen den Menschen und im Einklang mit unserer Mutter Erde zu gestalten.

Sehr geehrte Botschafterinnen und Botschafter,
die Antwort auf die globale Erderwärmung ist eine Weltdemokratie für das Leben und für Mutter Erde. Lasst uns heute ehrlich und aktiv für die Menschheit eintreten, statt vergiftend und reaktiv gegen die Natur. Denn, werte Botschafter, wir haben nur zwei Möglichkeiten, wir retten entweder den Kapitalismus oder das Leben und Mutter Erde.
Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

erschienen in Prensa
http://www.forumdesalternatives.org/EN/readarticle.php?article_id=8270

Übersetzung: coorditrad (Kirsten Heininger. Korrektur Herbert Kaser.)

„Wir fordern die Zahlung der Klimaschulden“

Abschlussdokumente der Arbeitsgruppe Klimaschulden auf der Cochabamba-Konferenz

1. Das Konzept der Klimaschuld

Klimaschuld bedeutet eine Verpflichtung zur Wiedergutmachung für unvernünftige Emissionen von Klimagasen, mit denen Mutter Erde Schaden zugefügt worden ist. Hauptverantwortliche für diese unvernünftigen Emissionen sind die so genannten ´entwickelten Länder´, die zwar nur 20% der Weltbevölkerung umfassen, aber 75% der historischen Treibhausgasemissionen zu verantworten haben.

Diese Staaten und das von ihnen forcierte kapitalistische Entwicklungsmodell sind verantwortlich für die Klimaschuld, doch sollten wir nicht vergessen, dass in diesen Staaten auch arme Menschen und indigene Völker leben, die ebenfalls von dieser Schuld betroffen sind.

Am stärksten betroffen aber sind die ärmsten Entwicklungsländer, die zukünftigen Generationen sowie unsere Mutter Erde. Die Kolonisierung der Erdatmosphäre hat den Klimawandel hervorgebracht, der eine ernsthafte Bedrohung darstellt für Inseln, Küstenregionen, Gletscher im Himalaya, die Anden und weitere Gebirge weltweit, für die Polargebiete der Erde, für heiße Regionen der Erde wie etwa in Afrika, für Süßwasserressourcen, für einen wachsenden Anteil der von Naturkatastrophen betroffenen Bevölkerung, für Pflanzen und Tiere sowie für die Ökosysteme im Allgemeinen. Alle die Bedrohungen machen die Klimaschuld aus.

Die UN-Rahmenvereinbarung zum Klimawandel (UNFCCC) erkennt diese Verpflichtung an, indem sie die historische Verantwortung der Industrieländer für diese Emissionen bestätigt und dabei die Forderung unterstützt, dass diese Länder die Initiative beim Kampf gegen den Klimawandel ergreifen sollten. Dieser Umstand wird durch die Existenz des Kyoto-Protokolls ausgedrückt, wonach die im Anhang I der Übereinkunft aufgelisteten Industrieländer verpflichtet sind, ihre Treibhausgasemissionen zu reduzieren.

2. Elemente der Klimaschuld

Für jedes Industrieland wird der entsprechende Anteil an der Klimaschuld in Relation zur Emissionshöhe festgelegt, wobei die im geschichtlichen Rahmen emittierte Menge an Kohlenstoffemissionen pro Kopf der Bevölkerung zugrunde gelegt werden muss.

a. Emissionsschuld.

Unter Emissionsschuld verstehen wir die von den entwickelten Ländern durch den übermäßigen Verbrauch des Atmosphärenraums verursachte Verschmutzung durch Treibhausgase, wobei wir davon ausgehen, dass alle Länder der Erde gleiche Zugangs- und Nutzungsrechte für unsere Atmosphäre haben. Die entwickelten Länder müssen folgende Kompensationen leisten :

- Gefordert wird die Reduktion der von ihnen verursachten hohen Treibhausgaskonzentration
- Ferner müssen sie ihre Emissionen verringern und Treibhausgase neutralisieren
- Sie müssen den armen Ländern Raum für ihre Entwicklung gewähren. Ausdrücklich lehnen wir die in der Kopenhagener Vereinbarung getroffene Absprache ab, wonach jedes entwickelte Land frei entscheiden kann, wie tief die von ihm zu planenden Einschnitte sein sollen.

b. Entwicklungsschulden

Die Länder des Südens haben den gleichen Anspruch auf Entwicklungsmöglichkeiten, um die grundlegende Infrastruktur für ihre gesamte Bevölkerung zu sichern und die Industrialisierung bis zu dem Grad voranzutreiben, der die ökonomische Unabhängigkeit des Landes gewährleistet. Diese Entwicklung darf jedoch nicht Umwelt und Atmosphäre schädigen. Um diese Entwicklung bei streng geregeltem Zugang zum atmosphärischen Raum zu erreichen, brauchen sie Zugang zu allen ihren Vorstellungen entsprechenden Technologien für die Entwicklung, einschließlich der für ihre Umsetzung erforderlichen Finanzierung. Zu diesen von uns benötigten Technologien gehören unter anderem: Wiederverwertung von Abfallstoffen, Verbesserung traditioneller Techniken durch neue Technologie, Zugang zu sauberen Energiequellen wie Sonnen- und Windkraft sowie Biogasanlagen, Techniken des Schutzes gegen Naturkatastrophen, Forschung zur Entwicklung von Impfstoffen und Medikamenten gegen Krankheiten, die durch den Klimawandel verstärkt werden.

c. Anpassungsschulden

Durch die Auswirkungen des Klimawandels verliert der Regen seine jahreszeitliche Verteilung, es kommt zu Verlusten an Süßwasserressourcen, verstärktem Auftreten von Hagel, Frost, Dürren und Überflutungen. Diese Erscheinungen vermindern die Produktion im Bereich von Ackerbau und Viehzucht. Die Bevölkerung leidet unter einem verstärkten Auftreten verschiedener Krankheiten. Diese Auswirkungen haben vielerlei Folgen auf der Ebene von Wirtschaft und Entwicklung, weshalb die Verursacher der Klimakrise zur Behebung dieser Schäden verpflichtet sind. Sie müssen u.a.

- Investitionen (Finanzen und Technologie) für die Verhinderung größerer Folgeschäden tätigen,
- Ausgleichszahlungen in voller Höhe für die bereits auftretenden Auswirkungen leisten und für die durch den Kliamwandel notwndig gewordene Umleitung von Entwicklungsgeldern.

d. Migrationsschulden

Wegen der Auswirkungen des Klimawandels wird für Millionen von Men-

schen ihr eigenes Land unbewohnbar, was sie zu Klimamigranten macht. Der Ausgleich für diese Migrationsschulden schließt ein, dass die so genannten ´entwickelten´ Länder ihre restriktive Einwanderungspolitik beenden müssen, um statt dessen die Migranten in Würde aufzunehmen, unter Anerkennung ihrer kulturellen und Menschenrechte.

e. Die Schuld gegenüber Mutter Erde

Es ist unmöglich, die Schuld gegenüber Mutter Erde vollständig abzutragen, da die von der Menschheit verübten Grausamkeiten zu schrecklich gewesen sind. Ein wenigstens minimaler Ausgleich für diese Schuld besteht in:
- Anerkennung des verursachten Schadens,
- Wiederherstellung des Einklangs mit Mutter Erde,
- Annahme der UN-Deklaration zu den Rechten von Mutter Erde, um sicher zu stellen, dass solcher Missbrauch sich in Zukunft nicht wiederholt. Dies soll gewährleisten, dass Kapitalismus und Profitstreben den höchsten Interessen von Mutter Erde sowie der Völker dieser Welt nicht zuwider laufen.

3. Wie können die Schulden beglichen werden?

Ein Ausgleich für die Klimaschulden kann auf verschiedenen Wegen herbeigeführt werden, die sich gegenseitig ergänzen. Unverzichtbare Elemente sind:

- Die Reinigung der Atmosphäre durch die entwickelten Länder
- Zahlungsleistung in Form von Technologie (ohne Patente) und Wissenstransfer, welche unseren Vorstellungen entspricht, zum Zwecke einer sauberen Entwicklung und angepaßt an die Entwicklungsländer
- Änderungen in der Einwanderungsgesetzgebung, die es uns ermöglichen, allen Klimamigranten eine neue Heimat zu bieten.
- Annahme der Erklärung zu den Rechten von Mutter Erde. Ferner müssen wir die strukturellen Gründe erforschen, welche die Klimaschulden verursacht haben, wir müssen Erziehungsmöglichkeiten für unsere Kinder bereit stellen sowie politisches Bewusstsein und den Respekt für Mutter Erde fördern.

Klimaschulden sind Teil einer größeren ökologischen Schuld, die über Gasemissionen hinaus alle Umweltschäden einschließt, die in Entwicklungsländern zum Nutzen von entwickelten Ländern verursacht wurden.

4. Strategien zur Sicherstellung von Ausgleichzahlungen für Klimaschulden

Um die volle Erfüllung der Klimaschulden zu gewährleisten, sind notwendig :

- die Einrichtung einer internationalen Körperschaft zur Feststellung der Verantwortlichkeiten von umweltverschmutzenden Ländern
- die Einrichtung eines unabhängigen Internationalen Tribunals zur Klimagerechtigkeit, das im Falle von Zahlungsverzug zuständig ist
- die Förderung von Forschungen zur Verantwortung für den Klimawandel
- die Förderung eines weltweit verbreiteten Bewusstseins darüber, dass die Erfüllung der Klimaschulden eine Verpflichtung für die entwickelten Länder ist und keineswegs eine Form von an uns gewährter Entwicklungshilfe

SCHLUSSFOLGERUNGEN

- Wir sind der Meinung, dass die entwickelten kapitalistischen Länder und das kapitalistische System die Hauptursache für die vom Klimawandel hervorgerufenen Klimaschulden sind

- Von dieser Vorkonferenz aus verlangen wir die Durchsetzung der Zahlungen für Klimaschulden

- Als Menschen, die in Harmonie mit Mutter Erde leben und ihre wichtigsten Verteidiger sind, rufen wir von hier aus die gesamte Menschheit dazu auf, sich dem Kampf für die Erhaltung des Lebens anzuschliessen

http://pwccc.wordpress.com/2010/04/16/working-group-8-climate-debt/#more-1219

(Übersetzung: G. Kramann, Korrektur : SiG-Redaktion)

Mehr Infos , aktuelle Infos der Weltkonferenz der Völker über den Klimawandel und die Rechte von Mutter Erde in Cochabamba:
http://cmpcc.org/ (Spanisch) oder http://pwccc.wordpress.com/ (Englisch)

In der **Beilage zu „Sand im Getriebe" Nr.83** sind die Ergebnisse der Konferenz zusammengestellt:
http://www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/detailansicht/datum/2010/05/30/beilage-zu-sig-83-cochabamba-weltkonferenz-ueber-den-klimawandel-und-die-rechte-der-mutter-erde/?cHash=4ae798cc4bbf83cfaf6ea5ecbfe6180c

Perry Anderson

ZWEI REVOLUTIONEN

(Auszug aus der aktuellen Nummer von „Lettre International“ Nr. 89)

Wenn kein anderes Ereignis das 20. Jahrhundert so beherrscht hat wie das Trajekt **der russischen Revolution**, so wird das 21.Jahrhundert von den Folgen der chinesischen Revolution geprägt werden.
Der sowjetische Staat, geboren aus dem Ersten Weltkrieg, siegreich im Zweiten, unterlegen in der kalten Simulation eines Dritten, dieser Staat löste sich nach sieben Jahrzehnten auf, ohne daß ein Schuß fiel – so rasch, wie er einst entstanden war. Was blieb, ist ein Rußland von geringerem Umfang als zu Zeiten der Aufklärung, mit weniger als der halben Bevölkerung der UdSSR, aufs neue einem Kapitalismus überantwortet, der noch stärker vom Rohstoffexport abhängig ist als zu Zeiten des Zarismus. Auch wenn zukünftige Umkehrungen dieses Urteils nicht auszuschließen sind, scheint das, was von der Oktobererhebung noch in irgendeinem positiven Sinne übrig ist, augenblicklich geringfügig. Die dauerhafteste Leistung der Sowjetunion – bedeutend genug – war eine der Negation: das Niederringen des Nazismus, das keinem anderen europäischen Regime gelungen wäre. So würde wohl heute das verbreitete Urteil lauten.

Das Ergebnis der **chinesischen Revolution** bietet einen bemerkenswerten Kontrast. Die Volksrepublik China ist beim Eintritt in ihr siebtes Jahrzehnt ein Motor der Weltwirtschaft, der größte Exporteur in die EU nach Japan und in die USA, der größte Inhaber von Fremdwährungsreserven des Planeten. Seit einem Vierteljahrhundert verzeichnet sie für die größte Bevölkerung der Welt die raschesten Wachstumsraten des Pro-Kopf-Einkommens, die je registriert wurden. Ihre großen Städte sind in ihrem kommerziellen und architektonischen Ehrgeiz konkurrenzlos, ihre Waren werden überall verkauft, ihre Bauplaner, Unternehmer und Diplomaten umkreisen den Globus auf der Suche nach weiteren Gelegenheiten und noch mehr Einfluß. Umworben von seinen einstigen Gegnern wie von seinen Freunden ist das Reich der Mitte zum ersten Mal in seiner Geschichte eine wahre Weltmacht, deren Präsenz auf allen Kontinenten spürbar ist. Aus einem bestimmten Blickwinkel betrachtet hat der Kommunismus nicht nur überlebt, er ist zur exemplarischen Erfolgsgeschichte der Epoche geworden. Im Wesen und im Umfang dieser Erfolgsgeschichte verbirgt sich eine bittere Ironie – mehr als eine. Doch am fundamentalen Unterschied zwischen den Schicksalen der Revolutionen in China und Rußland kann kaum Zweifel bestehen.

Wo ist die Erklärung für diesen Kontrast zu suchen? Trotz der welthistorischen Bedeutung dieser Frage ist sie selten erörtert worden. Dabei geht es nicht lediglich um den Vergleich zweier ähnlicher, aber voneinander getrennter Umwälzungen, deren Ausgangssituationen nichts miteinander zu tun haben (wie bei der einst beliebten Übung, die Jahre 1789 und 1917 nebeneinander zu stellen). Die chinesische Revolution ging direkt aus der russischen hervor, und diese blieb im Sinne einer Inspiration oder Mahnung immer mit ihr verbunden, bis Ende der achtziger Jahre für beide der Augenblick der Wahrheit kam. Die beiden Erfahrungen waren nicht unabhängig voneinander, sie bildeten eine bewußt hergestellte Abfolge. Diese Verbindung ist bei jeder Betrachtung der gänzlich verschiedenen Ergebnisse zu berücksichtigen.

Um diese zu erklären, bedarf es Überlegungen auf verschiedenen Ebenen; um vier davon geht es im folgenden.
Erstens: Wie sehr unterschieden sich die subjektiven politischen Agenturen der beiden Revolutionen – das heißt die Parteien in den jeweiligen Ländern und ihre Strategien?
Zweitens: Was waren die objektiven Ausgangspunkte (sozioökonomischen und sonstigen Bedingungen) für die jeweils herrschende Partei bei ihren Reformbestrebungen?
Drittens: Was waren die effektiven Folgen der eingeschlagenen Politik?
Viertens: Welche Erbschaften in der *longue durée* der Geschichte beider Gesellschaften können als bestimmend für die endgültigen Resultate von Revolution wie Reform angesehen werden? Da die *KP Chinas* die UdSSR überlebt hat und da ihre Zukunft vielleicht die zentrale Rätselfrage der Weltpolitik darstellt, wird im Mittelpunkt der folgenden Über-

legungen China stehen, aber so, wie es sich in der russischen Spiegelung darstellt – die nicht die einzige von Bedeutung ist, deren Betrachtung aber unausweichlich allen anderen Perspektiven vorausgeht.

Die **Oktoberrevolution** war ein **schneller großstädtischer Aufstand**, der die Macht in den wichtigsten Zentren Rußlands in wenigen Tagen an sich riß. Der Geschwindigkeit, mit welcher die provisorische bürgerliche Regierung gestürzt wurde, entsprach die rasche Kristallisierung der Partei, die dies vollbrachte. Die Bolschewisten, die im Januar 1917 kurz vor der Abdankung Zar Nikolaus' II. nicht mehr als 24.000 Mitglieder gezählt hatten, waren bereits über 200.000, als sie neun Monate später Kerenskis Regierung das Ende bereiteten.
Die soziale Basis bildete die junge russische Arbeiterklasse, die weniger als drei Prozent der Bevölkerung ausmachte.
Auf dem Lande, wo über achtzig Prozent der Bevölkerung lebten, war die Partei nicht vorhanden, da sie nie daran gedacht hatte, sich hier zu organisieren – ebensowenig wie die Sozialrevolutionäre; trotzdem hatte die SRS 1917 eine vorwiegend ländliche Anhängerschaft.

Dieser rasche Sieg, errungen mit einer immer noch schmalen Basis, war durch die Zerschlagung des zaristischen Staates möglich geworden, durch die deutschen Hammerhiebe im Ersten Weltkrieg; das militärische Debakel führte zu explosiven Meutereien, die den Unterdrückungsapparat auflösten, und die Februarrevolution ließ als Folgeautorität nur eine höchst wacklige Struktur übrig.

War aber die Macht in diesem Vakuum leicht zu erringen, so stellte sie sich als schwer zu verteidigen heraus. Weite Teile des Staatsgebiets gerieten unter deutsche Besetzung. Nachdem Deutschland 1918 selbst besiegt worden war, drangen zehn verschiedene Militärexpeditionen – Amerikaner, Briten, Kanadier, Serben, Finnen, Rumänen, Türken, Griechen, Franzosen, Japaner – ins Land ein, um die *Weiße Armee* bei ihrem Versuch zu unterstützen, das neue Regime zu zerschlagen: **ein grimmiger Bürgerkrieg, der bis 1920 andauerte**.
An dessen Ende, und mit den Zerstörungen durch den Weltkrieg, **lag Rußland in Ruinen** – die Dörfer hungerten, die Fabriken in den Städten waren verlassen, die Arbeiterklasse war durch die Kämpfe und die Deindustrialisierung des Landes aufgerieben. Lenins Partei, deren soziale Basis verschwunden oder in den Strukturen des neuen Staates aufgegangen war, hing als isolierter Machtapparat über einer öden Landschaft, und man brachte ihre Herrschaft nun eher mit dem Elend des Krieges im eigenen Land in Verbindung als mit den Geschenken des Friedens und der Landreform nach dem Oktober.

Die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken, welche die Partei mit äußerster Anstrengung ins Leben rief, umfaßte den größten Teil des einstigen russischen Imperiums. Doch als erster moderner Staat, der jegliche territoriale Definition von sich wies, berief sich die werdende UdSSR nicht auf patriotischen Stolz oder auf das Konstrukt eines Nationalstaats.
Zur Macht gelangt in einem riesigen zurückgebliebenen Land, dessen Produktion fast ausschließlich landwirtschaftlich und dessen Bevölkerung weitgehend analphabetisch war, zählten die Bolschewiki auf den Ausbruch von Revolutionen in den höherentwickelten Industrieländern Europas, die Rußland retten sollten, das nun mit einem radikal sozialistischen Programm und einer Gesellschaft ohne die elementaren Vorbedingungen eines kohärenten Kapitalismus in einer sehr prekären Lage war. Dieses Vabanquespiel, das die unter größtem Druck stehende Führung bald verlor, kümmerte die Massen, über die sie herrschte, von Anfang an nicht. Die Sowjetpartei mußte nun alleine ausharren und versuchen, sich, soweit sie konnte, auf einen anderen Gesellschaftszustand zuzubewegen – ohne große Unterstützung im Lande und ohne jegliche Hilfe von außen.

Die chinesische Revolution war zwar von der russischen inspiriert, kehrte aber deren sämtliche Parameter um. Die chinesische KP, im Jahre 1921 gegründet, hatte vier Jahre später noch weniger als tausend Mitglieder – zu einem Zeitpunkt, als sie zum ersten Mal als bedeutsame politische Kraft in Erscheinung trat: hervorgegangen aus der Explosion von Arbeitermilitanz in den Küstenstädten 1925 im Rahmen der Bewegung des 30. Mai (und unterstützt durch die im jungen nationalistischen Regime Sun Yat-sens in Kanton entscheidend wichtigen sowjetischen Berater und Materiallieferungen). Zwischen diesem Augenblick der Gründung und der kommunistischen Eroberung der Macht in ganz China lagen **Kämpfe, die sich über ein Vierteljahrhundert ausdehnten**. Die wichtigsten Stationen sind wohlbekannt: die Militärexpedition in den Norden, welche Nationalisten und Kommunisten gegen die führenden regionalen Kriegsherren vereinigte; Tschiang Kaischeks Massaker an den Kommunisten in Schanghai 1927; der sich anschließende weiße Terror; die Einrichtung der Räteregierung von Jiangxi 1931 und die fünf auf ihre Vernichtung zielenden Kampagnen der Nationalisten; der Lange Marsch der *Roten Armee* nach Yenan in den Jahren 1934 bis 1935 und die Schaffung von Grenzregionen im Nordwesten, die von der KP beherrscht wurden; die erneute Volksfront mit den Nationalisten gegen die japanische Invasion 1937 bis 1945 und schließlich der endgültige Bürgerkrieg 1946 bis 1949, in welchem die Kommunisten das ganze Festland eroberten*(...)*

http://www.lettre.de/aktuell/89-Anderson.html, *Original auf Englisch in New Left Review*

Weitere Beiträge über China in „Sand im Getriebe":

Mehrere Artikel in der Nummer 68
http://sandimgetriebe.attac.at/6730.html

Soziale Ursprünge des chinesischen Aufstiegs,
von Giovanni Arrighi
Grundlegende Merkmale der sozialistischen Marktwirtschaft
von Cheng Enfu
China unter dem Einfluss des Neoliberalismus von Bingyan Li
Hochgeschwindigkeits - industrialisierung, die Partei und die Landbevölkerung in China von Walden Bello
Die Wiedererfindung von Geschlechterungleichheiten im roten Neoliberalismus von Christa Wichterich

SiG 54: Die Weltgeschichte an einem neuen Wendepunkt?
Interview mit Giovanni Arrighi
http://sandimgetriebe.attac.at/4892.html

Peter Strotmann

China

auf der Suche nach der sozialistischen Moderne?

3 Autoren vergleichen die russische und die chinesische Revolution miteinander

20 Jahre nach der „Wende“ und mitten im großen Crash des kapitalistischen Weltsystems ist eine Wiederbelebung des Diskurses über **revolutionäre** Lösungen für gesellschaftliche Krisen zu beobachten. Mehrere Autoren ziehen Bilanz der bisherigen sozialistischen Versuche, unter ihnen der Weltsystemtheoretiker **Giovanni Arrighi(1)**; der Doyen des „westlichen Marxismus“ und Herausgeber der Londoner „New Left Review“ **Perry Anderson(2);** und der italienische Philosoph **Dominico Losurdo(3)** . Sie vergleichen Geschichte und Ablauf der russischen mit der chinesischen Revolution, um herauszufinden, warum die chinesische Revolution überlebt hat, während sich die UdSSR vor 20 Jahren sang und klanglos auflöste.

Erkenntnisinteressen

Alle drei Autoren werden von unterschiedlichen Erkenntnisinteressen motiviert. **Giovanni Arrighi** will als Weltsystemtheoretiker vor allem *„zu den eigentlichen Gründen für globale Ungleichheiten vordringen“* (I,12). Ihn interessiert vor allem die Frage, ob mit dem Aufstieg Chinas und Abnahme der Gestaltungskraft des Westens endlich ein Prozess der Emanzipation der Völker der unterentwickelt gehaltenen Länder der Dritten Welt verbunden sein könnte.
Perry Anderson fragt, ob mit dem erstarkenden Chinas auch eine *Renaissance der kommunistischen Option* verbunden sein könnte. Sein Resumé: *„ Wenn das 20te Jahrhundert vor allem durch den Weg der russischen Revolution dominiert war, so wird das 21 Jahrhundert durch die Ergebnisse der chinesischen Revolution geformt werden...Nach dem Zerfall der UdSSR hat sich als allgemein anerkanntes Erklärungsmuster für diese Wende die Formel vom ‚Kollaps des Kommunismus’ durchgesetzt. Zwanzig Jahre später sieht das doch ein wenig eurozentristisch aus. In einer anderen Sichtweise hat der Kommunismus nicht nur überlebt, sondern er wurde zur Erfolgsstory des Jahrhunderts. Natürlich mischt sich in die Eigenarten und in das Ausmaß dieser Errungenschaft mehr als nur eine – bittere –Ironie. Über die gewaltigen Unterschiede zwischen dem Schicksal der Revolutionen in China und Russland kann jedoch kein Zweifel bestehen.“*
Der italienische Philosoph **Domenico Losurdo** hingegen wendet sich vor allem an die globale Linke und ihre „gänzlich unrealistische Theorie des Kommunismus“. Sein Vergleich der beiden Revolutionen mündet in dem Appell, den „Selbsthass der Linken“ nach der Wende zu überwinden und nicht von „Verrat“ oder „Scheitern“ zu reden, sondern die Geschichte der kommunistischen Bewegung als einen fortdauernden **Lernprozess** zu betrachten.

In den unterschiedlichen Ansätzen wird klar, dass der Aufstieg Chinas zu zwei unterschiedlichen Fragekomplexen führt:
1. Wie weit können die Erfolge Chinas zur Schwächung des Imperialismus und zur Emanzipation der Länder des globalen Südens beitragen.
2. Ist der Weg Chinas ein Umweg zum Sozialismus oder hat er schon zu einem endgültiges Abgleiten in den voll entwickelten Kapitalismus geführt.
Natürlich sind beide Fragen eng miteinander verknüpft. So dürfte die zweite Frage zu heftigen Debatten darüber führen, was Sozialismus eigentlich ist. Seit dem Erstarken der „Bewegung der Bewegungen“ (der Weltsozialforen, WSF) und der neuen sozialistischen Versuche in Lateinamerika (z. B. in Bolivien) ist eine neue Offenheit für Alternativen entstanden, die auch in der strategischen Debatte des WSF ihren Ausdruck fand(4). In jedem Fall lohnt es sich, bisherige Erfahrungen der sozialistischen Großversuchen miteinander zu vergleichen.

Giovanni Arrighi und die verschlungenen Pfade der chinesischen Revolution

Für Arrighi ist die erste Frage ganz eindeutig positiv zu beantworten. Für ihn ist *„der Nord-Süd-Gegensatz der fundamentalste Widerspruch in der gegenwärtigen Welt“*(I,80) und der Aufstieg von China, Indien und einiger anderer Länder der „3.Welt“ ist Teil des *„allgemeinen Aufstands gegen den Westen“* und das *„hoffnungsvollste Zeichen, dass die extremen Ungleichheiten auf der Welt, die unter dem kolonialen Imperialismus der Europäer geschaffen und unter der Hegemonie der USA befestigt wurden, schließlich von einer gerechteren Welt mit größerer Gleichheit überwunden werden könnten.“*(I,74). Das belegt er mit einer neuen Imperialismustheorie, in der er vor allem die Zentren der finanziellen Akkumulation der letzen 500 Jahre untersucht und die Verlagerung der finanziellen Kraftzentren von Genua über die Niederlande nach Britannien und in die USA ,und von dort weg, nachzeichnet.(5) Er stimmt hier mit Wolfgang Fritz Haug überein, der – klagend über den ungleichen Tausch (z.B. 100Millionen T-Shirts für einen 1Airbus) – Hegels Dialektik bemüht: *„Die Schwäche, auf die letzten Plätze der Wertschöpfungskette verbannt zu sein und hinnehmen zu müssen, dass der Löwenanteil des im Lande produzierten Mehrwerts im Ausland realisiert wird, scheint sich nun aber aufgrund der schieren Größenverhältnisse in eine Waffe verwandelt zu haben. Es ist, als ob just solcher ungleicher Tausch dabei sei, Teile der Industriebasis der privilegierten Länder zu zerstören. ...Deren Kapazitäten, die benötigten Güter selbst herzustellen, schrumpfen. Ihre Ökonomien nehmen zunehmend parasitäre Züge an. Wie in Hegels Dialektik von Herr und Knecht geht geschichtsbildende Kraft unmerklich auf die ‚Knechte’ über. Ein Indikator sind die in US-Dollarguthaben akkumulierten Zahlungsbilanzüberschüsse.“*(6)

Was die zweiter Frage betrifft, so sieht Arrighi den Erfolg Chinas auch in der jahrtausende alte Tradition bäuerlich-handwerklicher Strukturen dieses Landes begründet, die eine Tradition von Organisationstalent und Selbstbewußtsein geschaffen hat, für die er den Begriff „industrious revolution“ findet. Diese asiatische „Fleißrevolution“ hält er der in Europa entstandenen „industrial revolution“, immer verbunden mit permanenten Expansionen und Kriegen, entgegenhält.(7). Es sind eben nicht einfach die billigen Arbeitskräfte, die Chinas komparativen Vorteil ausmachen, vielmehr sind es die

aufgrund der langen Tradition der „einfachen Warenproduktion“ und der ersten Jahrzehnte des sozialistischen Aufbaus gut ausgebildeten und motivierten Arbeitskräfte. Das durch die Revolutionen errungene Primat der Politik erlaube es, von einer **Position der Stärke** aus begrenzte, eingebettete und stark regulierte Marktmechanismen als Instrumente zu nutzen, um die Produktivkräfte dieses Entwicklungslandes zu entwickeln und vor allem das technologische Monopol des Nordens zu brechen. Keine Erpressbarkeit mehr, **keine griechischen Verhältnisse in China**. Es gibt zwar Kapitalisten in China, aber sie haben nicht die politische Macht. Das macht den Unterschied. Keiner kann die soziale und regionale Polarisierung übersehen, die durch die zugelassenen Marktmechanismen erzeugt werden. „*Es gibt eine winzige Schicht der Oberschicht-Milliardäre. Auf der anderen Seite gibt es eine breite Protestbewegung, eine wieder auferstehende, wachsende Arbeiterklasse...Ich sage nicht, dass das Sozialismus ist. Ich stelle nur fest, dass dort heftige Kämpfe stattfinden und dass es nicht entschieden ist*“(I,83). Das äußert sich auch darin, dass sämtliche Maßnahmen der Regierungsebene sich permanent rechtfertigen müssen und unter einer Devise stehen: Alles „***im Dialog mit** den Errungenschaften der Zeit vor den Reformen*“. Die revolutionären Erfahrungen sind nicht verschwunden. Außerdem werden durch die Industrialisierung „*neue Arbeiterklassen erzeugt. Warum sollten diese Arbeiterklassen weniger kämpferisch sein als die Arbeiterklassen im Norden?...China hat eine jahrhundertealte Tradition von Rebellionen*“(86)

Perry Anderson und das Geheimnis des chinesischen Erfolges

Perry Anderson begrüßt auch die tektonischen Verschiebungen im Weltsystem, sucht aber eher nach einer Antwort auf die Frage, warum die beiden großen Sozialismus-Versuche des 20. Jahrhunderts so unterschiedlich ausgingen: woran lag es, dass die russische Revolution (und damit auch das Gegengewicht zum US-Imperialismus) abgebrochen wurde, während die chinesische Revolution durch viele Turbulenzen hindurch **gestärkt** aus den Krisen hervor ging.

„*Die chinesische Revolution – obwohl sie durch die russische inspiriert wurde – hat sie fast in jeder Hinsicht invertiert.*“ Sie fand in einem viel ärmeren Land statt, die Bauern und die nationale Frage spielten eine viel größere Rolle, der revolutionäre Prozess war langandauernd und bildete eine große Anzahl revolutionäre Kader heraus, die sich mit der rebellischen Bevölkerung in einem gegenseitigen Erziehungsprozess vereinigten. „*Die Volksrepublik genoss – indem sie patriotische Ideale und soziale Disziplin verkörperte – ein Ausmaß an öffentlicher Zustimmung, das die Sowjetunion niemals besaß.*“(10) In den 50er Jahren war China „*organisatorisch und ideologisch der UdSSR ziemlich ähnlich*“, obwohl die chinesische Landreform wesentlich reibungsloser verlief, was mit dem spezifischen Verhältnis der chinesischen Kommunisten zu großen Mehrheit der Bauern zusammen hängt. Ab 1958 jedoch begann mit dem „Großen Sprung“ und der „Kulturrevolution“ ein Suchprozess nach neuen Lösungen, um die Überzentralisierung zu überwinden. Die junge Generation wurde gegen die „*bürokratische Verkrustung*“ mobilisiert und erlebte diese Zeit zunächst als „*mentale Befreiung*“ Diese „*Dekade des kontrollierten Chaos*“ wirbelte Partei und Gesellschaft durcheinander und ist in dialektischer Sicht Voraussetzung für die dann folgende Reformperiode unter Deng.. „*Ihr selbst proklamiertes Ziel war eine egalitäre Transformation von Auffassungen, die nicht länger die ‚drei großen Unterschiede zwischen Stadt und Land, zwischen Landwirtschaft und Industrie, und - vor allem – zwischen körperlicher und intellektueller Arbeit hinnehmen wollte. Diese Ideale waren allerdings zu dieser Zeit in jeder Gesellschaft utopisch, besonders in einer, so rückständigen wie China.*“ Die Kulturrevolution endete in einer Sackgasse, die alten Strukturen wurden zunächst zerschlagen, aber es gelang nicht, neue Strukturen wie die Schanghaier Kommune zu institutionalisieren. Die Partei war tief gespalten, „*die Gesellschaft war traumatisiert*“, was Dengs Machtergreifung begünstigte. Die Kulturrevolution wirkt allerdings bis heute nach, meint Perry Anderson. Sie ist in gewisser Weise die Voraussetzung dafür, dass der Reformprozess in den 80er Jahren nicht wie in der UdSSR im Zusammenbuch endete

Die heftigen Turbulenzen des chinesischen Weges mündeten in eine kontrollierte Integration in den kapitalistischen Weltmarkt, die erstaunlich erfolgreich war, aber einen bitteren Beigeschmack hat. „*Der materielle Erfolg dieses Entwicklungsmodells hat die VRCh zum zeitgenössischen Weltwunder gemacht. Mit einer Investitionsrate von 40% wuchs das BIP in den 15 Jahren zwischen 1989 und 2004 um das Vierfache...China hat sich mit Schwung zurückgemeldet.*“

Den entscheidenden Faktor für den Erfolg dieses Weges sieht PA in der endlich gewonnenen völligen nationalen Souveränität, die es erlaubt, das Primat der Politik aufrecht zu erhalten und z.B. den Kapitalzufluß, das Wechselkursregime und den Bankensektor unter politischer Kontrolle zu halten. „*China konnte es sich einen massiven Zufluss von Auslandskapital leisten, ohne Vertrauensverlust oder Subversion fürchten zu müssen. Als völlig unabhängiger Staat, in völliger Kontrolle seines Territoriums, konnte es Vertrauen in seine Fähigkeit haben, das fremde Kapital durch die politische Macht zu kontrollieren, so wie es einst **Lenin** erhofft hatte in den Tagen der **Neuen Ökonomischen Politik(NÖP)**“*.China ließ sich auch nicht einen teueren Rüstungswettlauf aufzwingen. „*Es gab keine ernsthafte Entfremdung der Bauern zu Hause und keine direkte imperialistische Bedrohung von außen, zum ersten mal in der modernen Geschichte des Landes.*“

Dominico Losurdo und der Lernprozess der revolutionären Weltbewegung

Dominico Losurdo(8) teilt die Einschätzung des Scheiterns der Kulturrevolution. Da sich sein Text explizit an die Linke wendet, sieht er dieses Scheitern als Teil der „*Ent-Messianisierung des kommunistischen Projektes*“, das in einigen Ausprägungen *alles sofort* wollte: nicht nur die Abschaffung der Klassengegensätze, sondern auch des Staates und der politischen Macht, der Religionen, der Nationen, der Arbeitsteilung, des Marktes, des Geldes, ja einer jeden Quelle von Konflikten...“*Man sollte sich dagegen die Lehre **Gramscis** vor Augen halten, der sich vielleicht mehr als andere darum bemüht hat, das kommunistische Projekt von der messianischen Aura zu befreien*“(105). Auch er sieht in der neuen politischen Ordnung Chinas „*eine Art gigantischer und verlängerter NÖP, läßt also an die neue ökonomische Politik denken, die Lenin an Stelle des utopischen Kasernen-Egalitarismus des ‚Kriegskommunissmus’ einführte.*“(57). Die Entwicklung der Produktivkräfte durch **temporäre (9)** Konzessionen an Bourgeoisie und Markt stehe auch im Mittelpunkt der chinesischen NÖP. „*Es steht ungeheuer viel auf dem Spiel. Durch Schwierigkeiten und Widersprüche jeglicher Art hindurch zeichnet sich die Realität eines Kontinent-Landes ab, das die Unterentwicklung überwindet und das entschlossen ist, dabei seine politische Unabhängigkeit nicht preiszugeben und dadurch technologisch autonom zu wer-*

den, dass es zu einer sozialistischen Moderne vorstößt. Das Gelingen dieses Versuchs würde die Kräfteverhältnisse auf unserem Planeten und die Welt insgesamt drastisch verändern."(59)

Für Losurdo sind beide der eingangs formulierten Fragen positiv zu beantworten, denn China hat die Chance, nicht nur die politische Geographie des Planeten und die internationalen Kräfteverhältnisse zu verändern und damit einen Beitrag zu multipolaren, horizontalen internationalen Beziehungen zu leisten, sondern auch Strukturen einer *„sozialistischen Moderne" z*u entwickeln. Wie die konkret aussehen wird, wird entschieden im fortgesetzten großen Lernprozess, *„ohne historisches Vorbild, nicht linear und mühelos*". (10) Die Gefahr der Anpassung and die USA ist real, *„aber es hieße politisch blind sein, diese Homologisierung schon für gegeben zu sehen*."

Ökosozialismus des 21. Jahrhunderts?

Angesichts der turbulenten Wendungen der revolutionären Geschichte der kommunistischen Weltbewegung betonen alle drei Autoren immer wieder den **weiten Zeithorizont** für den Aufbau einer anderen Welt und die Widersprüchlichkeit des Prozesses. Es ist ein offener historischer Prozess ist, den die Volksrepublik China durchmacht, und es ist nicht sicher, ob der Ritt auf dem kapitalistischen Bullen erfolgreich sein wird. Die Bewältigung der gegenwärtigen Krise, die Umkehrung der Investitionsströme vom Osten in das Landesinnere des Westens, die gigantischen Investitionen in alternative Energiequellen – all das zeigt – jedenfalls momentan – die Kraft des Primats der Politik. Giovanni Arrighi sieht für China aufgrund der Größe der Bevölkerung und der gigantischen ökologischen Probleme sogar eine **Modellrolle** für die Welt:

„Was Marx über das Proletariat sagt, das es sich nicht emanzipieren kann, ohne die ganze Gesellschaft zu emanzipieren, gilt mit größerer Wahrheit für das chinesische Proletariat und für China selbst, als es je für das britische oder US-amerikanische Proletariat zutreffend war. Denn China kann sich nicht emanzipieren, ohne dass es zum Beispiel ökologische Lösungen, neue Konsummuster, neue Produktionstechnologien erarbeitet. Andernfalls ersticken sie sich selbst, bevor sie die ganze Welt ersticken...Wenn China sich erhebt und Konsum-, Produktions-, Demokratiemuster entwickelt, die viel globalisierbarer sind als die Muster, die sich im kleinen, aber dominanten Universum des Westen entwickelt haben,..dann kann es ein alternatives Modell für die Welt entwickeln.
Wird das geschehen?
Ich weiß es nicht.
Ist es möglich?
Ich denke ja!
Ist es wahrscheinlich?
Ich weiß es nicht.

---

1) Giovanni Arrighi: „Die verschlungenen Pfade des Kapitals"(2009), und „Adam Smith in Peking" (2008) beide bei VSA

2) Perry Anderson: „Two Revolutions", New Left Review 2010, deutsch im Juni 2010 in „Lettre 89"

3) Domenico Losurdo:"Flucht aus der Geschichte? Die russische und die chinesische Revolution heute", Neue Impulse Verlag 2009

4) Dokumentiert u.a. in „Sand im Getriebe – Bibliothek Nr.5","5Jahre WSF – Aufruf von Bamako" http://www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/sand-im-getriebe-bibliothek

5) Siehe meine Besprechung von Arrighis „Adam Smith in Peking" in „Argument 283,S.844 und SiG: http://sandimgetriebe.attac.at/8259.html

6) W.F.Haug:in "Grosser Widerspruch China" Das Argument 268/ Berlin2006, S.4

7) Was für ein Unterschied zu dem auch von Marxisten häufig diffamierend gebrauchten Begriff „asiatische Produktionsweise" (zuletzt von Michael Schneider, „Blätter" 3/2010)

8) Autor eines Buches über Gramsci und eine grandiosen zweibändigen Auseinandersetzung mit Nietzsche, dem aristokratischen Rebell"(Argument-Verlag)

9) Die Autoren meiden den Begriff „Marktsozialismus", der die Konzessionen verewigen würde. NÖP ist das Konzept einer bestimmten transitorischen Etappe auf dem Weg zum Sozialismus, nicht der Sozialismus selbst. Jugoslawien hatte sich an einem solchen Konzept orientiert und ist damit letzendlich gescheitert, weil die mit jeder Marktwirtschaft verbundenen regionalen und sozialen Polarisierungen außer Kontrolle gerieten. Siehe dazu „Zur Kritik der Sowjetökonomie", Hrg. Peter Strotmann, Berlin, Wagenbach 1968, besonders die Beiträge von Ernest Mandel und Charles Bettelheim

10) Losurdo befindet sich hier im Einklang mit dem gegenwärtigen Programm der KPCh. Nach den vielen Turbulenzen der vergangenen 60 Jahre hat sich die KP Chinas auf eine Programm geeinigt, in dem sie am Ziel der klassenlosen Gesellschaft fest hält: „Das höchste Ideal und das endgültige Ziel der Partei ist die Verwirklichung des Kommunismus." Allerdings geht sie von einem langen historischen Prozess aus. „Unser Land befindet sich in der Anfangsetappe des Sozialismus und es wird sich lange Zeit in dieser Etappe befinden...Dafür ist ein Zeitraum von über 100 Jahren erforderlich."
Die Sozialismusvorstellungen haben sich häufig geändert, der weite Zeithorizont war allerdings immer ihr Kern. Momentan wird der Entwicklung der Produktivkräfte oberste Priorität zugewiesen, allerdings werden die sozialen Konflikte auch nicht ganz verschwiegen: "Auf Grund innerer Faktoren und des internationalen Einflusses gibt es noch lange Zeit in bestimmten Maße Klassenkampf, er kann sich unter bestimmten Bedingungen auch zuspitzen, aber er ist bereits nicht mehr der Hauptwiderspruch....Es wird das neue sozialistische Dorf errichtet, es wird ein neuer Weg der Industrialisierung chinesischer Prägung beschritten, ein innovatives Land, eine Ressourcen sparende und umweltfreundliche Gesellschaft aufgebaut."Programm der KPChi-nas in Rolf Berthold:"Chinas Weg,60Jahre VRCh"Berlin 2009 (S.272) Darum geht der Kampf!..."(89)

(aus der aktuellen LUNAPARK21)

China: Krisen neutral – neo-hegemonial – Kapital sozial?
Karl Heinz Roth · China: Hauptgewinner der Krise. Und dann?
Tomasz Konicz · Neue Hegemonialmacht – und ihre Grenzen
Andre Gunder Frank · Hat China als Weltmacht nur pausiert?
Winfried Wolf · Selbstmorde & Streik: Foxconn und Honda in China
Lexikon Georg Fülberth · Subalterner Sozialismus

In der Nummer 10:
Euro-Krise, Griechenland & Gegenwehr
Lucas Zeise / Hannes Hofbauer / Winfried Wolf ·
Zum Attac Banken-Tribunal / Feminismus & Ökonomie
Soziales und Gegenwehr / Peripherie und Zentrum
u.v.m.

http://www.lunapark21.net

China: Positionspapier der Alten Revolutionäre

zur gegenwärtigen Aktivitätswelle von Worker Action China, von Li Chengrui et al.

Stützt die Verfassung, respektiert und sichert die Menschenrechte, unterstützt den gerechten Kampf der Honda-Arbeiter, verurteilt das unmenschliche Management von Foxconn (6. Juni 2010)

An: Generalsekretär Hu Jintao und die Mitglieder des ZK, Wu Bangguo , Vorsitzender des Volkskongresses, Premierminister Wen Jiabao, die Vizepremierminister und die Mitglieder des Staatsrates, an alle chinesischen Landsleute und alle Medienstellen:

Vor kurzem hat es in unserem Land zahlreiche Vorfälle gegeben, die auf **verstärkte soziale Widersprüche** hinweisen. Nach Medienberichten hat die in Shenzen ansässige und von Taiwan finanzierte Firma Foxconn Arbeiter wie Maschinen (oder schlimmer noch: als Ersatzteile!) behandelt, um Profit für das Unternehmen zu erwirtschaften. Dabei hat sie ein unmenschliches Managementsystem eingeführt, das Seele und Gesundheit der Arbeiter in einem solchen Maße zerstört, dass einige von ihnen das Leben nicht mehr als lebenswert empfunden haben. Dreizehn Arbeiter dieser Firma haben sich innerhalb eines kurzen Zeitraumes zu Tode gestürzt. Ihr tragischer Tod bricht uns das Herz. Diese Situation ist ein Schock für die Welt!

Mit ihrem Standort in Foshan, Guangdong ist die Honda Auto Parts Manufacturing Co.GmbH eine Firma in japanischem Besitz. Während der kapitalistische Eigentümer einen gewaltigen Profit erzielt, sind die Löhne zu niedrig, um den Lebensunterhalt der Arbeiter zu sichern. Zudem vertritt die Gewerkschaft nicht die Interessen der Arbeiter. In ihrem Kampf für Lohnsteigerung und Gewerkschaftsreform sind beinahe zweitausend Arbeiter in den Streik getreten. Das japanische Management hat aber nur eine geringe Lohnerhöhung zugestanden, die weit von dem entfernt ist, was die Arbeiter verlangten. Ferner verlangte das Management von den Arbeitern in unverantwortlicher Weise, eine „Kein-Streik"-Verpflichtung zu unterzeichnen und drohte an, solche Arbeiter zu feuern, die doch an einem Streik teilnehmen.
Tatsächlich sind zwei Arbeiterführer auf die Straße gesetzt worden.

Andere Vorfälle, von denen die Medien berichten, zeigen ebenfalls einen **zunehmenden Konflikt zwischen Kapital und Arbeit**. Einige Arbeiter der Chongqing Qijiang Getriebe GmbH wurden gezwungen an Wochenenden Überstunden zu erbringen und starben an Überarbeitung. Andauernde Erschöpfung, niedrige Bezahlung und Korruption des Managements haben Arbeiter veranlasst zu streiken. Beinahe 1 700 Arbeiter des Taisheng Möbelunternehmens in Dongguan, Provinz Guangdong führten einen dreitägigen Streik durch, um gegen Überbelastung und niedrige Bezahlung zu protestieren. Mehr als tausend Arbeiter der Ersatzteilfirma, die Hyundai in Beijing beliefert, streikten für höhere Löhne. Arbeiter der Lanzhou Vinylon Company traten in den Streik, weil sie ihren Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten können. In Datong City (Provinz Shanxi) wurde das Staatsunternehmen Xinghuo Pharmazie in den Bankrott getrieben und zahlreiche Petitionen der arbeitslosen Arbeiter wurden abgewiesen. In der Folge veranstalteten mehr als 10 000 Menschen ein Sit-in
vor dem kommunalen Regierungsgebäude. Einige von ihnen wurden von bewaffneten Polizeikräften zusammengeschlagen. Streikende Arbeiter der Pingdingshan Baumwollspinnerei (Provinz Henen) wurden von Schlägern brutal verprügelt, die in Polizeifahrzeugen herangekarrt wurden. Das Ergebnis waren Verletzungen bei vielen weiblichen Arbeitnehmern. In Shenzhen wurden die Namen von Arbeitern, die den Kampf um den Schutz von Arbeiterrechten und für die Zahlung ausstehender Löhne anführen, auf verschiedene schwarze Listen gesetzt, wodurch es für sie sehr schwierig wird eine Anstellung zu finden. Dies sind nur einige der jüngsten Zwischenfälle, die das Ausmaß des Problems verdeutlichen.

Insgesamt hat die Bourgeoisie die Lasten der Wirtschafskrise auf die Schultern der Arbeiter verlagert und damit einen Angriff auf sie geführt. Die Arbeiterklasse sieht sich gezwungen aufzustehen und Widerstand zu leisten. Da aber die Arbeiter in den letzten Jahren zu einer gesellschaftlich schwachen Gruppe geworden sind, denen zudem die von der Verfassung zugesicherten Grundrechte verweigert werden, befinden sie sich in einer beklagenswerten Situation, in der ihr Sterben ohne Resonanz bleibt, ihre Streikaktionen ohne Unterstützung und ihre Klagen ungehört. In Übereinstimmung mit der Verfassung unseres Landes, insbesondere mit den vier Grundprinzipien (1) und den Grundrechten, die allen Bürgern zustehen, veröffentlichen wir den folgenden Appell, um die gegenwärtige Situation und die damit verbundenen Probleme anzugehen.

Erstens sollten wir die Arbeiter bei Honda in Foshan und in anderen Fabriken in ihrem gerechten Kampf gegen Unterdrückung und für ihr Überleben unterstützen. Artikel 33 unserer Verfassung stellt fest, dass „der Staat die Menschenrechte respektiert und garantiert."
Das Streikrecht ist ein untrennbarer Bestandteil der Menschenrechte und ist ferner ein grundlegendes Bürgerrecht, wie es von Verfassungen überall auf der Welt gesetzt wird. Wir unterstützen fest die berechtigten Forderungen der Honda-Arbeiter bezüglich einer Änderung ihrer harten Arbeitsbedingungen und niedrigen Löhne. Ebenso stark wenden wir uns dagegen, dass vom Management mit der Entlassung von Arbeitern gedroht wird. Die zwei gefeuerten Arbeiterführer sollten ihre Arbeitsstelle sofort wieder bekommen.

Wir glauben, dass unser Aufruf von all denjenigen unterstützt wird, die für Gerechtigkeit eintreten, die Menschenrechte respektieren und die Autorität der Verfassung stützen.

Zweitens sollten wir fordern, dass Foxconn und andere ähnliche Unternehmen sofort Schluss machen mit ihren unmenschlichen und grob ausbeuterischen Managementmethoden. Wir verlangen, dass das Management Würde und Integrität der Arbeiter respektiert, die staatlichen Gesetze befolgt, die Arbeitsbedingungen verbessert, rigoros einen 8-Stunden-Arbeitstag einführt und die Arbeiter für ihre Überstunden bezahlt.
Es muss sicherstellen, dass die Arbeiter einen Lohn erhalten, der für ihren Lebensunterhalt und ihre materielle Reproduktion ausreicht. Dies ist die einzige Möglichkeit, um Konflikte zwischen Arbeit und Kapital zu entschärfen und so genannte

´psychologische´ Probleme zu meiden oder doch zu verringern. Den grundsätzlichen Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital durch einseitige Betonung von ´psychologischer Beratung´ zu verwischen, heißt ihn zu vertuschen und das Verhältnis von Ursache und Wirkung auf den Kopf zu stellen. Nach Medienberichten zeigten einige Selbstmordopfer auch Anzeichen von körperlichen Verletzungen durch Schläge. Ferner gab es den Verdacht, dass einige von ihnen von Gebäuden herunter gestoßen worden sind. Diese Faktoren alleine erfordern bereits eine polizeiliche Ermittlung. Die Regierungsbehörden sollten sich ernsthaft damit befassen und die Wahrheit herausfinden.

Drittens sollten die Gewerkschaften klar auf der Seite der Arbeiterklasse stehen, um die von der Verfassung vorgegebenen Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten und zu sichern. Für den Fall, dass eine gewerkschaftliche Organisation die Verfassung missachtet und nach dem Prinzip „wes Brot ich esse, des Lied ich singe" handelt, muss sie mit Verachtung und Zurückweisung der Arbeiter rechnen. In jedem Betrieb muss die gewerkschaftliche Führung von ihren Mitgliedern demokratisch gewählt werden. Verwandten und Vertretern der Bosse sollte es nicht erlaubt sein in der Gewerkschaft eine führende Position einzunehmen.
Wo dies doch der Fall ist, sollte es nicht von der übergeordneten Gewerkschaftsebene genehmigt werden. Stattdessen sollte die höherrangige Ebene den Gewerkschaftsvertretern im Betrieb dabei helfen, eine Versammlung aller Mitglieder zu organisieren und jede Gewerkschaftsvertretung vor Ort durch demokratische Wahl neu aufzubauen.

Viertens sollten Regierungsorganisationen auf allen Ebenen, vor allem aber auf kommunaler Ebene die Bürgerrechte schützen, indem sie sich streng nach dem Gesetz richten, Konflikte zwischen Arbeit und Kapital ernsthaft lösen und die Redefreiheit der Bürger sichern. Die Regierung sollte die Angelegenheit nach den Gesetzen regeln und Vorfälle vermeiden und abstellen, welche die nach Artikel 33 der Verfassung und ähnlichen Bestimmungen festgelegten grundsätzlichen Bürgerrechte verletzen. Sie sollte sich in Eigeninitiative dem Gesetz gemäß mit Konfliktfällen zwischen Arbeit und Kapital befassen.
Praktiken, bei denen die vernünftigen Forderungen der Arbeiter entweder durch Untätigkeit oder Parteinahme für das Management missachtet werden, sind mit Entschlossenheit abzustellen. Um das Recht der Menschen auf Information und Kontrolle zu sichern, sollten die Medien frei agieren und wahrheitsgemäß über Arbeitskonflikte sowie in anderen Fällen berichten und Stimmen aus dem Volke ohne Behinderung und Störung verbreiten können.

Fünftens rufen wir auf zur Wiedereinsetzung der Arbeiterklasse in die Position der führenden Klasse unseres Landes sowie zur Wiederherstellung des sozialistischen Gemeineigentums als Hauptsäule unserer nationalen Wirtschaft. Artikel 1 unserer Verfassung besagt, dass *„die Volksrepublik China ein von der Arbeiterklasse auf der Basis eines Bündnisses von Arbeitern und Bauern geführter sozialistischer Staat ist"*. In Artikel 6 heisst es *„die Grundlage der sozialistischen Wirtschaft in der Volksrepublik China ist das sozialistische Gemeineigentum an den Produktionsmitteln, das heisst es ist Volkeigentum und das kollektive Eigentum der Arbeiterschaft."* „In der unentwickelten Phase des Sozialismus sollte der Staat ein Wirtschaftssystem mit Gemeineigentum als Grundlage und mit begleitender Entwicklung durch andere Eigentumsformen aufbauen. Die Verteilung sollte hauptsächlich nach dem Prinzip ´jeder nach seiner Arbeitsleistung´ erfolgen, bei gleichzeitiger Existenz anderer Verteilungsschlüssel." Die KP China muss die echte Avantgarde der Arbeiterklasse sein, ihre politische Führungsrolle stärken und die demokratische Diktatur des Volkes festigen. Wir rufen auf zur Wiederherstellung des sozialistischen Gemeineigentums als wichtigstem Teil der nationalen Wirtschaft. Nur so können Arbeiter, Bauern und das Volk insgesamt die Herren der Unternehmen und des Landes werden und dabei wahrhaft ein hauptsächlich auf der anteiligen Arbeitsleistung basierendes Verteilungssystem durchsetzen. Gegenwärtig ist es unbedingt notwendig die Arbeitsbedingungen zu verbessern sowie die Löhne und Zusatzleistungen in der privaten Wirtschaft (finanziert durch nationale und ausländische Investitionen). Es ist absolut gerecht die Kämpfe der Arbeiter für dieses Ziel aktiv zu unterstützen. Aber insofern, als die kapitalistische Privatwirtschaft anstatt der sozialistischen Gemeinwirtschaft dominiert, kann die Arbeiterklasse unter Ausbeutungsbedingungen weder ihre schwache Position verändern, noch das ungerechte Verteilungssystem und die Kluft zwischen Arm und Reich. Unter diesen Bedingungen ist es auch unmöglich unsere exportorientierte Wirtschaft in eine solche zu verwandeln, die unabhängig und autonom ist – mit dem Bestreben die materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Menschen im Lande zu befriedigen.

Auf der Grundlage der gegenwärtigen Bedingungen wird es nur durch einen langfristigen Kampf möglich sein die Arbeiterklasse wieder in ihre Führungsrolle einzusetzen und die nationale Wirtschaft dahingehend zu verändern, dass sie primär auf Gemeineigentum basiert.
Als Richtlinie haben wir den Marxismus-Leninismus in der Ausprägung durch Mao-Tse Tung und wir haben die Verfassung als unser legales Instrument, insbesondere die in ihrem Kern angelegten 4 Grundprinzipien. Die Art von sozialistischer Modernisierung, die wir vertreten, entspricht den Interessen des größten Bevölkerungsteils und stimmt mit der historischen Entwicklung der Menschheit überein. Wenn alle die Menschen, welche den Sozialismus unterstützen, ihr Heimatland lieben und die Verfassung befolgen, vereint und beharrlich handeln, dann wird es uns im Laufe eines langfristigen Kampfes möglich sein unser Ziel zu erreichen.

Unterzeichner:
Li Chengrui (früherer Direktor des staatlichen Statistikamtes)
Gong Xiantian (Professor an der Universität von Beijing)
Han Xiya (ehemaliger alternierender Sekretär des Sekretariats des chinesischen Gewerkschaftsbundes)
Liu Rixin (ehemaliger Forscher bei der staatlichen Planungskommission)
Zhao Guangwu (Professor an der Universität von Beijing)

Anmerkung
(1) Die 4 Grundprinzipien umfassen Sozialismus, die demokratische Diktatur durch das Volk, die Führungsrolle der KP und den Marxismus-Leninismus in der Ausprägung durch Mao-Tse Tung
……

Die oben stehende Stellungnahme wurde zuerst durch die China Study Group veröffentlicht (http://chinastudygroup.net/2010/06/old-revolutionaries-on-the-present-upsurge/
Die chinesische Version ist verfügbar bei Critique & Transformation. (http://critiqueandtransformation.wordpress.com/)

mrzine.monthlyreview.org/2010/china150610.html

Übersetzung: G. Kramann, coorditrad

Weitere chinesische Stimmen unter:
http://www.forumdesalternatives.org/FR/viewpage.php?page_id=17&banner_id=11&pagina_actual=3
(Beiträge anlässlich der gemeinsamen Tagung vom Forum Mondial des Alternatives und der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Februar 2010 in Brüssel, http://www.forumdesalternatives.org/EN/viewpage.php?page_id=20&banner_id=11)

Noam Chomsky

Die „iranische Gefahr“

28.06.2010 — ZNet

Eine brandgefährliche Bedrohung durch den Iran sei die schwerwiegendste außenpolitische Krise der Obama-Administration. Davon gehen weite Kreise aus.
Soeben hat der US-Kongress die Sanktionen gegen den Iran verschärft - sie beinhalten noch härtere Strafen gegen ausländische Unternehmen. Auf der afrikanischen Insel Diego Garcia baut die Obama-Administration ihre Offensivkapazitäten rapide aus. Die Insel wird von Großbritannien beansprucht. Die Bevölkerung wurde vertrieben, damit die USA eine immense Basis errichten konnten - um im Mittleren Osten und in Zentralasien anzugreifen. Wie die US-Navy berichtet, wurde ein U-Boot-Begleitschiff nach Diego Garcia entsandt, um die atombetriebenen Unterseeboote - geeignet für Fernlenkwaffen -, mit Tomahawk-Raketen auszustatten Tomahawks können zudem mit nuklearen Gefechtsköpfen ausgestattet werden. Jedes dieser U-Boote, so heißt es, besitze die Schlagkraft eines typischen Kampfverbandes mit Trägerschiff (carrier battle group). Die Zeitung 'Sunday Herald' (Glasgow) gelangte in den Besitz eines Frachtbriefes der US-Navy, aus dem hervorgeht, dass zu den wichtigsten militärischen Rüstungsgütern, die Obama verschickt hat, auch so genannte "Bunkerknacker" ("bunker busters") gehören, die eingesetzt werden, um harte, unterirdische Strukturen in die Luft zu jagen. Sie sind die stärksten Bomben im Arsenal - abgesehen von den Atomwaffen. Die Planungen für die "massiv schlagkräftigen Penetratoren" waren bereits von der Bush-Administration in die Wege geleitet worden. Allerdings hatte sich die Sache in die Länge gezogen. Kaum war Obama im Amt, beschleunigte er die Umsetzung. Diese Waffen sollen nun einige Jahre früher verlegt werden als geplant und sind speziell gegen den Iran gerichtet.

Dan Plesch, Direktor des 'Center for International Studies and Diplomacy' an der University of London, sagt: "Die Aufrüstung wird total beschleunigt, um den Iran zu zerstören". Und weiter: "Schon heute sind US-Bomber und -Langstreckenraketen in der Lage, 10 000 Ziele im Iran binnen weniger Stunden zu zerstören", so Plesch. "Die Feuerkraft der US-Streitkräfte hat sich seit 2003 vervierfacht". Unter Obama hat sich diese Entwicklung beschleunigt.

Die arabische Presse berichtet, dass eine amerikanische Flotte (inklusive eines israelischen Schiffes) durch den Suezkanal gekreuzt sei und sich nun auf dem Weg in den Persischen Golf befinde. Sie habe die Aufgabe, "die Sanktionen gegen den Iran umzusetzen und die Schiffe in den Iran und aus dem Iran zu kontrollieren".
In britischen und israelischen Medien wird berichtet, dass Saudi-Arabien einen Luftkorridor für israelische Bombenflüge gegen den Iran zur Verfügung stellen will (was von Saudi-Arabien bestritten wird).
Der Vorsitzende des US-Generalstabs ('Joint Chiefs of Staff' (JCS)), Admiral Michael Mullen, hat soeben Afghanistan besucht, um den Nato-Verbündeten zu versichern, dass die USA nicht von ihrem Kurs abrücken werden - nachdem General McChrystal durch seinen Vorgesetzten General Petraeus, ersetzt worden ist. Danach machte Mullen noch einen Abstecher nach Israel, um sich mit dem Generalstabschef der IDF, Gabi Ashkenazi und weiteren hochrangigen Militärs sowie mit Geheimdienst- und Planungseinheiten zu treffen. Dies fand im Rahmen des alljährlichen Strategiedialogs zwischen Israel und den USA, in Tel Aviv, statt. Im Mittelpunkt des Treffens standen, so die 'Haaretz', "Vorbereitungen, die sowohl Israel als auch die USA", treffen würden, "hinsichtlich eines Irans mit möglicherweise nuklearen Kapazitäten". Wie die 'Haaretz' berichtet, habe Mullen betont: "Ich versuche, Herausforderungen immer aus israelischer Sicht zu sehen". Mullen und Ashkenazi stehen in regelmäßigem Kontakt zueinander und verfügen über eine sichere Leitung.

Die zunehmenden Drohungen mit einer Militäraktion gegen den Iran stellen natürlich einen Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen dar. Insbesondere verstoßen sie gegen UN-Sicherheitsratsresolution 1887, die im September 2009 verabschiedet wurde. Sie bekräftigt jenen an alle Staaten gerichteten Appell, Atomstreitigkeiten friedlich beizulegen - gemäß der Charta der Vereinten Nationen, die den Einsatz von Gewalt, aber auch DIE DROHUNG mit Gewalt, verbietet.

Mehrere renommierte Analysten schildern die angebliche iranische Bedrohung in einer geradezu apokalyptischen Begrifflichkeit. So warnt Amitai Etzioni: "Die USA müssen den Iran konfrontieren oder den Mittleren Osten aufgeben" - darunter geht es nicht. Falls das Atomprogramm des Iran Fortschritte mache, so betont Etzioni, würden sich die Türkei, Saudi-Arabien und weitere Staaten auf die neue iranische "Supermacht zubewegen". Etwas weniger aufgeregt könnte man es auch so formulieren: Vielleicht würde sich ein regionales Bündnis herausformen, das unabhängig wäre von den USA. Im amerikanischen Armeejournal 'Military Review' drängt Etzioni auf einen Angriff der USA - nicht nur gegen iranische Nuklearanlagen sondern auch gegen die nicht nuklearen Militäranlagen und gegen die Infrastruktur (sprich: gegen die Zivilgesellschaft). "Eine Militäraktion dieser Art wäre das Gleiche wie Sanktionen - (sie würde) 'Schmerzen', mit dem Ziel einer Verhaltensänderung, verursachen - allerdings durch sehr viel mächtigere Mittel", so Etzioni.

Worin besteht die Bedrohung durch den Iran eigentlich?

Lassen wir die grauenhafte Sprache einmal beiseite und fragen uns: Worin besteht die Bedrohung durch den Iran eigentlich?

Eine maßgebliche Antwort liefert eine Studie des 'International Institute of Strategic Studies' vom April 2010. Sie trägt den Titel: "Military Balance 2010'. Zweifellos stellt das brutale klerikale Regime des Iran eine Gefahr für seine eigene Bevölkerung dar. Allerdings rangiert es in dieser Hinsicht nicht sonderlich weit oben auf der Skala, verglichen mit anderen (Regimen) in der Region, die Verbündete der USA sind. Doch darum geht es dem oben erwähnten Institut nicht. Vielmehr macht es sich Sorgen, ob der Iran der Region und der Welt gefährlich werden könnte.
Die Studie stellt klar, dass vom Iran keine militärische Gefahr ausgeht. Die iranischen Militärausgaben seien "relativ niedrig - im Vergleich zu denen der restlichen Region" - und betragen nur 2 Prozent dessen, was Amerika in dieser Hinsicht ausgibt. Die iranische Militärdoktrin sei strikt "defensiv.... darauf abzielend, eine Invasion abzubremsen und bei Hostilitäten diplomatische Lösungen durchzusetzen". Der Iran sei "nur eingeschränkt fähig, jenseits seiner Grenzen Gewalt einzusetzen". Was die nuklearen Möglichkeiten des Iran angeht, heißt es in der oben erwähnten Studie: "Das iranische Atomprogramm und der Wille (des Iran), sich die Möglichkeit offen zu halten, Atomwaffen zu entwickeln, sind ein zentraler Bestandteil seiner Abschreckungsstrategie".

Der Iran stellt also keine militärische Gefahr dar. Das heißt jedoch noch lange nicht,

dass Washington ihn tolerieren kann. Mit seinem Abschreckungspotential übt der Iran eine illegitime Souveränität aus, die den globalen Zielen der USA in die Quere kommt. Vor allem gefährdet es die Kontrolle der USA über die Energieressourcen des Mittleren Ostens - denen (US-)Planer schon seit dem Zweiten Weltkrieg hohe Priorität einräumen, da sie die "substantielle Kontrolle über die Welt" garantieren, wie A. A. Berle, eine dieser einflussreichen Figuren, einmal als Ratschlag angeführt hat.

Aber die Bedrohung durch den Iran geht nicht allein von dessen Abschreckungspotential aus. Der Iran versucht, seinen Einfluss auszuweiten. In der oben genannten Studie wird dies so formuliert: Der Iran "destabilisiert" die Region. Wenn die USA in Nachbarstaaten des Iran einmarschieren und sie militärisch besetzen, nennt man das "Stabilisierung". Wenn der Iran seinen Einfluss auf Nachbarländer auszudehnen versucht, ist das "Destabilisierung" und schlichtweg illegal. An dieser Stelle ist anzumerken, dass diese vielsagende Wahl der Begriffe bereits Routine ist. So gebrauchte der prominente außenpolitische Analyst James Chace (ein ehemaliger Redakteur des wichtigsten Journals des Establisments: "Foreign Affairs'), den Begriff 'Stabilität' technisch durchaus korrekt, als er erläuterte, man müsse Chile "destabilisieren" (indem man die gewählte Regierung Allende stürzt und die Pinochet-Diktatur installiert), um für das Land "Stabilität" zu erreichen.

Was die Verbrechen des Iran angeht, so heißt es in der oben genannten Studie weiter, der Iran unterstütze den Terrorismus, indem er den wichtigsten politischen Kräften (falls Wahlen überhaupt zählen) im Libanon und in Palästina - nämlich Hisbollah und Hamas - den Rücken stärke. Bei den letzten allgemeinen Wahlen im Libanon (2009) konnte das Bündnis rund um die Hisbollah einen bequemen Sieg heimfahren. Die Hamas gewann 2006 die Wahlen in Palästina. Die USA und Israel sahen sich daraufhin gezwungen, eine harsche und brutale Belagerung über Gaza zu verhängen - um jene 'Kretins' zu bestrafen, weil sie bei einer freien Wahl falsch gewählt hatten. Es war die einzige relativ freie Wahl in der arabischen Welt. Wenn die Eliten durch Meinungsäußerungen zum Ausdruck bringen, dass sie sich durch Demokratie bedroht fühlen und etwas dagegen unternehmen, ist das normal. Doch dies (Gaza) ist ein reichlich krasser Fall - vor allem angesichts der massiven Unterstützung der USA für die Diktaturen in der Region und angesichts Obamas Lobhudelei für den brutalen ägyptischen Diktator Mubarak, während Obamas Reise nach Kairo, um seine berühmte Rede an die muslimische Welt zu halten.

Die terroristischen Aktivitäten, die der Hamas bzw. der Hisbollah zugeschrieben werden, verblassen im Vergleich mit dem amerikanisch-israelischen Terror in der Region. Dennoch sollte man einen Blick darauf werfen.
Am 25. Mai feiert der Libanon seinen Nationalfeiertag - den 'Tag der Befreiung'. Man gedenkt des israelischen Rückzugs aus dem Südlibanon, der nach 22 Jahren erfolgt war. Dieser Rückzug war das Resultat des Hisbollah-Widerstands. Israelische Autoritäten (wie Ephraim Sneh) sprechen in diesem Zusammenhang von "iranischer Aggression" gegen Israel - im israelisch besetzten Libanon.
Auch das entspricht dem normalen imperialen Sprachgebrauch. Präsident John F. Kennedy verurteilte den "Angriff von Innen - (und) der wird vom Norden manipuliert". Damit war der Angriff des südvietnamesischen Widerstands gegen Kennedys Bomber, gegen die chemische Kriegsführung, gegen die Vertreibung vietnamesischer Bauern (in Lager, die praktisch Konzentrationslager waren) und andere gutartige Maßnahmen dieser Art gemeint. Selbst Kennedys damaliger UN-Botschafter Adlai Stevenson, ein Held der Liberalen, kritisierte die "interne Aggression". Wenn also Nordvietnamesen ihre Landsleute im von den USA besetzten Süden unterstützten, war das "Aggression" und daher eine nicht zu tolerierende Einmischung in Washingtons gerechte Mission. Auch die Kennedys-Berater, Arthur Schlesinger und Theodore Sorenson, die als Tauben galten, priesen Washingtons Intervention, um die "Aggression" in Südvietnam zurückzuwerfen. Diese so genannte "Aggression" wurde vom einheimischen Widerstand durchgeführt (was die beiden Berater wissen mussten - zumindest, wenn sie die Berichte des amerikanischen Geheimdienstes lasen).
1955 gab der amerikanische Generalstab (JCS) mehrere Definitionen von "Aggression" heraus, darunter die Definition für "Aggression ohne Waffen, wie zum Beispiel politische Kriegsführung oder Subversion". Wenn es im Innern eines Landes zum Aufstand gegen einen von den USA verordneten Polizeistaat kommt, ist das so ein Beispiel - oder eben jene Wahlen mit dem falschen Ergebnis. Auch in Akademikerkreisen und in politischen Kommentaren ist dieser Sprachgebrauch normal. Er macht auch Sinn - unter der vorherrschenden Annahme, dass Wir Die Welt Besitzen.

Die Hamas widersetzt sich der israelischen Militärbesatzung und den illegalen, brutalen Aktionen der Israelis in den besetzten Gebieten. Man wirft der Hamas vor, sie anerkenne Israel nicht (politische Parteien pflegen es nicht, Staaten anzuerkennen). Dagegen verweigern die USA und Israel nicht nur die Anerkennung Palästinas, sondern sorgen seit Jahrzehnten dafür, dass Palästina nicht wirklich Gestalt annehmen und somit existieren kann; das Wahlprogramm der israelischen Regierungspartei von 1999 schließt die Existenz eines Palästinenserstaates aus.

Man wirft der Hamas vor, Raketen auf israelische Grenzsiedlungen abzufeuern. Das sind zweifellos kriminelle Akte. Allerdings entsprechen sie nur einem Bruchteil dessen, was Israel Gaza an Gewalt antut (von anderen Orten ganz zu schweigen). An dieser Stelle ist es wichtig, im Hinterkopf zu behalten, dass die USA und Israel sehr genau wissen, wie sie jenen Terror stoppen könnten, den sie so leidenschaftlich bejammern. So gibt Israel offiziell zu, dass 2008 keine Hamas-Raketen gegen Israel abgefeuert wurden, solange Israel den Waffenstillstand mit der Hamas, zumindest teilweise, einhielt. Israel lehnte das Angebot der Hamas ab, diesen Waffenstillstand zu erneuern und zog es vor, die mörderische, zerstörerische 'Operation Gegossenes Blei' (Operation Cast Lead) gegen Gaza durchzuführen. Das war im Dezember 2008. Die USA standen ohne Wenn und Aber hinter dieser überschäumend mörderischen Aggression - für die es nicht die geringste glaubwürdige rechtliche oder moralische Rechtfertigung gab.

Innerhalb der muslimischen Welt stellt die **Türkei** das Demokratiemodell dar - wenngleich mit ernsthaften Mängeln behaftet. Die Wahlen in der Türkei sind relativ frei. Die Türkei wurde/wird von den USA harsch kritisiert. Der extremste Fall war wohl, als die türkische Regierung sich weigerte, beim Einmarsch in den Irak mitzumachen und damit der Haltung von 95% ihrer Bevölkerung Rechnung trug. Die Türkei erntete harsche Kritik aus Washington: Sie habe nicht begriffen, wie eine demokratische Regierung sich verhalten soll, hieß es. Schließlich verstehen wir unter Demokratie, dass der Meister die Politik bestimmt und nicht die (fast einstimmige) Meinung des Volkes.

Erneut zog sich die Türkei den Zorn der US-Regierung zu - diesmal unter Obama - als sie, gemeinsam mit Brasilien, einen Deal mit dem Iran arrangierte, mit dem Ziel, die iranische Urananreicherung einzuschränken. Obama hatte diese Initiative in einem Brief an den brasilianischen Präsidenten Lula da Silva gelobt - offensichtlich in der Annahme, sie würde scheitern und dieses Scheitern wäre eine Propagandawaffe gegen den Iran. Als die Initiative allerdings erfolgreich war, rasten die USA vor Zorn und beeilten sich, die Initiative zu untergraben, indem sie im UN-Sicherheitsrat eine Resolution durchdrückten, die neue Sanktionen gegen den Iran enthielt und so bedeutungslos war, dass China fröhlich mitmachte (unter der berechtigten Annahme, dass die Sanktionen allenfalls den westlichen Interessen schaden

würden (im Wettbewerb mit China um iranische Ressourcen)). Wieder einmal hatte Washington frontal agiert - um sicherzustellen, dass niemand sich in die Kontrolle der USA über diese Region einmischt.

Es war nicht überraschend, dass die Türkei (und Brasilien) im Sicherheitsrat gegen die US-Sanktionen stimmte. Der Libanon, das zweite Land aus der Region mit einem Sitz im Sicherheitsrat, enthielt sich der Stimme. Diese Aktionen konsternierten Washington zusätzlich. Philip Gordon, Top-Diplomat der Obama-Regierung für europäische Angelegenheiten, warnte die Türkei, ihre Handlungsweise würde in Amerika nicht verstanden werden. Die Türkei müsse nun "demonstrieren, dass sie zu einer Partnerschaft mit dem Westen" stehe, so Associated Press (AP). Dies sei eine "selten harte Rüge gegen einen entscheidenden Nato-Bündnispartner" gewesen, so AP.
Auch bei der politischen Klasse ist der Groschen gefallen. Für Steven A. Cook - Akademiker, des 'Council on Foreign Relations -', lautet die kritische Frage: "Wie können wir die Türken im Zaum halten?" Damit sie - wie gute Demokraten - Befehle befolgen. Eine Schlagzeile der 'New York Times' brachte die weit verbreitete Stimmung auf den Punkt: 'Iran Deal Seen As Spot on Brazilian Leader's Legacy' (Iran-Deal wird als Makel im Vermächtnis des brasilianischen Regierungschefs betrachtet). Oder anders gesagt: Tu', was wir dir sagen, oder...

Nichts weist darauf hin, dass andere Länder in der Region die US-Sanktionen mehr begrüßen würden als die Türkei. Vor kurzem trafen sich Vertreter des Iran und des gegenüberliegenden Nachbarn Pakistan in der Türkei und unterzeichneten ein Abkommen über eine neue Pipeline. Noch mehr beunruhigen dürfte Amerika allerdings die Tatsache, dass diese Pipeline bis nach Indien führen könnte. 2008 unterzeichneten die USA mit Indien einen Vertrag, in dem die USA eine Förderung des indischen Atomprogramms - und indirekt auch des indischen Atomwaffenprogramms - zusagen. Damit wollte Amerika erreichen, dass Indien sich nicht an eben dieser Pipeline beteiligt - meint Südostasien-Berater Moeed Yusuf, der für das 'United States Institute of Peace' tätig ist. Diese Sicht ist weit verbreitet. Indien und Pakistan sind zwei von drei Atommächten (der dritte ist Israel), die sich weigern, dem Atomwaffensperrvertrag (NPT) beizutreten. Alle Drei haben ihre Atomwaffen mit amerikanischer Unterstützung entwickelt - und diese Unterstützung dauert weiter an.

Atomwaffenfreie Zone einrichten!

Kein Mensch mit gesundem Menschenverstand wünscht sich, dass der Iran Atomwaffen entwickelt - oder irgendein anderes Land. Ein offensichtlich möglicher Weg, um diese Gefahr zu reduzieren oder gar zu eliminieren, wäre die Einrichtung einer Atomwaffenfreien Zone (Nuclear Weapons Free Zone (NWFZ)) im Nahen/Mittleren Osten. Auf der Konferenz zum Atomwaffensperrvertrag Anfang Mai 2010, die im Hauptsitz der Vereinten Nationen stattfand, kam das Thema (erneut) zur Sprache. Ägypten hat derzeit den Vorsitz der 118 Blockfreien Staaten und schlug in dieser Funktion vor, die Konferenz solle einen Plan unterstützen, der zur Aufnahme von Verhandlungen über eine NWFZ im Nahen/Mittleren Osten im Jahr 2011 aufrufen würde. Der Westen - einschließlich die USA - hatte einer solchen Zone bereits 1995, auf der damaligen Review-Konferenz zum Atomwaffensperrvertrag, zugestimmt.

Formal hält sich Washington an seine Zusage, verlangt allerdings, dass Israel ausgeklammert wird - und deutete nicht an, dass es sich selbst angesprochen fühlt. Auf der Konferenz zum Atomwaffensperrvertrag sagte Außenministerin Hillary Clinton, die Zeit für eine solche Zone sei noch nicht reif. Gleichzeitig bestand Washington darauf, dass kein Antrag, der von Israel verlangt, sein Atomwaffenprogramm unter die Aufsicht der Internationalen Atomenergieaufsichtsbehörde (IAEA) zu stellen, zu akzeptieren sei. Ebenso wenig akzeptabel sei ein solcher Antrag, wenn er an die Unterzeichner des Atomwaffensperrvertrages (vor allem aber an die USA), appelliere, Informationen über "Israels Atomanlagen und -Aktivitäten, einschließlich Informationen über Atomlieferungen an Israel, die in jüngster Zeit erfolgten", preiszugeben. Obamas Taktik, solchen Dingen aus dem Weg zu gehen, besteht darin, die Position Israels zu übernehmen. Und die sieht so aus: All diese Vorschläge sind davon abhängig, ob ein umfassendes Friedensabkommen zustande kommt - etwas, das Amerika bis in alle Ewigkeit hinauszögern kann (wie es das in den letzten 35 Jahre getan hat (mit einigen wenigen, zeitlich begrenzten Ausnahmen)).

Zur gleichen Zeit, so berichtete AP, rief Yukiya Amano, der Chef der Internationalen Atomenergieaufsichtsbehörde (IAEA), die Außenminister der 151 Mitgliedsstaaten dazu auf, ihre Meinung zu sagen, wie man eine Resolution zustande bringen könnte, die Israel dazu auffordert, dem Atomwaffensperrvertrag beizutreten und seine Nuklearanlagen für die Inspektionen der IAEA zu öffnen.

Wenig berichtet wird allerdings darüber, dass die USA und Großbritannien bereits die Sonderverpflichtung eingegangen sind, sich für die Einrichtung einer Atomwaffenfreien Zone im Nahen/Mittleren Osten einzusetzen. Es war vor dem Irak-Einmarsch 2003. Beim Versuch, den Einmarsch - notdürftig - legal abzusichern, beriefen sie sich auf die Sicherheitsratsresolution 687 aus dem Jahr 1991, mit der der Irak zur Beendigung der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen aufgefordert wurde. Später behaupteten die USA und Großbritannien, dies nicht getan zu haben. Wir brauchen uns hier nicht mit ihren Ausflüchten abzugeben. Jedenfalls verpflichtet die Resolution alle Unterzeichner dazu, sich für eine Atomwaffenfreie Zone (NFWZ) im Nahen/Mittleren Osten einzusetzen.

Nebenbei sei noch erwähnt, dass die Atomwaffenfreie Zone (NFWZ), die von der Afrikanischen Union eingerichtet wurde, untergraben wird, indem die USA trotzig auf die Stationierung von Atomwaffen auf der Insel Diego Garcia beharren. Ebenso blockiert Amerika eine NFWZ im Pazifik, weil es seinen "Dependance"-Inseln nicht gestattet, bei einer solchen Zone mitzumachen. Obamas rhetorische Verpflichtung zu atomaren Abrüstung wurde sehr gelobt - er bekam sogar den Friedensnobelpreis. Ein praktischer Schritt in diese Richtung wäre die Einrichtung von Atomwaffenfreien Zonen. Eine weitere Option wäre die Streichung der Unterstützung für die Atomprogramme jener drei Staaten, die den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet haben (Israel, Pakistan, Indien). Doch wie so oft, sind Worte und Taten zwei Paar Stiefel. In diesem Fall handelt es sich sogar um ein gegensätzliches Paar Schuhe. Doch diese Tatsachen finden wenig Gehör. Anstatt die eigentliche, große Gefahr (Weiterverbreitung von Atomwaffen) mit praktischen Schritten zu verringern, unternehmen die USA große Schritte, um ihre Kontrolle über die vitalen, Öl produzierenden Regionen im Mittleren Osten zu verstärken. Und wenn kein anderes Mittel hilft, werden sie es mit Gewalt tun. Sie müssen es tun. Das ist verständlich und sogar sinnvoll - vorausgesetzt, man glaubt an die vorherrschende Imperialdoktrin.

http://www.zmag.de/artikel/die-iranische-gefahr
http://www.zcommunications.org/contents/170428/print
Übersetzt von: Andrea Noll

Die israelischen Atomwaffen und ihre Bedeutung für die Konflikte im Nahen und Mittleren Osten
von Clemens Ronnefeldt ,http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Atomwaffen/israel2.html

Fußball als friedlicher Widerstand in Palästina

Ein Fußballteam für Palästina in Bil'in

Demonstranten gegen die Apartheidmauer in Bil'in stellten aus Anlass der Eröffnung der Fussballweltmeisterschaft in Südafrika ein palästinensische Fußballteam auf, in Erinnerung an ihr Recht, eine unabhängige Nation zu sein.

Zusammen mit palästinensischen, israelischen und internationalen Teilnehmern marschierten sie zur Annexionsmauer, bauten dort ein Tor auf und begannen ein Spiel. Mehrere Bälle wurden über den Zaun gekickt und landeten auf dem Land, das sich früher im Besitz des Dorfes befand. Israelische Soldaten reagierten auf diese vollkommen friedliche Aktion mit Tränengassalven, die in die Menge gefeuert wurden.
Soldaten kamen anschließend auf die andere Seite der Mauer und verhafteten sechs Journalisten. Vier sind wieder auf freiem Fuss, zwei Journalisten, ein Palästinenser und ein Israeli, werden immer noch festgehalten. Die Tränengaskanister verursachten grosse Brände auf dem trockenen Boden um die Olivenbäume. Der Tränengasbeschuss wurde fortgesetzt, als sich Dorfbewohner zusammentaten, um die Brände gemeinsam auszulöschen.
11 Juni 2010 http://www.ism-germany.net/2010/06/11/ein-fuballteam-fr-palstine-bilin
http://www.bilin-village.org/index.htm

"Alternative" Fussballweltmeisterschaft in Gaza

(dw) Einen kurzen Video-Bericht der deutschen Welle über die "alternative" Fußballweltmeisterschaft in Gaza finden Sie hier: http://www.dw-world.de/popups/popup_single_mediaplayer/0,,5571087_type_video_struct_12323_contentId_5539226,00.html

Juden für Frieden - Schiffe nach Gaza

Wir sind eine Gruppe deutscher Juden, die Güter des alltäglichen Bedarfs nach Gaza bringen wollen,(…) wie Medikamente, Babynahrung, Wäsche, Kinderbekleidung und Lernmaterial. Auch Malutensilien und Musikinstrumente werden mit dabei sein.
Solidarität gegen die Besetzung! Gaza liegt noch immer in Trümmern. Auf den Schutthalden und Resten ihrer Häuser spielen Kinder. Spielgeräte haben sie nicht. In den Schulen fehlt es ihnen an Schreib- und Lernmaterial. Für Bücher gibt es lange Wunschlisten.
(…)Beschädigte Wasser- und Abwasser können nicht repariert werden. In den Krankenhäusern fehlen Medikamente, medizinisches Gerät, Rollstühle und Prothesen.(…) Die Palästinenser brauchen keine tönenden Versprechungen finanzieller Unterstützung, sondern echte politische Solidarität gegen die Besatzung!
Infos über die inzwischen drei jüdischen Schiffe nach Gaza: http://jewish-ship-to-gaza.jimdo.com/

"Monitor"-Sendung vom 17.6,
„**Wie eine deutsche Jüdin die israelische Seeblockade durchbrechen will**
http://www.wdr.de/tv/monitor/sendungen/2010/0617/gaza.php5

Zu der Lockerung der israelischen Blockade von Gaza erklärte die ***israelische Menschenrechtsgruppe B´Tselem*** *, Ziel sei nicht die „humanitäre Hilfe zu verbessern, sondern sie überflüssig zu machen." Gaza brauche Rohstoffe für seine Industrie und die Landwirtschaft und müsse auch exportieren können, die Einwohner Gazas bräuchten Reisefreiheit.*
Zudem legte B´Tselem einen Bericht vor, aus dem hervorgeht, dass Israel in den letzten 18 Jahren mit seiner Siedlungspolitik die Kontrolle über mehr als ***42% der West Bank*** *übernommen habe. „ (Karin Leukefeld, Junge welt vom 7.7.2010)*
Weitere Infos u.a.
http://www.btselem.org/English/Publications/Summaries/20100 7_By_Hook_and_by_Crook.asp

Amnesty International *ruft zu Protesten auf gegen Zwangsräumungen im militärisch besetzten Jordantal:*
http://www.amnesty.de/urgent-action/ua-148-2010/drohende-zwangsraeumung?destination=startseite&print=1

Weitere Infos: - Webseite der UNO: **www.ochaopt.org**
- eine israelische Webseite : **http://www.gisha.org/**

GISHA: LEGAL CENTER FOR FREEDOM OF MOVEMENT
(עיר) גישה - מרכז לשמירה על הזכות לנוע
مسلك، مركز للدفاع عن حرية الحركة

Gaza als Freiluftgefängnis, oder: Wie kann ein Bewohner von Gaza überhaupt in die Westbank gelangen?
„Safe Passage" ist ein Videospiel auf englisch, das über die Maßnahmen der israelischen Regierung informiert, um jeglichen Übergang zwischen Gaza und der Westbank zu verhindern, **http://www.spg.org.il/**

IPPNW - Schreiben an Angela Merkel:
Stoppen Sie deutsche Waffenlieferungen nach Nahost

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Merkel,

in Anbetracht der jüngsten militärischen Drohungen Israels gegenüber dem Iran appelliere ich an die deutsche Bundesregierung,
- die von Israel bestellten zwei weiteren U-Boote der Dolphin-Klasse nicht auszuliefern,
- die israelische Regierung aufzufordern, die Vorbereitungen auf einen Angriff einzustellen,
- alle deutschen Waffenlieferungen und Rüstungsgüter nach Nahost zu stoppen,
- die deutsche Produktion von atomaren Trägersystemen grundsätzlich zu verbieten,
- konkrete Schritte für die Organisation einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten einzuleiten.

Laut Bericht der Londoner Times vom 16. Juli 2009 haben zwei israelische Lenkwaffen-Korvetten der Sa'ar-Klasse und ein von Deutschland geliefertes U-Boot der Dolphin-Klasse bereits den Suezkanal durchfahren. Zudem seien israelische Kriegsschiffe ins Rote Meer verlegt worden. Am 22. Juli 2009 testete Israel eine Rakete des Typs Arrow Interceptor mit einer Reichweite von 1.000 Kilometern. Israel verfügt insgesamt über drei in Deutschland produzierte Dolphin-U-Boote, genehmigt und im Bau sind zwei weitere. Die Boote verfügen ab Werk über Torpedorohre zweier unterschiedliche Kaliber, was nur im Hinblick auf eine nukleare Bewaffnung einen Sinn ergibt. Sie sind Teil des geheimen Atomwaffenprogramms Israels und können bis weit in den Indischen Ozean hinein operieren, also unerkannt Raketen bzw. Marschflugkörper aus unmittelbarer Nähe zum Iran abfeuern.
Deutschland darf keinerlei Beihilfe für eine weitere Verschärfung des Nahostkonfliktes leisten. Laut den politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern, Absatz III, Artikel 5 dürfen Lieferungen von Kriegswaffen und kriegswaffennahen sonstigen Rüstungsgütern in Länder, in denen ein Ausbruch bewaffneter Auseinandersetzungen droht, nicht genehmigt werden. Angesichts der hohen Priorität, die der Verhinderung nuklearer Proliferation gerade auch im Nahen und Mittleren Osten zukomme, wäre ein "Nein" zu deutschen U-Boot-Lieferungen ein deutliches Signal. Damit würden Sie zeigen, dass Deutschland seinen Verpflichtungen zur Stärkung der Nichtverbreitung nachkommt und die Weiterverbreitung atomarer Waffen und ihrer Trägersysteme unterbindet.
Am 7. Januar 2007 hatte die Sunday Times bereits einen Artikel über israelische Geheimpläne für einen nuklearen Angriff auf den Iran veröffentlicht. "Militärischen Quellen" zufolge bestünden Pläne, mit Atomwaffen drei Atomanlagen zu zerstören. Zum Einsatz sollen dabei Atomwaffen mit geringer Sprengkraft kommen. Israel hatte den Zeitungsbericht umgehend dementiert; der Iran drohte für den Fall eines solchen Angriffes mit massiver Vergeltung. Wie jüngste Studien beweisen, muss auch bei einem begrenzten Einsatz von Atomwaffen mit einer hohen Zahl ziviler Opfer gerechnet werden. Eine IPPNW-Studie aus dem Jahr 2003 zeigt, dass selbst im Falle des Einsatzes von bunkerbrechenden Atomwaffen ein Gebiet von mehreren Quadratkilometern radioaktiv verseucht wird.

Mit freundlichen Grüßen
Unterschriftenaktion:
http://www.ippnw.de/aktiv-werden/kampagnen/schreiben-an-angela-merkel.html

- **IPPNW-Hintergrund: Rüstungsexporte, Deutsche Waffenlieferungen nach Nahost**
http://www.ippnw.de/atomwaffen/atomwaffenstaaten/israel/artikel/58720ea6b3/ruestungsexporte.html

- *Otfried Nassauer und Christopher Steinmetz,* Rüstungskooperation zwischen Deutschland und Israel, http://www.bits.de/public/researchreport/rr03-1-1.htm

- Deutsche Waffen gehören nicht nach Nahost - Bundestag lehnt Petition gegen Rüstungsexporte in die Kriegsregion dennoch ab (Februar 2009) http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/export/nahost.html

- Deutsche Rüstungsexporte haben sich verdoppelt http://www.imi-online.de/2010.php?id=2088

المنتدى التربوي العالمي
World Education Forum
Palestine فلسطين

Thematisches Forum im Rahmen des Weltsozialforums, 28. – 31. Oktober 2010
in Haïfa, Ramallah, Jérusalem, Gaza und Beirut (Libanon)
www.wef-palestine.org/

Aus dem Programm der Sommerakademie von attac Deutschland in Hamburg: Eine **Ausstellung über die „Nakba“** und 2 Seminare: am **30.7**.: **Gibt es noch Wege zum Frieden in Nahost? mit Norman Paech** ;
am **31.7.: Der Nahostkonflikt als Herausforderung für die Zivilgesellschaft, mit Manfred Lotze(IPPNW), Wiltrud Rösch-Metzler (pax christi) und Fanny-Michaela Reisin (Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost)**

Stéphane Hessel

Gaza-Flotte: Weltbürger müssen reagieren, wo die Regierungen versagt haben

Israels illegaler und unmoralischer Angriff auf den Hilfskonvoi *Freedom Flotilla*, der mindestens neun Tote und Duzende von Verletzten gekostet hat, hat die Welt mit Recht entsetzt. Der ausschließlich zivile Konvoi von sechs Schiffen hatte 10 000 Tonnen dringend notwendiger humanitärer Hilfsgüter und fast 700 Zivilisten aus 40 Ländern an Bord. Die Flotte war ein ehrgeiziger Versuch, die seit 2007 von Israel verhängte Blockade von anderthalb Millionen Palästinensern im besetzten Gazastreifen zu brechen. Mit der Teilnahme von bedeutenden Parlamentariern, religiösen Führungspersönlichkeiten, Autoren, Journalisten, einem Nobelpreisträger und einem Holocaust-Überlebenden wollte der Hilfskonvoi nicht nur Hilfslieferungen nach Gaza bringen, er suchte auch die internationale Aufmerksamkeit auf die humanitäre Krise zu lenken, die den Bewohnern Gazas aufgezwungen wird, und auf die Notwendigkeit, sie zu beenden. Man kann nicht leugnen, dass dieses Ziel erreicht wurde, wenn auch mit tragischen Konsequenzen.

Der israelische Angriff auf den unbewaffneten Hilfskonvoi in internationalem Gewässer war *„[eine klare] Verletzung internationaler humanitärer Gesetze, internationalen Seerechts und [nach den meisten Interpretationen] internationalen Strafrechts“* – um die Formulierung Richard Falks zu gebrauchen, des Professors für internationales Recht und Sonderberichterstatters der UN für Menschenrechte in den besetzten palästinensischen Gebieten. Es ist traurige Realität, dass die Regierungen der Welt zu lange entweder an Israels Verbrechen beteiligt waren oder sich ihnen gegenüber gleichgültig verhalten haben und damit Sicherheit vor Strafe kultiviert haben, und zwar im Schutz der unbedingten Unterstützung durch die USA. Trotz anfänglicher Verurteilung hat die US-Regierung den UN-Sicherheitsrat unter Druck gesetzt, wiederholt zweideutige Formulierungen zu verwenden, die Israel der Verantwortung enthoben und eine Parität zwischen Angreifer und Opfer geschaffen haben.

Charakteristischerweise warf die israelische Regierung den Opfern ihres Überfalls einen Angriff auf israelische Soldaten vor und reklamierte „Selbstverteidigung“. Der prominente Rechtsexperte und Direktor des *Sydney Centre for International Law* an der *Sydney Law School*, Prof. Ben Saul, lehnt diesen Anspruch direkt ab mit dem Argument:

„Rechtlich gesprochen, werden militärische Regierungstruppen, die sich Zugang zu einem Schiff verschaffen, um es einzunehmen, nicht anders behandelt als andere Kriminelle. In einer solchen Situation gilt für die Passagiere an Bord das Recht auf Selbstverteidigung: Einer Person steht das Recht zu, sich ungesetzlicher Festnahme, Entführung und Haft zu widersetzen.“

Er fügt hinzu:

„Wenn israelische Soldaten Menschen getötet haben, so haben sie möglicherweise nicht nur das Menschenrecht auf Leben verletzt, sondern auch ein ernsthaftes internationales Verbrechen begangen. Nach Artikel 3 des römischen Übereinkommens zur Unterdrückung gesetzwidriger Handlungen gegen die Sicherheit der Seefahrt von 1988 ist es ein internationales Verbrechen, wenn jemand mit Gewalt ein Schiff kapert oder sich Kontrolle darüber verschafft, und ebenfalls ein Verbrechen, bei diesem Vorgang eine Person zu verletzen oder zu töten.“

Trotz des Aufrufs des UN-Generalsekretärs Ban Ki-Moon zur Beendigung der illegalen Belagerung von Gaza durch Israel hat der Sicherheitsrat es vermieden, ein bedingungsloses Ende der Blockade zu fordern, und somit Israel erlaubt, straflos schwere Kriegsverbrechen zu begehen, wie sie im UN-Goldstone-Report gut dokumentiert sind.

Das Ausbleiben sinnvoller Handlungen von Regierungen mit dem Ziel, Israel nach internationalem Recht zur Verantwortung zu ziehen, lässt engagierten Bürgern nur einen Weg: die Verantwortung selbst zu übernehmen, wie gegen die Apartheid in Südafrika geschehen. Gewaltfreie, von Bürgern getragene Initiativen, wie beispielhaft die Flotilla und verschiedene weltweite Boykott- und Desinvestment-Kampagnen, stellen den meistversprechenden Weg dar, das Ausbleiben von Maßnahmen der Weltregierung gegen Israels Unnachgiebigkeit und Gesetzlosigkeit zu überwinden. Durch den schamlosen Angriff auf das Helferschiff hat Israel unbeabsichtigt eine bisher nicht erreichte Beachtung und Verurteilung bewirkt, und zwar nicht nur der fatalen Belagerung Gazas, sondern auch der weiteren Umstände der israelischen Besetzungspraktiken in den palästinensischen Gebieten, der Verweigerung palästinensischer Flüchtlingsrechte und der Apartheidpolitik gegen die einheimischen „nicht-jüdischen“ Bürger Israels.

Die *Freedom Flotilla* erinnert an die Art von Initiativen der Zivilgesellschaft, die zum Ende der Segregationsgesetze in den USA und der Apartheid in Südafrika geführt haben. Die Analogie lässt sich nicht ignorieren. Wie das Apartheidregime Südafrikas, so reagierte auch Israel, indem es die gewaltfreie Aktion als „internationale Provokation“ bezeichnete. Wie im Fall von Südafrika gab es Aufrufe zur internationalen Solidarität in Form von Boykott, Desinvestment und Sanktionen (BDS) durch die überwältigende Mehrheit der palästinensischen zivilgesellschaftlichen Vereinigungen und Organisationen im Jahr 2005. Sie wurden weltweit von dem Gewissen verpflichteten Bürgern und sozialen Bewegungen aufgegriffen. Die BDS-Initiative fordert eine wirkungsvolle Isolierung Israels, der beteiligten Geschäftswelt, der akademischen und kulturellen Einrichtungen sowie der Firmen, die von den Menschenrechtsverletzungen und illegalen Maßnahmen profitieren, solange diese Politik andauert.

Ich glaube, dass die BDS-Initiative eine moralische Strategie ist, die ihren möglichen Erfolg gezeigt hat. Kürzlich hat die Deutsche Bank als letzte von mehreren europäischen Geldinstituten und Pensionsfonds Investitionen aus dem israelischen Waffenproduzenten Elbit Systems abgezogen. Vergangene Woche kündigten zwei italienische Supermarktketten den Boykott von Produkten illegaler israelischer Siedlungen an. Im letzten Monat sagten die Künstler Elvis Costello und Gil Scott-Heron ihre Auftritte in Israel ab. In Gedenken an den populären Anti-Apartheid-Kampf in Südafrika fordert die gegenwärtige Studentenschaft von Universitäten ihre Verwaltungen zum Desinvestment auf.

Ich schließe mich den tief empfundenen Worten des schottischen Autors Iain Banks an, der in Reaktion auf Israels grauenhaften Angriff auf die *Freedom Flotilla* äußert, der beste Weg internationaler Künstler, Autoren und Akademiker, *„Israel von der moralischen Schwäche und ethischen Isolation zu überzeugen“* sei der, *„einfach nichts mehr mit dieser kriminellen Regierung zu tun zu haben.“* 15.Juni 2010

Stéphane Frédéric Hessel ist Diplomat, ehemals Botschafter, französischer Widerstandskämpfer und Mitglied des Bureau Central de Renseignements et d'Action (BCRA). Als Deutscher geboren, erlangte Hessel im Jahr 1937 die französische Staatsbürgerschaft. An der Entwicklung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 wirkte er mit. Er ist auch Mitglied des ***Rüssell Tribunals zu Palästina***
http://www.russelltribunalonpalestine.org/

http://www.huffingtonpost.com/stephane-frederic-hessel/gaza-flotilla-global-citi_b_612865.html, *Übersetzung: Bernt Lampe (coorditrad); Thomas Steinberg*

Für eine Neubewertung des Nahostkonflikts,

der deutschen Verantwortung und eine gerechte Friedenspolitik

Menschen- und Völkerrecht sind unteilbar

Dieses Positionspapier wird von den Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern in seiner Substanz gebilligt. Bei einem derart komplexen Thema sollte klar sein, dass es zu dem einen oder anderen Teilaspekt Meinungsverschiedenheiten oder offene Fragen gibt. Wir möchten mit diesem Positionspapier vor allem dazu beitragen, die Debatte zu fördern. Wir wollen helfen, Klarheit zu schaffen und die Debatte über das Verhältnis Deutschland – Israel – Palästina auf Kernfragen zu lenken, die nach unserer Ansicht bisher kaum richtig gestellt, geschweige fortschrittlich beantwortet werden. Ein wichtiger Impuls für das Positionspapier war der Offene Brief von über 100 israelischen Linken und Friedensaktivisten an die Partei DIE LINKE von Anfang 2010 (in SiG 82, http://sandimgetriebe.attac.at/8799.html.)

Erstunterzeichner: s. Ende des Textes

1. Die terroristische Nazi-Diktatur führte zur Zerschlagung der stärksten Arbeiterbewegung außerhalb der Sowjetunion, zum Völkermord an 6 Millionen Menschen jüdischer Herkunft, zur geplanten Vernichtung der Sinti und Roma und anderer Menschen, die nach der Nazi-Ideologie „unwertes Leben“ waren, sowie zur Auslösung des bisher für die Menschheit verlustreichsten Eroberungskriegs. Daraus konnte und kann nur eine Konsequenz gezogen werden: Nie wieder dürfen Rassismus als Staatsdoktrin, Verachtung von Demokratie, Menschenrechten und kulturellen Eigenarten, Staatsterrorismus, Krieg und koloniale Eroberung in diesem Land eine Chance bekommen oder durch deutsche Politik anderswo gefördert werden.

Wir kämpfen hier und weltweit für eine Gesellschaft, in der Ausbeutung, geschlechtliche und rassistische Diskriminierung, Großmachtstreben und Kriege, nationale und religiöse Unterdrückung, Umweltzerstörung und ungleiche Ressourcenverteilung überwunden sind.

Wir wollen eine Welt, in der die politischen und ökonomischen Bedingungen für eine allgemeine Entfaltung des menschlichen Wohlergehens und die Entwicklung der kulturellen Vielfalt gegeben sind.

Wir treten dafür ein, dass diese grundlegenden Ziele breiteste Unterstützung finden und verwirklicht werden. Menschenrechte sind unteilbar. Wir weigern uns, mit zweierlei Maß zu messen. Das gilt auch für unsere Haltung zu den Konflikten im Nahen Osten und zum deutsch-israelischen Verhältnis. Das ist es, was wir den Überlebenden der systematischen industriellen Ausrottung der europäischen Juden und ihren Nachkommen schulden, mögen sie in Israel leben oder, wie 60 % von ihnen, außerhalb. Das ist es, was wir der israelischen Bevölkerung schuldig sind, ob jüdisch oder arabisch. Das ist es, was wir den Palästinenserinnen und Palästinensern schuldig sind.

Der Ende des 19. Jahrhunderts als Antwort auf rassistische Ausgrenzung und Verfolgung entstandene Zionismus – lange Zeit eine vollkommen marginale Strömung in den jüdischen Gemeinschaften Europas – war historisch offensichtlich die falsche Antwort. Diese politische Ideologie hat von Anfang an Ausgrenzung, Rassismus und Rechtfertigungsideologien des europäischen Kolonialismus auf vielfältige Weise übernommen. Sie stellte sich den Emanzipationsbestrebungen der Jüdinnen und Juden im Rahmen ihrer Gesellschaften entgegen und ging davon aus, die Antwort auf den Antisemitismus müsse ein eigener Nationalstaat sein.
Die Balfour-Erklärung der britischen Kolonialmacht von 1917 zur Schaffung einer „jüdischen Heimstatt“ in Palästina war ein wichtiger Schritt auf diesem Weg.
1948 erfolgte schließlich die Gründung des Staates Israel in einem Teil Palästinas. Die Tatsache, dass diese Gründung vielen, aber längst nicht allen Überlebenden des Völkermords an den Juden legitim erschien, hat konkrete Gründe, die nicht in Vergessenheit geraten dürfen. Dazu zählen das Versagen der Arbeiterbewegung vor dem Faschismus und die Verweigerung von Schutz und Zuflucht für die verfolgten Juden durch die meisten europäischen Staaten und die USA. Die Staatsgründung hat im Übrigen viel mit den Interessen der europäischen Kolonialstaaten und all derjenigen Staaten zu tun, die sich den Verfolgten gegenüber verschlossen, und kaum etwas mit Schutz und Hilfe.
Aus palästinensischer Sicht markiert das Jahr 1948 mit der Nakba den katastrophalsten Einschnitt in ihrer Geschichte mit Terror, Tod und Vertreibung. 750.000 Palästinenserinnen und Palästinenser verloren ihre Heimat, und mehrere hundert Wohnorte wurden von der israelischen Armee bzw. dem neuen Staat dem Erdboden gleich gemacht. Große Teile der palästinensischen Bevölkerung leben heute im Ausland, weil Israel ihnen das Rückkehrrecht verweigert.

2. In Israel zeigt bis heute fast das gesamte Parteienspektrum sowie alle bisherigen Regierungen kein Interesse an einem gerechten Ausgleich mit den Palästinensern. Ganz im Gegenteil: Der Vormarsch der National-Religiösen und Rechtsextremen lässt für die Zukunft der Palästinenser und der Israelis sowie für die Bewohner der gesamten Region Schlimmes befürchten. Ziel dieser Politik ist die dauerhafte Zerstörung jeder Aussicht auf ein selbst bestimmtes Leben der Palästinenserinnen und Palästinenser.
Aber die Unterdrückten wehren sich und kämpfen für ihre Befreiung. Die Mainstream-Politik in Israel erhöht daher nicht die Sicherheit seiner Bewohnerinnen und Bewohner, sondern ihre Unsicherheit und Gefährdung.

Die seit 1967 anhaltende Besatzung, die damit einhergehende Entrechtung, die wirtschaftliche und kulturelle Benachteiligung, die offene und schleichende Vertreibung der Palästinenserinnen und Palästinenser sowie die immer weiter gehende Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit sind keine inner-israelischen Angelegenheiten. Die rechtliche und faktische Diskriminierung der palästinensischen Staatsangehörigen innerhalb der israelischen Grenzen von 1967 sowie die Apartheid-ähnlichen Verhältnisse in den besetzten und teilweise annektierten palästinensischen Gebieten, im abgeriegelten Gaza-Streifen und in den von Syrien annektierten Golanhöhen sind unakzeptabel. Die ständige Unterdrückungspolitik, die Angriffe, Kriege und Kriegsverbrechen sind eine Herausforderung für alle, die sich für die universellen Menschenrechte und das Völkerrecht einsetzen. Diese werden durch die stillschweigende Hinnahme ihrer gewohnheitsmäßigen Missachtung ausgehöhlt und zunichte gemacht – mit weit reichenden Folgen über die Region hinaus.

Israel ist durch die koloniale Landnahme, durch die zionistische Staatsdoktrin bzw. die Definition als „jüdischer Staat“ sowie die Politik seiner bisherigen Regierungen

Täter und nicht Opfer. Die Selbstdefinition als Staat aller Juden – und nicht als Staat aller seiner Bürgerinnen und Bürger, wie es modernem Staatsrecht entspräche – führt zwangsläufig zu Diskriminierung und Ausgrenzung und zur Verweigerung des Rückkehrrechts der palästinensischen Flüchtlinge. Das ständige Bestreben, das zahlenmäßige Übergewicht der jüdischen Bevölkerung zu sichern und aktive Einwanderungspolitik zu betreiben sowie das Ziel, Israel möglichst auf ganz Palästina auszudehnen, führen zu zahllosen Widersprüchen, strukturellem Unrecht, rassistischer Ausgrenzung und ethnischer Säuberung. Der zionistische Kolonialismus hat die jüdische Arbeiterschaft in ihrer großen Mehrheit zu Gefangenen dieses Staatskonzepts gemacht und von der israelisch-palästinensischen Arbeiterschaft sowie den Arbeitsmigrantinnen und –migranten durch tiefe Gräben getrennt.

Wir ergreifen in der Nahostfrage wie in allen Zusammenhängen, in denen Bevölkerungen schutzlos einem übermächtigen Akteur ausgesetzt sind, eindeutig Partei für die Schwächeren und ihre legitimen Interessen. Eine bedingungslose oder auch nur kritische „Solidarität mit Israel“ aus Gründen der „Staatsräson“ oder eine angebliche „Doppelverantwortung“ gegenüber einem *kolonialistischen und unterdrückerischen* Israel und den unterdrückten Palästinensern wären nicht nur falsche Konsequenzen aus der deutschen Geschichte. Solche Ausgangspunkte sind in Wahrheit geeignet, die einseitige Unterstützung des Stärkeren, d. h. Israels, zu kaschieren. Die Folge aus derartigen politischen Positionen ist außerdem eine zunächst schleichende, dann immer offenere Revision von politisch fortschrittlichen Positionen auch auf anderen Gebieten.

3. Eine unterdrückte Nation wie die palästinensische hat das Recht, sich zu wehren und für ihre Selbstbestimmung zu kämpfen. Wenn friedliche Mittel nichts erreichen, hat eine unterdrückte Nation allerdings auch das Recht, den Befreiungskampf bewaffnet zu führen. Der bewaffnete Kampf gegen die Repressionsorgane der Unterdrücker muss sich allerdings an die Regeln des Völkerrechts halten. Ist dies nicht der Fall oder halten sich einzelne Akteure des Widerstands nicht an diese Regeln, so erschwert dies die Solidarität, darf aber nicht die grundsätzliche Beurteilung eines kolonialen Konflikts ändern. Terror gegen Zivilbevölkerung lehnen wir klar und eindeutig ab. Wir treten grundsätzlich für eine friedliche Konfliktlösung ein.

Wir können und dürfen die Unterstützung einer unterdrückten Bevölkerung im Übrigen nicht vom Charakter ihrer aktuellen Führungen – hier der Fatah (bzw. PLO) oder der islamischen Hamas – abhängig machen, sonst laufen wir Gefahr, uns in der Auseinandersetzung zu neutralisieren bzw. Unterdrückung faktisch zu rechtfertigen bzw. zu unterstützen. Fatah und – die 2006 gewählte – Hamas müssen bei internationalen Friedensinitiativen ohne Vorbedingungen als Vertreter der palästinensischen Seite anerkannt und beteiligt werden. Humanitäre Hilfe darf ebenfalls nicht vom Charakter von politischen Führungen oder von Regierungen abhängig gemacht werden. Kollektivstrafen sind aus völkerrechtlicher Sicht illegal. Es ist unsere Pflicht, den vorbildlichen gewaltfreien Widerstand der Palästinenser – oft gemeinsam mit israelischen und internationalen Aktiven – zu unterstützen.

4. Die länderübergreifenden Konflikte im Nahen Osten mit ihren weltpolitischen Implikationen können nur durch eine radikal veränderte internationale Politik gelöst werden. Die blutigen und zerstörerischen Interventionskriege im Irak und in Afghanistan, die ständigen kriegerischen Auseinandersetzungen, die israelischen Überfälle auf Gaza oder den Libanon sowie die ständigen Drohungen der US-Regierung, der israelischen Regierung und ihrer Unterstützer in der EU gegen den Iran stehen in einem inneren Zusammenhang. Es geht um geostrategische Interessen, um den Zugang zu Öl- und Rohstoffressourcen und Märkten sowie ihre Kontrolle. Nicht zuletzt geht es auch um die Weiterentwicklung und Erprobung von Strategien zur Aushöhlung des internationalen Rechts sowie von Herrschafts- und Kontrollinstrumentarien, die weltweit angewandt werden.

Israel verfügt über eine der stärksten Armeen der Welt und ist längst inoffizielle Atommacht, die einzige in der gesamten Region. Die intensiven wirtschaftlichen, diplomatischen und Rüstungsbeziehungen zwischen Deutschland, der EU und Israel sowie ihr laufender Ausbau, die ständigen Beschwichtigungen und doppelten Standards fördern keine Konfliktlösungen, die den Interessen der betroffenen Menschen vor Ort gerecht werden. Sie tragen maßgeblich dazu bei, dass Israel mit völkerrechtwidriger Besatzung und Unterdrückung, Annexion und kriegerischen Überfällen auf die Nachbarstaaten, der Wirtschaftsblockade gegen Gaza und der blutigen Kaperung von internationalen Hilfskonvois mit dringend benötigten und von Israel nicht herein gelassenen Gütern straflos fortfahren kann.

Die finanzielle und materielle Unterstützung der Bundesregierung, der Europäischen Union und der Vereinten Nationen für die Palästinenserinnen und Palästinenser trägt zwar dazu bei, die humanitäre Katastrophe im Gazastreifen zu mildern; sie hilft, die Palästinensische Autonomiebehörde im Westjordanland aufrecht zu erhalten. Aber das grundsätzliche Problem dieser Hilfe besteht darin, dass damit die Besatzung und die ständigen Übergriffe indirekt flankiert werden, weil die entscheidenden Regierungen unakzeptable israelische Bedingungen akzeptieren und bisher keinen ernsthaften und gerechten Lösungsprozess durchsetzen wollen. Diese internationale Hilfe dient faktisch dem israelischen Interesse an der Aufrechterhaltung des Status quo, solange diese nicht Hand in Hand geht mit dem ernsthaften Willen, endlich den politischen Rechten der Palästinenser Geltung zu verschaffen.

Das Oslo-Abkommen von 1993 und verschiedene Versuche danach haben immer wieder bewiesen: Die israelische Seite will alles, nur keinen gerechten Frieden und kein Selbstbestimmungsrecht für die Palästinenser. Abkommen wurden unterlaufen oder aufgrund struktureller Mängel so umgesetzt, dass die palästinensische Seite immer rechtloser und ohnmächtiger wurde und die israelische Seite ihre Bedingungen diktieren konnte. Wir müssen entschieden zu den notwendigen politischen Veränderungen beitragen, um weitere und noch größere humanitäre Katastrophen verhindern zu helfen.

5. Die israelische Abriegelung des Gazastreifens zu Lande, zu Wasser und aus der Luft – insbesondere nach dem Wahlsieg von Hamas im Jahr 2006 – und der brutale und blutige Überfall um die Jahreswende 2008/2009 haben zu einem massiven Mangel an Nahrungsmitteln, Wasser, medizinischer Versorgung, Bau- und Brennstoffen, Ersatzteilen und elementaren technischen Mitteln geführt und die Exporte auf ein Minimum reduziert. Es handelt sich um eine Kollektivstrafe für die 1,5 Millionen Menschen, die das Völkerrecht ausdrücklich verbietet.

Fast 9.000 Palästinenserinnen und Palästinenser werden in israelischen Gefängnissen festgehalten, sitzen lange Haftstrafen ab oder befinden sich monate- bis jahrelang in sogenannter Administrativhaft mit nur geringen juristischen Verteidigungsmöglichkeiten. Unter den politischen Gefangenen sind auch Jugendliche und Parlamentarier.

Zahlreiche politische Vertreterinnen und Vertreter des palästinensischen Widerstands und der palästinensischen politischen Parteien – auch der Linken – sind durch Israel gezielt ermordet worden oder leben ständig unter dieser Bedrohung.

Der völkerrechtswidrige Mauerbau im besetzen Westjordanland, die Annexion Ostjerusalems, die rd. 600 Kontrollposten, die willkürlichen Passierscheine für verschiedene Besatzungszonen (A, B und C), die fortdauernde illegale Besiedlung und Zersplitterung des palästinensischen Territoriums, der Abriss Tausender palästinensischer Häuser, die Ressourcenkontrolle,

umweltschädliche Abwasser- und Abfallentsorgung in Palästinensergebieten sowie das den israelischen Staatsbürgern vorbehaltene moderne Straßennetz zerrütten die palästinensische Wirtschaft und Gesellschaft immer weiter, während es zugleich auf der Hand liegt, dass diese Maßnahmen nicht das Geringste zur langfristigen Sicherheit der israelischen Bevölkerung beitragen.

Die Regierung Netanjahu/Lieberman holt inzwischen zu neuen Schlägen gegen die innerisraelische Opposition aus. Sie stellt das Gedenken an die Nakba (im arabischen Sprachgebrauch die Katastrophe, die die Gründung des Staates Israel 1948 für die palästinensische Bevölkerung bedeutete) unter Strafe. Sie drangsaliert die zivilgesellschaftlichen Widerstandsorganisationen, die palästinensischen wie die israelischen, und versucht den zivilen Widerstand gegen die Mauer militärisch zu unterdrücken.

6. Das deutsch-israelische Verhältnis kann und darf – unter Verweis auf den Völkermord an den Juden – nicht mit grundsätzlich anderen Maßstäben als andere zwischenstaatliche Beziehungen bewertet werden.

Die bisherige Rolle der westdeutschen Regierungen und der Regierung des vereinigten Deutschland nach 1990 hat weniger mit der notwendigen Aufarbeitung des Völkermords an den Juden zu tun, sondern mehr mit Komplizenschaft bei neuem Unrecht. Israel hat sich immer in der Rolle des Vorpostens der westlichen Welt im Nahen Osten und in der arabischen Welt gesehen. In dieser Rolle wurde es von den USA und Europa unterstützt. Israel hat traditionell mit Militärdiktaturen in aller Welt kooperiert und jahrelang das Apartheid-Regime in Südafrika unterstützt. An der Seite der USA und Europas beteiligt es sich an vorderster Front am Kampf gegen den so genannten „islamischen" Terrorismus.

Die in Europa und den USA grassierende und von vielen Regierungen mehr oder weniger offen geschürte Islamophobie ist die umfassende Legitimationsideologie für die heutigen imperialen Interventionskriege, für verweigerte Hilfeleistung und für Staatsboykott gegen ganze Länder, die sich imperialer Kontrolle entziehen, für Überwachungsmaßnahmen, die Einschränkung von Bürgerrechten und soziale Ausgrenzung. Diese Ideologie wird von Israel massiv befeuert. Israels wichtigster Bündnispartner und Finanzier sind die USA. Auch wenn der Antritt der Regierung Obama für viele zunächst mit Hoffnungen verbunden war, zeigt sich doch inzwischen, dass es ihr angesichts des militärischen und politischen Desasters im Irak und in Afghanistan lediglich um eine gewisse Neujustierung der Beziehungen zu Israel und zur arabischen Welt geht. Die strategischen Interessen der USA und Israels bleiben wesentlich gleich.

Die kritiklose Fortsetzung der bisherigen Beziehungen zu Israel als Teil der westlichen Welt diskreditiert Deutschland in den Bevölkerungen der arabischen Länder. Sie trägt zur Unterdrückung der Palästinenserinnen und Palästinenser bei, zur Verlängerung und Ausweitung der Kriege und Besatzungsregimes im Irak und in Afghanistan und gefährdet den Weltfrieden insgesamt. Sie stärkt allerdings die geopolitischen und ökonomischen Interessen der deutschen Eliten und wirtschaftlich Mächtigen.

Wir wollen uns dieser Herausforderung stellen und für einen grundsätzlichen Kurswechsel kämpfen.

7. Die Lehre aus dem Völkermord an den Juden kann nur der gemeinsame und ungeteilte Kampf für universelle Menschenrechte und eine sozial gerechte Welt sein.

Wenn Israel schweres Unrecht unter Berufung auf den Völkermord der Nazis an den Juden begeht, von anderen Regierungen dabei unterstützt oder gerechtfertigt wird, so ist das eine Verhöhnung der Opfer. Zusammen mit den internationalen gesellschaftlichen Bewegungen für eine friedliche und gerechte Welt treten wir dafür ein, die *unterdrückerische, ausgrenzende und kriegerische israelische Politik und die zionistische Staatsdoktrin zu delegitimieren.* Das ist die zentrale Voraussetzung für ein Leben in Frieden, Sicherheit und Demokratie sowohl für Israelis wie für Palästinenser.

Es gibt keine deutsche historische Wiedergutmachung auf Kosten der Palästinenser und Palästinenserinnen. Wir weisen entschieden die Anwürfe zurück, Kritik an der Politik der israelischen Regierung und an den Kriegsverbrechen der israelischen Armee sei eine Form des Antisemitismus. Zusammen mit großen Teilen der israelischen und palästinensischen Linken, großen Teilen der internationalen Friedensbewegung – einschließlich zahlreicher jüdischer Friedensaktivistinnen und -aktivisten in aller Welt – setzen wir uns für eine politische Lösung ein, die demokratisch und gerecht ist, die dauerhaft Frieden und Sicherheit für Israelis und Palästinenser bringt.

8. In welcher Form sich eine künftige gerechte und völkerrechtlich abgesicherte Lösung in Nahost ergeben wird, ist derzeit noch nicht absehbar. Diese Frage wird vor Ort entschieden und ist das Ergebnis der Auseinandersetzungen.

Wir sprechen den Mächtigen dieser Welt, ihren Regierungen und Institutionen das Recht ab, den beiden Bevölkerungen in Palästina und Israel Modelle aufzuzwingen. Auch die internationale Linke und die weltweite Friedensbewegung sollten sich in dieser Frage zurückhalten.

Dabei ist folgendes zu bedenken: Die Zweistaaten-Option auf Basis der Grenzen aus der Zeit vor dem 6-Tage-Krieg 1967 mit Ost-Jerusalem als palästinensische Hauptstadt wird durch die von Israel und seinen internationalen Unterstützern geschaffenen Fakten immer schwieriger; vor allem, wenn sie die umfangreiche illegale Besiedlung nicht rückgängig macht oder vielleicht nicht mehr rückgängig machen kann; wenn sie den Palästinensern nur rund 20 % des alten Palästina belässt, diese Gebiete zerrissen und zerstückelt sind und wichtige Ressourcen wie Wasser unter israelischer Kontrolle lässt. Eine solche Option droht außerdem, die rechtliche und soziale Diskriminierung der israelischen Staatsbürger arabischer Herkunft zu verewigen und schreibt das Rückkehrrecht für die palästinensischen Vertriebenen und Geflüchteten ab.

Die Einstaaten-Option – also ein gemeinsamer säkularer Staat, in dem Israelis und Palästinensern gleichberechtigt und mit umfassenden Verfassungsgarantien leben – würde wesentliche Probleme leichter lösbar machen, scheint aber *heute* mangels breiter politischer Unterstützung in der israelischen Bevölkerung ferner denn je. Aber politische Mehrheiten können sich nach aller historischen Erfahrung ändern.

Beide Optionen hätten sich schließlich dem Flüchtlingsproblem zu stellen, müssten also auf der Grundlage des Rückkehrrechts eine Rückkehr- und/oder Entschädigungsmöglichkeit eröffnen. Damit diese oder mögliche andere Optionen überhaupt von Palästinensern und Israelis ernsthaft verhandelt werden können, muss die entscheidende Voraussetzung geschaffen werden: Die politischen Rechte der Palästinensern müssen international und von Israel anerkannt und garantiert sein.

Und schließlich wird eine progressive Lösung für Israel/Palästina auch neue Optionen für die arabischen Nachbarstaaten eröffnen in Richtung einer regionalen Föderation oder Konföderation. Eine progressive Lösung für Israel/Palästina und Erfolge im Kampf um die Demokratisierung der arabischen Nachbarstaaten werden sich gegenseitig enorm befruchten.

9. Wir setzen uns für den verstärkten Austausch und die Zusammenarbeit mit den israelischen und palästinensischen fortschrittlichen Kräften sowie die Stärkung der internationalen zivilgesellschaftlichen Bewegungen insgesamt ein, um die Wahrheit über die unhaltbaren Verhältnisse in Nahost zu verbreiten, den Druck auf die israelische Regierung und ihre Unterstützer zu erhöhen und sie zur Einhaltung von Menschenrechten und Völkerrecht zu zwingen.

Ein wichtiges Mittel, wirksamen Druck von unten aufzubauen, ist die von der palästi-

nensischen Zivilgesellschaft im Jahr 2005 angestoßene intemationale Kampagne Boykott, Desinvestment und Sanktionen (BDS). Sie richtet sich gegen die Unterdrückungspolitik eines Staates, und gegen alle, die von Besatzung und Mauerbau in Israel/Palästina profitieren oder daran beteiligt sind, d. h. vor allem gegen Wirtschaftsunternehmen, Finanzgruppen, akademische Institutionen usw. Der Erfolg dieser Kampagne in vielen Ländern der Welt ist ermutigend. Die Kampagne wird in jedem Land mit anderen Schwerpunkten und anderen Aktionsformen organisiert.

Es darf selbstverständlich nicht ausgeblendet werden, dass die Nazis einmal mit dem Ziel rassistischer Ausgrenzung zum Boykott jüdischer Geschäfte aufgerufen haben. Die BDS-Kampagne ist allerdings nicht die eines Staates gegen eine Gruppe von Menschen; sie ist eine zivilgesellschaftliche Kampagne und richtet sich gegen die Unterdrückungspolitik eines Staates. Sie geht von der palästinensischen Zivilgesellschaft aus, die damit nach jahrzehntelangen fruchtlosen Appellen an Regierungen und internationale Organisationen und nach der Frustration eines so genannten Friedensprozesses (ähnlich wie bei der seinerzeitigen Anti-Apartheid-Kampagne gegen das rassistische Südafrika) Israel dazu bewegen will, sich an internationales Recht zu halten und Regierungen zum Handeln veranlassen will.

In Deutschland sollte die BDS-Kampagne sich hauptsächlich gegen Rüstungskonzerne, -projekte und Konzerne richten, die am Bau der Mauer, an Sperranlagen und Überwachungseinrichtungen in den von Israel okkupierten Gebieten verdienen. Sie sollte auch über die Bedingungen aufklären, unter denen israelische Produkte hergestellt und zollbegünstigt in die EU eingeführt werden. Häufig handelt es sich um Produkte aus besetzten Palästinensergebieten oder um Produkte, deren Herstellung durch rücksichtslose Aneignung von Ressourcen aus Palästinensergebieten (z. B. Wasser) erfolgt. Der Europäische Gerichtshof hat unlängst klargestellt, dass Produkte aus Besatzungsgebiet nicht mit dem Label „Made in Israel“ in der EU vermarktet werden dürfen. BDS sollte die militärische Kooperation zwischen Deutschland und Israel thematisieren und die Einhaltung von bi- oder multilateralen Abkommen, einschlägiger Grundgesetzartikel (insbesondere Art. 25 und 26) sowie der Regierungsrichtlinien über Waffenlieferungen in Krisengebiete fordern. Verfassungsvorschriften und Waffenexportrichtlinien werden durch deutsche Waffenlieferungen (einschließlich atomwaffenfähige U-Boote, Komponenten bzw. Lieferungen über Drittländer) an Israel immer wieder in flagranter Weise verletzt.

Wir ermutigen und unterstützen Initiativen, die folgende Mindestforderungen vertreten:

- Einstellung aller deutschen Waffenexporte nach Israel. Einstellung der militärischen Zusammenarbeit zwischen der Bundeswehr und der israelischen Armee, wie z. B. die Ausbildung von Bundeswehrsoldaten an fliegenden Überwachungsapparaten (Drohnen) und Beendigung sämtlicher Rüstungsbeziehungen.
- Keine weitere Aufwertung der Handelsabkommen zwischen der EU und Israel. Israel muss endlich die Menschenrechtsklausel im EU-Assoziierungsabkommen und die Menschen- und Völkerrechtsbestimmungen im OECD-Vertrag einhalten. Weigert sich Israel weiterhin, sind die Verträge auszusetzen.
- Israelische Produkte aus den Siedlungen, die aus Sicht der EU illegal sind, dürfen keine Zollvergünstigungen genießen, wie diese unter dem Assoziationsabkommen jedoch gewährt werden. Während in der EU die Intensivierung der Beziehungen als vertrauensbildend verkauft wird, fasst die israelische Regierung diese – genau wie die im Mai 2010 erfolgte Aufnahme in die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) – als Ermutigung für ihre repressive und annexionistische Politik auf.
- Allgemeines Importverbot für israelische Produkte in die EU, die ganz oder teilweise in den besetzen Gebieten einschließlich Ost-Jerusalem hergestellt werden.
- Strafverfolgung gegen die Verantwortlichen für die Kriegsverbrechen und die Kaperung des internationalen Hilfskonvois.
- Sofortige Beendigung der Blockade des Gazastreifens und Umsetzung aller weiteren Empfehlungen des Berichts der UN-Menschenrechtskommission (Goldstone-Report).
- Unterstützung des gewaltfreien und basisdemokratischen Widerstands gegen die Besatzung des Westjordanlands und besonders gegen die Mauer und die Siedlungen in den besetzten Gebieten.
- Unterstützung aller Bestrebungen, die rechtliche Diskriminierung der palästinensischen Staatsbürger in Israel zu überwinden.
- Kampf gegen Islamophobie und neofaschistische Tendenzen.
- Förderung antifaschistischer Erinnerungskultur.
- Kampf gegen Antisemitismus. Dazu gehört auch, mit aller Entschiedenheit der Gleichsetzung des Staates Israel (mitsamt seiner Unterdrückungspolitik) mit „den Juden“ entgegen zu treten. Eine Gleichsetzung der Kritik an der Politik des Staates Israel mit Antisemitismus weisen wir entschieden zurück. Sie hat allein den Zweck, die berechtigte Kritik mundtot zu machen.
- Förderung von Information und Publizistik über die tatsächlichen Verhältnisse in Israel/Palästina.

Erstunterzeichnerinnen und Erstunterzeichner (Funktionsbezeichnungen dienen nur der Identifikation):

Carsten Albrecht (Mitglied DIE LINKE Berlin-Neukölln)
Edith Bartelmus-Scholich (Redaktion scharf-links, Krefeld)
Helmut Born (Verdi-Betriebsratsvorsitzender, Düsseldorf)
Michael Bruns (IG Metall-Betriebsrat u. Vors. der Ratsfraktion DIE LINKE, Lippstadt)
Prof. Dr. Aris Christidis (Fachhochschullehrer, Gießen)
Elias Davidsson (Komponist u. Musikpädagoge, Bonn)
Sophia Deeg (Autorin u. Journalistin, Berlin)
Heinz-Günther Dicks (Journalist, Berlin)
Hermann Dierkes (Vors. der Ratsfraktion DIE LINKE, Duisburg)
Harald Etzbach (Journalist, Berlin)
Dr. Detlef Feldmann (Arzt u. Umweltaktivist, Duisburg)
Martin Forberg (Journalist und Menschenrechtsaktivist, Berlin)
Karin Gerlich (Erwerbslosenberatung, Duisburg)
Paul Grasse (Mitarbeiter der Bundestagsabgeordneten Inge Höger, Berlin)
Prof. Christian Haasen (Hamburg)
Horst Hilse (Bildungsgemeinschaft SALZ, Köln)
Angela Klein (internationale sozialistische linke, isl)
Paul und Traude Kleiser (München)
Armin Kligge (Kreisverband DIE LINKE, Iserlohn)
Wilfried Mohr (Gymnasiallehrer i.R. u. Umweltaktivist, Duisburg)
Ellen Rohlfs (Übersetzerin u. Publizistin, Leer)
Jakob Schäfer (Wiesbaden)
Thomas Immanuel Steinberg (Publizist, Hamburg)
Jochim Varchmin (AK Nahost, Berlin)
Charlotte Weyers (Umweltaktivistin, Duisburg)
Stefan Ziefle (Sprecher der BAG Frieden und internationale Politik DIE LINKE, Berlin)

http://www.steinbergrecherche.com/10positionspapier.htm#Positionspapier

José Saramago (1922-2010)

Widmungszitat aus dem Roman „Hoffnung im Alentejo“

„Und ich frage die Politökonomen, die Moralisten, ob sie jemals die Zahl der Individuen errechnet haben, die zum Elend verdammt sind, zur ungleichen Arbeit, zum moralischen Verfall, zur Unmündigkeit, zur erschreckenden Unwissenheit, zur völligen Entbehrung, zum ewigen Unglück, um einen Reichen zu produzieren.“ (Almeida Garrett)

Saramago war u.a. Mitglied von THE BRUSSELLS TRIBUNAL PEOPLE VS TOTAL WAR INCORPORATED, **http://www.brussellstribunal.org/**

Anlässlich des Todes von **Jose Saramago**, dem portugiesischen Nobelpreisträger für Literatur, veröffentlichen wir noch einmal das **„Manifest von Porto Alegre** ", das er als einer von 19 Intellektuellen im Januar 2005 unterschrieben hatte.

Auf dem V. Weltsozialforum in Porto Alegre haben 19 Persönlichkeiten, darunter die Nobelpreisträger José Saramago (Portugal) und Adolfo Perez Esquirel (Argentinien) sowie der ehemalige Berater des brasilianischen Präsidenten Lula da Silva, Frei Betto, und der Herausgeber der französischen Zeitschrift „Le Monde diplomatique“, Ignacio Ramonet, den Text eines „Manifests von Porto Alegre“ veröffentlicht, der nachfolgend im Wortlaut wiedergegeben wird http://sandimgetriebe.attac.at/3095.html, Original unter: http://www.ipsterraviva.net/tv/wsf2005/Manifesto/Manifesto1.html

MANIFEST VON PORTO ALEGRE

Eine andere Welt ist möglich: Zwölf Vorschläge

Seit dem im Januar 2001 in Porto Alegre abgehaltenen ersten Weltsozialforum haben sich die Sozialforen auf alle Kontinente ausgebreitet, sogar bis auf die nationale und lokale Ebene. Mit dem WSF ist ein die Erde umspannender öffentlicher Ort für die Bürgerrechte und die Kämpfe zu deren Durchsetzung entstanden. Es hat die Ausarbeitung von Vorschlägen für politische Alternativen zum Diktat der von den Finanzmärkten und den multinationalen Konzernen vorangetriebenen neoliberalen Globalisierung, deren bewaffneter Arm die imperiale Macht der Vereinigten Staaten ist, ermöglicht.
Inzwischen hat die Bewegung für eine andere Welt auf Grund ihrer Vielfalt und der Solidarität der an ihr teilnehmenden Aktivisten und sozialen Bewegungen eine Stärke erreicht, die weltweit ins Gewicht fällt.
Von den unzähligen Vorschlägen, die auf den Foren entwickelt worden sind, finden sehr viele breite Anerkennung innerhalb der Sozialbewegungen Die Unterzeichner des Manifests von Porto Alegre, die hiermit nur ihrer persönlichen Meinung Ausdruck geben und keineswegs vorgeben, im Namen des Forums zu sprechen, haben zwölf Vorschläge herausgearbeitet, die zusammengenommen sowohl Sinn machen als auch die Grundlagen zum Aufbau einer anderen Welt darstellen. Würden sie umgesetzt, könnten die BürgerInnen dadurch endlich

damit beginnen, sich gemeinsam ihre Zukunft wieder anzueignen.
Diese Minimalplattform wird den WSF-Teilnehmern und den sozialen Bewegungen aller Länder zur Beurteilung vorgelegt. Denn sie werden es sein, die die zu ihrer Verwirklichung erforderlichen Kämpfe auf sämtlichen Ebenen – auf der Ebene des gesamten Planeten, der Kontinente, auf nationaler und lokaler Ebene – werden führen müssen. Wir machen uns nämlich keine Illusion über den tatsächlichen Willen der Regierungen und internationalen Institutionen, diese Vorschläge von sich aus umzusetzen, auch wenn sie aus reinem Opportunismus die Begriffe daraus entlehnen.

I. Eine andere Welt ist möglich: Mittels neuer Regeln in der Wirtschaft wird für alle Menschen das Recht auf Leben geachtet.

Dafür sind folgende Maßnahmen erforderlich:
1. Streichung der Staatschulden der Länder der südlichen Hemisphäre. Diese Schulden sind bereits mehrmals bezahlt worden. Für die Gläubigerstaaten, die Kreditinstitute und die internationalen Finanzinstitutionen stellen die Schulden das beste, wirksamste Mittel dar, um den überwiegenden Teil der Menschheit zu bevormunden und sie in Elend zu halten.
2.Einführung einer internationalen Besteuerung der Finanztransaktionen (insbesondere die Tobin-Steuer auf die Devisenspekulation), der Direktinvestitionen im Ausland, der konsolidierten Gewinne der multinationalen Firmen, des Waffenhandels und der Tätigkeiten mit starkem Ausstoß von Treibhausgasen.
3. Schrittweise Auflösung sämtlicher Formen von Steuer-, Recht- und Bankkonto-Oasen, die einen Schlupfwinkel für organisierte Kriminalität, Korruption, illegalen Handel jeder Art, für Betrug, Steuerflucht und strafbare Geschäftsabwicklungen von Grossunternehmen und sogar von Regierungen darstellt.

4. Das Recht jedes Bewohners dieser Erde auf Arbeit, Sozialsicherung und Rente unter Beachtung der Gleichheit zwischen Mann und Frau als verbindlicher Bestandteil jeder innerstaatlichen sowie zwischenstaatlichen Politik.

5. Förderung sämtlicher Formen fairen Handels durch Ablehnung der Freihandels-Regeln der WTO und die Einrichtung von Mechanismen, die schrittweise eine Angleichung der sozialen und umweltbezogenen Normen nach oben bei der Produktion von Gütern und der Erbringung von Dienstleistungen schaffen (wie in den Vereinbarungen der IAO vorgesehen). Bildung, Gesundheit, Sozialdienste und Kultur müssen vollständig vom Gültigkeitsbereich des Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) der WTO ausgeklammert werden.
In dem Abkommen über die kulturelle Vielfalt, das derzeit in der UNESCO verhandelt wird, muss das Recht auf Kultur und auf eine öffentliche Politik zu Gunsten der Kultur ausdrücklich dem Handelsrecht übergeordnet werden.

6. Sicherstellung des Rechts jedes Landes oder Länderverbunds auf Ernährungssicherheit und– souveränität durch die Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft. Dies verlangt sowohl die vollständige Aufhebung von Subventionen für die Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte, in erster Linie durch die Vereinigten Staaten und die Europäische Union, als auch die Möglichkeit, die Einfuhren zu besteuern, um Dumping-Praktiken zu verhindern.
Ebenfalls sollte jedes Land oder Länderverbund über das uneingeschränkte Recht verfügen, Herstellung und Einfuhr von zur Ernährung bestimmten, gentechnisch veränderten Organismen zu verbieten.

7. Verbot von jeder Form einer Patentierung des Wissens und des Lebens (sei es menschliches, tierisches oder pflanzliches Leben), sowie jeglicher Privatisierung der Gemeingüter der Menschheit, insbesondere des Trinkwassers.

II. Eine andere Welt ist möglich: Auf der Ebene der Menschheit das „Zusammenleben“ in Frieden und Gerechtigkeit fördern.

Dafür sind folgende Maßnahmen erforderlich:

8. In erster Linie Bekämpfung durch verschiedene politische Massnahmen von jeder Form von Diskriminierung, von Sexismus, Fremdenfeindlichkeit, von Rassismus und Antisemitismus. Vollständige Anerkennung der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Rechte (einschließlich der Kontrolle über ihre natürlichen Bodenschätze) der Urvölker.

9. Ergreifung von Sofortmaßnahmen, um der Zerstörung der Umwelt und der Gefahr von gravierenden Klimaveränderungen, die durch den Treibhauseffekt bedingt sind und in erster Linie durch das Auswuchern des Verkehrs und die Verschwendung der nicht erneuerbaren Energien entstehen, Einhalt zu gebieten. Die Umsetzung der bestehenden Vereinbarungen, Abkommen und Verträge fordern, auch wenn sie unzureichend sind. Mit der Verwirklichung eines anderen Entwicklungsmodells beginnen, das weltweit auf einer energiesparenden Lebensweise und der demokratischen Kontrolle über die natürlichen Bodenschätze, insbesondere dem Trinkwasser, gründet.

10. Die Auflösung der Militärstützpunkte derjenigen Länder fordern, die über solche außerhalb ihrer Grenzen verfügen, und den Rückzug sämtlicher ausländischer Truppen, außer auf ausdrücklichen Auftrag der UNO hin

III. Eine andere Welt ist möglich: Die Demokratie auf lokaler und globaler Ebene fördern.

Dafür sind folgende Maßnahmen erforderlich:
11. Sicherstellung des Rechts der BürgerInnen auf Information und auf die Weitergabe von Information durch die Gesetzgebung, welche
-der Konzentration der Medien in gigantischen Kommunikationskonzernen ein Ende setzen soll
-die Selbständigkeit der Journalisten gegenüber den Aktionären sicherstellen soll;
-und eine nicht gewinnorientierte Presse, insbesondere die alternativen und gemeinschaftlich organisierten Medien fördern soll.
Die Beachtung dieser Rechte setzt den Aufbau von Gegenmächten durch Bürger voraus, insbesondere in Form von nationalen und internationalen Medienbeobachtungsstellen.

12. Die internationalen Organisationen grundlegend reformieren und demokratisieren und dort im Sinne einer Weiterführung der Allgemeinen Menschenrechtserklärung die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte durchsetzen. Diese Prioritätensetzung verlangt die Einbeziehung der Weltbank, des IWF und der WTO in das Entscheidungssystem und die Entscheidungsmechanismen der Vereinten Nationen. Bei Weiterbestehen von Verletzungen der internationalen Gesetzgebung durch die Vereinigten Staaten wird der Sitz der Vereinten Nationen von New York weg in ein anderes Land verlegt werden müssen, vorzugsweise in den Süden.

Porto Alegre, den 29. Januar 2005
Tariq Ali (Pakistan),
Samir Amin (Ägypten),
Walden Bello (Philippinen),
Frei Betto (Brasilien),
Atilio Boron (Argentinien),
Bernard Cassen (Frankreich),
Eduardo Galeano (Uruguay),
François Houtart (Belgien),
Armand Mattelart (Belgien),
Adolfo Pérez Esquivel (Argentinien),
Riccardo Petrella (Italien),
Ignacio Ramonet (Spanien),
Samuel Ruiz Garcia (Mexiko),
Emir Sader (Brasilien),
José Saramago (Portugal),
Roberto Savio (Italien),
Boaventura de Sousa Santos (Portugal),
Aminata Traoré (Mali),
Immanuel Wallerstein (Vereinigte Staaten).